

grünes blatt



Jetzt noch
nachhaltiger!

Yomango im Wendland:
AAA beschlagnahmt

gnadenlose
Rechtsprechung in Halle

sektenaufmarsch und
Gegenaktionen in
Frankfurt

zivilisationsnahrung

die irren-offensive

antispeziesismus und
der Rechtsbegriff

risikowahrnehmung

Der radikale
Atomausstieg

129a in Magdeburg



2006

Mit tollen Weihnachts-
Geschenkideen
Schleichwerbung!

Inhalt

Genua	Seite 3
Zivilisationsnahrung	Seite 6
Handbuch Kreative Antirepression	Seite 7
Sicherheitsfragen im Endlager Morsleben	Seite 7
Risikowahrnehmung	Seite 8
Rezension "Die Weizsäcker"	Seite 9
Rezension "Nichtraucher"	Seite 9
16 Hausdurchsuchung bei der aaa	Seite 10
Proteste gegen UL in Frankfurt	Seite 14
APC - Eine neue Tierrechtskampagne	Seite 15
Der Jukss kommt nach Bielefeld	Seite 15
Antispeziesismus und der Rechtsbegriff	Seite 16
Zensur bei vegan.de	Seite 16
Stand des 129a-Verfahrens in Magdeburg	Seite 17
Die Irren-Offensive	Seite 18
Widerstand und Vision	Seite 19
Die Justiz in Halle	Seite 20
Rezension "Die Ernährungslüge"	Seite 21
Zu Besuch bei Tabakpflanzern	Seite 22
For every...	Seite 23
Der radikale Atomausstieg	Seite 24
Lesenden Briefe	Seite 26
Comic	Seite 26
Termine	Seite 27

Fotos

Falk Beyer, Greenkids-Archiv, Jonas Lähnemann, Sebastian Vollnhals, Andreas Hochhaus, Indymedia, Internet

Grafiken

Politisches Schnippelbilderbuch,
Umweltschnippelbilderbuch,
Greenkids Archiv

Satz und Layout

Falk Beyer, Jean Sorgenacker, Sebastian Vollnhals

Auflage

800 Hefte

Diese Ausgabe des grünen blatt wurde durch das Jugendamt Magdeburg gefördert. Das grüne blatt wird auf 100% Recyclingpapier gedruckt.

Redaktionsschluss war der 5. Oktober 2005.

Nächste Ausgabe: Winter 2005

Redaktionsschluss: 5. Dezember 2005

Das grüne blatt versteht sich als ein Medium aus der Umweltbewegung Sachsen-Anhalts. Die Redaktion bilden VertreterInnen der verschiedenen Vereine sowie unabhängige MitarbeiterInnen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers übereinstimmen.

Ältere Ausgaben des grünen blatts können gegen Erstattung der Portokosten (1,44 EUR) bei Greenkids Magdeburg e.V. nachbestellt oder unter <http://www.gruenes-blatt.de> gelesen werden.

Die Trägervereine im Web:

<http://www.greenkids.de/>
<http://www.naju-lsa.de/>
<http://oetzim.gl.aser.de/>

Eigentumsvorbehalt

Diese Zeitung bleibt solange im Besitz der Redaktion, bis sie der/dem Gefangenen ausgehändigt wurde. "Zur Habe Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Eigentumsvorbehalts. Wird ein Teil der Ausgabe nicht ausgehändigt, dann ist der beanstandete Teil, und nur dieser, unter Angabe der Gründe an den Vertrieb zurückzusenden, der Rest ist auszuhändigen. Gleiches gilt, wenn ein bestimmtes Heft beanstandet wird.



Sprachliche Konventionen

Die AutorInnen verwenden jeweils ihre eigenen sprachlichen Konventionen. Zur Erläuterung: der Großbuchstabe (z.B. "I") wird benutzt, um anzudeuten, dass sowohl "männliche" als auch "weibliche" Form gemeint sind.

Manche AutorInnen verwenden Endungen wie "-i"/"-is" etc. Diese Konvention entwickelte sich aus der Gender-Diskussion und soll nicht nur eine sprachliche Gleichberechtigung von "Mann" und "Frau", sondern auch all derer symbolisieren, die sich in derartige Schemata nicht einordnen wollen/können. Dann steht "-a" für den weiblichen Singular, "-as" für den Plural. "-o" bzw. "-os" verkörpern den männlichen Part und "-i" bzw. "-is" stehen als Synonym für intersexuelle Bezeichnungen.

ISSN 1612-2186

Mitglied bei

fjp>media
Verband junger Medienmacher

www.fjp-media.de

Impressum

Das grüne blatt erscheint im Selbstverlag und ist eine Zeitschrift von Jugendlichen für Jugendliche und Junggebliebene.

Herausgeber

Greenkids e.V.
Postfach 32 01 19
39040 Magdeburg

Fon: +49 391 7272657
Mobil: +49 162 7868204
E-Mail: mail@gruenes-blatt.de
WWW: <http://www.gruenes-blatt.de/>
Hausanschrift

Karl-Schmidt-Str. 4
39104 Magdeburg

Spendenkonto:
Stadtsparkasse Magdeburg
KNr.: 30 120 859
BLZ: 810 532 72

Mitwirkende Organisationen

BUNDjugend Sachsen-Anhalt
NAJU Sachsen-Anhalt
Öko-Zentrum und -Institut Magdeburg e.V.

Redaktion

Susann Baehs (sb), Falk Beyer (fb, V.i.S.d.P.), David Lähnemann (dal), Joris Spindler (jos), Jean Sorgenacker (jes), Sebastian Vollnhals (svo)

Frei Mitarbeitende

Elisabeth Weisteiner (liz), Willi Wilsch (wutz),
Matthias Frank Gerber (mfg)

Genua 2005: Stand der Prozesse

Trotz offensichtlicher Beweise ist seit dem Beginn der Verfahren gegen die Polizei im Jahre 2002 in Zusammenhang mit der Repression während des G8-Gipfels 2001 in Genua bisher kaum etwas geschehen. Dagegen stehen derzeit 25 GipfelgegnerInnen vor Gericht, die bis zu 15 Jahre Haft riskieren. Aus diesem Grund haben wir diese Broschüre veröffentlicht. Sie enthält Informationen zum Stand der Verfahren, die derzeit laufen oder noch bevorstehen und zur Arbeit des Genova Legal Forum, das seit 2001 im Rahmen der juristischen Aufarbeitung von Genua bemüht ist, wenigstens die schlimmsten Ungerechtigkeiten zu verhindern.

Vielfalt, Macht und Ohnmacht

In den 1990er-Jahren kam es weltweit zu einem bemerkenswerten Erstarren der sozialen Bewegungen. Immer mehr Menschen weltweit sahen sich zum Handeln veranlasst. Der Grund war eine entschiedene Kritik der globalen Situation, die aus der Notwendigkeit resultierte, der allgegenwärtigen Verschlechterung der Lebensverhältnisse entgegenzutreten. Wesentliche Impulse hatten Anfang der 90er Jahre zweifellos die ZapatistInnen im Südosten Mexikos gegeben. Weitere Impulse kamen kurz darauf von zahlreichen, immer größer werdenden Demonstrationen gegen die Gipfeltreffen der G8-Regierenden und der global operierenden Konzerne und Organisationen wie WTO und Weltbank. In Seattle, Prag und Göteborg wurde eine Bewegung sichtbar, in der sich verschiedene kulturelle und politische Hintergründe begegneten und jede der vielen unterschiedlichen Stimmen gleichberechtigt sprechen konnte. Ihre größte Kraft lag in der Vielfalt derjenigen, die sich beteiligten. Im Alltag wurde lokal gehandelt und gekämpft, bei Gipfeltreffen wurde der Protest gemeinsam auf die Straße getragen. Anlässlich der Gipfeltreffen schufen lokale AktivistInnen und die oft von weit her Angereisten immer bessere Infrastrukturen, darunter unabhängige Medienzentren, Diskussionsrunden zum Anlass des Protests und verschiedene Workshops wie bspw. zum Umgang mit Polizeigewalt. Vor allem aber begann ein Prozess, bei dem neben Kritik und Forderungen auch neue, unabhängige Visionen entwickelt wurden, die ernsthafte Alternativen zur gängigen Politik boten. Im gleichen Maße, wie die Protestbewegungen an Dynamik gewannen, verschärfte sich pünktlich die Repression. Auf den Gipfel-Demonstrationen in Seattle und Prag hatten bereits viele die Polizeigewalt zu spüren bekommen. Auf dem EU-Gegen-Gipfel im Juni 2001 in Göteborg wurde auf Demonstrierende scharf geschossen.

Als im Juli 2001 über 300.000 Menschen nach Genua kamen, um gegen das G8-Treffen zu demonstrieren und zum ersten Mal im Rahmen des Genoa Social Forums alternative Entwürfe zu artikulieren, erreichte die Repression Ausmaße, die noch lange unvergessen bleiben werden. Durch Errichtung eines eisernen Rings um die Innenstadt wurde ganz Genua in Beschlag genommen, die Einwohner Genuas wurden tagelang des sozialen Lebensraums beraubt während die Bewegungen, die auf dem Weg dorthin waren, zur Rechtfertigung der Maßnahmen in den Medien zu einer Horde von barbarischen Polit-Hooligans stilisiert wurden. Die Vertreter der G8-Staaten konnten völlig ungestört ihr Treffen abhalten, während draußen hunderttausendfacher Protest mit einer Gewalt niedergeschlagen wurde, wie man sie von mancher Diktatur kennt. Der 23-jährige Carlo Giuliani kam ums Leben, mehrere Menschen überlebten nur knapp. Hunderte wurden in jenen Tagen widerrechtlich festgehalten und folterartig misshandelt, zehntausende brutal geschlagen und gejagt. Nach anfänglich weltweiter Empörung wurde es um die Opfer und die Gejagten bald sehr still. In Italien folgten Jahre der erbitterten Verfolgung und Repression von Systemgegnern, während die Massenmedien anhand einer heftig manipulierten Gewaltdebatte mit allen Mitteln die Spaltung der Bewegungen forcierten. Von der Gewalt, die von den Ordnungskräften ausging, sollte hingegen möglichst wenig die Rede sein. Heute wünschen sich die Verantwortlichen nichts sehnlicher als ausgedehntes Schweigen, weil jetzt der für sie unangenehmste Teil der juristischen "Aufarbeitung" von Genua ins Rollen kommt.

Genua geht uns immer noch alle an

Ungefähr zwei Dutzend kleinere Verfahren gegen Einzelne und zwei gewichtige, das Verfahren wegen der Tötung von Carlo Giuliani und das gegen die damals mit schweren Vorwürfen konfrontierten Opfer des Überfalls auf die Diaz-Schule, sind abgeschlossen. Für Freude sorgte der Freispruch der Diaz-Leute, der Freispruch der Angeklagten im Fall Giuliani hinterließ hingegen tiefe Trauer und bittere Ohnmacht.

Im Mittelpunkt stehen derzeit drei Mammut-Verfahren. Beim schwierigsten geht es angesichts der Lage ganz besonders darum, 25 betroffene G8-GegnerInnen so gut es geht vor der Verhängung der ungeheuren ihnen drohenden Strafmaße zu bewahren. Es geht aber auch darum, die Durchsetzung des Vorwurfs der Verwüstung und Plünderung in Zusam-

menhang mit Protesten als Präzedenzfall zu verhindern und das Recht auf Widerstand zu behaupten, weil die Rekonstruktion der Ereignisse mittlerweile deutlich zeigt, dass die Unruhen tatsächlich die Merkmale einer Revolte trugen, deren Ursachen in der Beschneidung der Rechte, in der Belagerung einer ganzen Stadt und in einer hemmungslosen Repression der Proteste lagen.

Eine Revolte ist eine Revolte ist eine Revolte

Die gerichtliche Strafverfolgung von Protestteilnehmenden in Genua betrifft derzeit 25 Personen aus ganz Italien, denen "Verwüstung und Plünderung" vorgeworfen wird. In irgendeiner Schublade liegen offenbar Klageschriften, durch die weiteren 50 ebenfalls ein Verfahren mit besonders schweren Anschuldigungen droht und es werden bald bis zu 200 weitere Prozesse gegen Personen aus Italien und dem Ausland eröffnet werden, die damals in den Straßen von Genua verhaftet wurden. Berge von Bildmaterial werden durchforstet, um per biometrischer Bildauswertung oder von Polizisten identifizierten Personen die Begehung irgendwelcher Vergehen in jenen Tagen nachzuweisen. Wäre Carlo Giuliani nicht tot, so könnte er sich wegen der Geste, bei der er starb, gut unter den 25 oder den anderen befinden, die im Visier der Justiz sind. Bilder zeigen Carlo hinter Barrikaden, Carlo, der einen kleinen Stein wirft, Carlo, der einen Feuerlöscher aufließt und ansetzt, ihn zu werfen. Die Rekonstruktion seiner letzten Stunden zeigt aber, dass Carlo das alles eigentlich überhaupt nicht vorhatte. Diese Erkenntnis gilt genau so für viele, die jetzt auf der Anklagebank sitzen.

Stell dir vor, du kommst an einem Tag, an dem Tausende Tränengaspatronen eine Stadt verpesteten und überall nur noch Polizeiknüppel wüten und Rauchschwaden steigen an einem Supermarkt vorbei. Stell dir vor, die Rolläden sind ausgehoben und die Tür offen. Du bist hungrig und durstig und unter Schock und voller Wut, über das, was mit den Menschen passiert, die gekommen sind, um die G8-Repräsentanten zur Rede zu stellen. Stell dir vor, du gehst, wie viele andere, hinein und nimmst einen Schinken mit. Stell dir vor, du bist auf einer genehmigten, von oben bis unten friedlichen Demonstration und Horden von PolizistInnen, die teilweise mit frisiereten Schlagstöcken wüten, sprengen den Zug mit roher Gewalt. Stell dir vor, es fliegen Tränengaspatronen auf Augenhöhe, stell dir vor, Zigtausend haben keinen Fluchtweg und vergessen, dass sie sich geeinigt hatten, gewaltlos die Rote Zone zu entern, weil das, was



passiert, einfach zuviel ist. Stell dir vor, aus Angst und Schrecken wird Revolte. Carlo übrigens, der stolperte - rein zufällig - genau über diese Situation und war zweieinhalb Stunden später tot. Die StaatsanwältInnen blenden den Kontext, in dem die Handlungen zustande kamen, durch die den Angeklagten 8 bis 15 Jahre Haft drohen, hartnäckig aus. Sie wollen um jeden Preis dafür sorgen, dass die Menschen - etwa der, der den Schinken mitnahm - exemplarisch bestraft werden. Wenn sie sich durchsetzen, wird diese juristische Handhabe zum bedrohlichen Präzedenzfall. Eine breite politische Diskussion und eine scharfe Auseinandersetzung sind unumgänglich, wenn man den verheerenden potentiellen Folgen entgegenzutreten will und es ist wichtig, die Arbeit der AnwältInnen der Verteidigung und ihrer UnterstützerInnen zuverlässig mitzutragen, weil es um das Schicksal von weiteren Leuten in der Zukunft geht und weil die 25, die jetzt schon einer Strafe entgegen sehen, in den italienischen Knästen ein Bolzaneto auf Raten erwarten könnten, denn die Gewalt in Genua, die 2001 die Welt schockierte, gehört in vielen Knästen zum Alltag und zur gängigen Polizeikultur Italiens. Das Absitzen einer Strafe als Genua-DemonstrantIn wird es mit Sicherheit nur noch schwerer machen.

Der "Diaz-Schule"-Prozess: Der Terror bleibt im Grunde folgenlos

In der Nacht vom 21. auf den 22. Juli 2001 stürmten rund 300 Polizisten die Schule Armando Diaz. Dort überfielen sie maskiert, laut brüllend und wild um sich schlagend 93 wehrlose, teils schlafende GipfelgegnerInnen und JournalistInnen. 81 Personen wurden verletzt. 3 schwebten mehrere Tage in akuter Lebensgefahr. Einschließlich der meisten Verletzten wurden sie hinterher in die Polizeikaserne Bolzaneto verbracht, wo sie grausamst misshandelt und gedemütigt wurden - wie zuvor auch schon zahlreiche andere DemonstrantInnen. Der Überfall auf die Schule sollte dazu dienen, möglichst viele G8-GegnerInnen zu verhaften, um die Polizeigewalt der vorausgegangenen Tage zu rechtfertigen. Man stilisierte die Opfer kaltblütig zu TäterInnen und präsentierte sie als Mitglieder einer kriminellen Vereinigung. Man behauptete, sie hätten die Polizei gewaltsam angegriffen und ein Waffenarsenal besessen. Ihre Verletzungen wurden durch gefälschte Atteste vordatiert und als Blessuren verkauft, die sie sich bei Straßenschlachten zugezogen haben sollten. Die einzigen Gewalttäter im Gebäude waren aber die Polizisten, die es gestürmt hatten. Die ermittelnden StaatsanwältInnen haben die Razzia als "Entfaltung und Ausdruck einer Handlungsvorgabe" bezeichnet, "die eine Initiative mit extrem hohem taktisch-militärischen und politisch-sozialen Risiko für reif hielt" und konstatiert, dass ein "Direktorium" aus höchstrangigen Beamten dabei Regie führte. Wer für diese Vorgabe "ganz oben" verantwortlich war, bleibt

aber ungelöst und auch wegen den grausamen Übergriffen wird sich im Einzelnen keiner verantworten müssen. Die verbrecherische Aktion fand hinter Mauern statt, hinter die keine Kamera drang. Die Polizeibehörden erschweten die Identifizierung der einzelnen Täter mit allen Mitteln. Bis heute konnten die anklagenden StaatsanwältInnen die Namen der Angehörigen von einer involvierten dreißigköpfigen Sondereinheit nicht erfahren. Die Herausgabe von Bildern der restlichen Polizisten zur Identifizierung wurde mehrfach aufgehalten. Als es soweit war, fanden sie sich mit einem Haufen uralter Passfotos, die teilweise auch noch fotokopiert waren wieder. Weil viele Schläger maskiert und behelmt waren, gelang es kaum, die einzelnen Männer der Begehung von einzelnen Gewaltakten zuzuordnen. Nach Ansicht der Staatsanwaltschaft waren alle am Überfall beteiligten Polizisten auf irgendeine Weise schuldhaft in ihm verwickelt, aber nur 29 konnten am Ende angeklagt werden. Stellvertretend für die Truppe müssen sich nun 13 Zugführer verantworten, weil sie den "Exzessen" der Untergebenen nicht "angemessen" Einhalt geboten haben. Zusätzlich ist ein gutes Dutzend leitender Beamter an der Reihe. Unter ihnen sind mehrere Polizeipräsidenten und -direktoren, der Chef der Antiterrorpolizei und der Vizechef der Sonderabteilung des Staatsschutzes Digos, die ohne Ausnahme weiter im Amt sind und teilweise sogar erst nach Genua in diese Ämter befördert wurden. Einige von ihnen müssen u. a. erklären, was eine blaue Plastiktüte, die zwei Brandflaschen enthielt, die später in der Schule deponiert und zur Begründung des Vorwurfs der Bildung einer kriminellen Vereinigung den dort verhafteten Menschen untergeschoben wurden, in ihren Händen zu suchen hatte. Aufnahmen eines lokalen TV-Senders zeigen, wie sie sich auf dem Schulhof mit diesen Flaschen beschäftigen, die nachweislich aus einem Polizeifahrzeug kamen. Ministerpräsident Berlusconi und der rechte Außenminister Gianfranco Fini bleiben hartnäckig: sie nennen die Männer - die auch treue Wähler sind - Helden, die zu Unrecht beschuldigt werden. Wir aber wissen es besser: diese "Helden" legten einen Auftritt hin, der einstigen Übergriffen von faschistischen Schwadronen in einer früheren Zeit in Nichts nachgestanden hat.

Fortsetzung folgt: Die TäterInnen dürfen gelassen bleiben

Operation Sammellager: In der Kaserne Bolzaneto wurden Hunderte widerrechtlich festgehalten, anhaltend schwer misshandelt, gedemütigt, terrorisiert und an der Wahrnehmung ihrer Rechte gehindert. Das Recht, bei Festnahme einen Anwalt zu sprechen, war bereits im Vorfeld per Dekret aufgehoben worden. Um ganz sicher zu gehen, erpressten die "Diensthabenden" arglistig und gewaltsam von zahlreichen Insassen auch noch die Unter-

schrift von Protokollen, in denen stand, dass es sie selbst waren, die keinen Anwalt wünschten. Ebenso wurden falsche Geständnisse erzwungen. Die StaatsanwältInnen stellen fest, dass "von den fünf Behandlungen, die vom [europäischen] Gerichtshof [für die Menschenrechte im Verfahren Irland gegen UK 1978] untersucht und für unmenschlich befunden wurden, in Bolzaneto mit Sicherheit vier" zur Anwendung kamen. Es handelt sich um das Vorenthalten von Nahrung und Getränken, der Aussetzung von akustischem Stress, um Schlafentzug und langanhaltendes Stehen an der Wand. Die Gefangenen wurden wiederholt geschlagen und genötigt, faschistisches Liedgut zu singen. Sie mussten hungrig, durstig und verletzt stundenlang in kalten und zugigen Räumen verharren und mit erhobenen Armen und gespreizten Beinen an der Wand stehen. In einige Zellen sprühte man CS-Gas, Toilettengänge waren Spießrutenläufe zwischen Spalieren von prügeln den PolizistInnen. Frauen wurden wiederholt sexualisiertem Psychoterror ausgesetzt, alle wurden gedemütigt. Den Rekord der Anklagepunkte, die im Bolzaneto-Verfahren nun gegen 47 Angehörige von Polizia, Carabinieri und einigen Ärzten bestehen, hält der Arzt Giacomo Toccafondi, der im Tarnanzug arbeitete und unter anderem einem Gefangenen zwei Finger auseinander zog, bis die Handfläche zentimeter-tief einriss - nicht ohne ihm vorher gesagt zu haben, er müsse angeben, er habe sich selbst verletzt, wenn er nicht wolle, dass ihm noch schlimmeres widerfährt. In den Augen der StaatsanwältInnen besteht kein Zweifel: In Bolzaneto wurden die Grundrechte und die Menschenwürde mit Füßen getreten. Viel mehr als ein vernichtendes moralisches Urteil wird aber womöglich nie zustande kommen, weil - wie im Diaz-Verfahren - fast durchgehend die Verjährung winkt, es sei denn, die Auseinandersetzung wird zu gegebener Zeit vor dem europäischen Gerichtshof weitergeführt, wie vom Genoa Social Forum angekündigt wurde, damit es doch noch zu Konsequenzen wegen der Folter kommt und eine angemessene Entschädigung der Opfer erstritten werden kann, von denen einige derart schwere Langzeitschäden davon trugen, dass ihre Existenz bedroht ist.

Weil Folter im italienischen Strafbuch nicht vorkommt, wird die gesamte Gewalt jetzt aber bloß als gewöhnliche Körperverletzung behandelt. Hier ist die Verjährungsfrist weit geringer. Die meisten werden also sehr wahrscheinlich den Kopf aus der Schlinge ziehen können. Die Schwierigkeit, einzelne TäterInnen einzelnen Taten zuzuordnen sorgt auch hier dafür, dass viele gar nicht erst vor Gericht kommen.

Von Anfang an dabei: das GLF

Im Vorfeld des damaligen G8-Gipfels formierte sich das Genoa Legal Forum (GLF) als Zusam-



menschluss von engagierten AnwältInnen, die den Protestierenden angesichts der Einschränkungen der Grundrechte rechtlichen Beistand bieten wollten. Sie ahnten nicht, was sie erwartete. Sie ernteten teilweise selbst Prügel und erlebten, wie aus der Einschränkung der Grundrechte deren Aufhebung wurde. Nach Genua kämpften sie um die Rehabilitation der Diaz-Opfer, während der Fall Giuliani ungelöst begraben wurde. Heute vertreten sie die Nebenklage in den Verfahren gegen die Polizei und vor allem verteidigen sie die 25 ProtestteilnehmerInnen, die wegen Verwüstung und Plünderung Gefahr laufen, für etliche Jahre hinter Gittern zu verschwinden. Seit 2004 steht ihnen Supportolegale zur Seite, ein Team aus Menschen, die nicht bereit sind zuzulassen, dass die Geschichte von Genua vollständig im Sinne der Obrigkeit umgeschrieben wird.

Sie unterstützen die Arbeit von Sachverständigen, ArchivarInnen, DokumentationsanalytikerInnen und TechnikerInnen und verbuchten schon wesentliche Erfolge. Konstruierte Beweisunterstellungen konnten ernsthaft angezweifelt werden. Es wurde der Gebrauch von frisierten Schlagstöcken durch die Polizei nachgewiesen und einiges mehr, das Teile der Wahrheit ans Licht bringt, die am frühen Nachmittag des 20. Juli 2001 zu jener Revolte in den Straßen führte, die der Obrigkeit nach anstelle der eigentlichen Verbrechen, die vom "Sicherheitsapparat" begangen wurden, als kriminelle Handlung in die Geschichte eingehen soll.

Um Gerechtigkeit kämpfen ist kein Spaziergang

Wer in Sachen Genua versucht hat, nicht wegzuschauen, hat deutlich zu spüren bekommen, dass ein solches Verhalten nicht erwünscht ist. JournalistInnen, RichterInnen und ProzessbeobachterInnen haben es erfahren und ganz besonders die AktivistInnen, die dazu beitragen, dass Supportolegale existiert. Wenn die AnwältInnen und ihre UnterstützerInnen in mühseliger Arbeit unliebsame Wahrheiten zu Tage fördern, holen Berlusconi TV-Lakaien schon mal zum schwer illegalen medialen Gegenschlag aus. Als das GLF etwa die Dynamik des Angriffs auf die völlig gewaltfreie und genehmigte Demonstration der Tute Bianche rekonstruierte und bewies, mit welcher Gewalt die widerrechtliche Maßnahme durchgeführt wurde, ließ ein italienischer Talkmaster prompt Abhörmitschnitte, die Teil eines noch schwebenden Verfahrens wegen Genua und damit geheim sind ausstrahlen, um der TV-Nation die GipfelgegnerInnen als die eigentlichen Verbrecher zu präsentieren. Wer einer Gerichtsverhandlung beiwohnen will, der/die wird am Eingang penibel durchsucht und des Öfteren von "sonstigen" BesucherInnen ungesehen angerempelt, während seine Papiere kopiert werden. Der jüngste Höhepunkt war die

mit einer Anzeige wegen Verleumdung eingehende Beschlagnahme von zwei Rechnern, die zwei, im Auftrag des GLF arbeitenden Sachverständigen gehörten und sämtliche Materialien der Verteidigung im Verfahren gegen die 25 DemonstratInnen enthielten.

Für die Aktion bildeten gleich mehrere Hundertschaften vor dem Gerichtsgebäude einen Spalier. Ein Pulk von Digos-Zivilfahndern folgte den beiden und setzte sie kurz darauf wie in einem Action-Film fest. Die Botschaft lautet immer stärker: "Du störst, du veröffentlichst fast in Echtzeit was in diesen Gerichtssälen passiert, du machst zuviel Gebrauch von deinen Rechten. Du setzt uns zu sehr zu, aber wisse, dass wir dich wann wir wollen zur Strecke bringen können". Supportolegale wird dennoch nicht aufgeben. Die 10.000 Euro Unkosten, die monatlich für den Kampf nach Genua anfallen, die haben sie nicht - für deren Deckung müssen wir alle sorgen. Aber sie haben den Mut und sie bringen das unendlich große Engagement ein, ohne das wir alle viel ärmer wären. Supportolegale wird nicht aufgeben, es sei denn, die Mittel kommen abhanden.

Der Weg ist lang und die Mittel sind knapp

Wir blicken auf ein mehrjähriges Partizipationsvakuum zurück, das durch Lähmung und Spaltung der Bewegungen sowie durch jahrelange Geheimhaltung von vielen Tatsachen in der Ermittlungsphase und das gewollte - und zum Teil wahrscheinlich auch erzwungene - Schweigen der Medien verursacht wurde. Die Zahl derer, die jene die wirklich intensiv mit Öffentlichkeitsaktionen und Spenden unterstützen, ist derzeit noch sehr gering. Das muss sich ändern, weil die Arbeit des GLF und von Supportolegale noch über viele Jahre ungeheuer wichtig sein wird. Sie wird nur bestehen können, wenn viele versuchen, sich an der Beschaffung der Mittel zu beteiligen. 10.000 Euro im Monat sind kein Pappenstiel, die Arbeit von Supportolegale aber auch nicht, soviel ist sicher. Ein zusätzlicher Grund, um sich den G8 2001 ins Gedächtnis zurückzurufen und das Schweigen zu beenden ist, dass die Erinnerung auch helfen kann, etwas vom Selbstbewusstsein, von der Kraft und den Visionen, die uns durch die Gewalt in Genua genommen wurden zurückzugewinnen, um die gewaltsam unterdrückte Auseinandersetzung mit den G8-RepräsentantInnen noch motivierter und entschlossener wiederaufzunehmen, wenn sie nach Schottland kommen.

Die Proteste gegen die G8-Gipfel...

...haben die Regierungen immerhin gezwun-

gen, sie in abgelegenen Gebieten abzuhalten. Zudem wurde der Öffentlichkeit erklärt, dass sie demnächst weniger repräsentativ vonstatten gehen sollen. 2005 tagten die G8 wieder, in Großbritannien.

Der Gipfel 2005 wurde im Gleneagles Hotel in Perthshire, Schottland (ca. 60 km nördlich von Edinburgh) veranstaltet.

2006 findet der Gipfel zwar in der Metropole St. Petersburg statt, dort allerdings 30km außerhalb der Stadt.

2007 soll das Polit-Theater in Deutschland zur Aufführung kommen, im mecklenburgischen Seebad Heiligendamm, etwa 80 km von Rostock entfernt. Ein Netzwerk um dagegen zu mobilisieren ist bereits am Entstehen. Der erste Aufruf ist unter

[<http://anarchie.de/main-50818.html>]

abrufbar. Das Netzwerk ist zu erreichen unter [g8-2007@riseup.net]

Aktuelles zu Genua

Informationen gibt es unter anderem über den Newsletter von gipfelsoli [Gipfelinfo - Meldungen über globalisierte Solidarität und die Proteste gegen unsolidarische Globalisierung]. Über diesen Verteiler wird Aktuelles über juristische Nachspiele vergangener Gipfel verschickt, aber auch über Mobilisierungen zu künftigen Ereignissen (Göteborg, Thessaloniki, Prag, Genua, Gleneagles, Heiligendamm etc.). Subscribieren könnt ihr euch unter [<https://lists.nadir.org/cgi-bin/mailman/listinfo/gipfelsoli-l>].

Die Gruppe erreicht ihr per Mail über [gipfelsoli@nadir.org].

Spendenkonto Italien

Don Antonio Balletto
Swift Code: CRGEITGG040
Iban IT45 H061 7501
4000 0000 6135 980

Zahlungszweck: supporto legale
Paypal: donate-glfw@indymedia.org
<http://www.supportolegale.org>
info@supportolegale.org

Spendenkonto Deutschland

Rote Hilfe Berlin
Konto Nr. 7189 590 600
BLZ 100 200 00
Stichwort: Genua



Zivilisationsnahrung

Pestizide und Funghizide dank Bayer & Co

mfg Paprika gehört zu den Gemüsesorten, die besonders viele Vitamine enthalten, oft aber auch eine Extra-Dosis an Pestiziden. Auch viele andere Lebensmittel weisen immer höhere Pestizidrückstände auf - und zwar ganz legal. Denn die gesetzlich erlaubten Höchstmengen für Pestizide in Obst, Gemüse und Getreide sind in den vergangenen fünf Jahren massiv angehoben worden.

Zum Beispiel das Spritzmittel Chlorthalonil soll Hopfen vor Pilzkrankheiten schützen - und steht in Verdacht, Krebs zu erzeugen sowie Nieren und die Leber zu schädigen. Bis zum Jahr 2000 durfte ein Kilogramm Hopfen nach der Ernte 0,01 Milligramm des Funghizids enthalten. Dann wurde der Höchstwert um den Faktor 5.000 angehoben: auf 50 Milligramm pro Kilogramm. Auch die Höchstgrenzen anderer Pestizide im Hopfen wurden in den vergangenen fünf Jahren gelockert, sodass er insgesamt mehr als das 10.000-fache an Pestiziden enthalten darf als früher. Insgesamt ist in 59 Prozent der pflanzlichen Lebensmittel die zulässige Pestizid-Grenze seit 1999 erhöht worden, nur in 41 Prozent wurde sie gesenkt. Besonders oft nach oben korrigiert wurde das Limit demnach im Jahr 2003, nämlich 319 Mal. Zu den zehn Pestiziden, deren Grenzwerte am stärksten heraufgesetzt wurden, sind acht besonders gesundheitsgefährdend. Diese Stoffe können Krebs auslösen, beeinträchtigen das Hormon- und Fortpflanzungssystem und schädigen Gewässerorganismen. In Deutschland werden nach Angaben des Umweltbundesamts jährlich rund 30.000 Tonnen Pflanzenschutzmittel ausgebracht, etwa 30 Tonnen davon landen in Flüssen und Seen. Höchstgrenzen werden in der EU immer auf jeweils ein Pestizid in einem bestimmten Lebensmittel festgelegt. Dabei wird das Zusammenwirken der verschiedenen Schadstoffe außer Acht gelassen. Enthält ein Lebensmittel mehrere Pestizide unterhalb der Höchstgrenze, wird es bei Kontrollen nicht beanstandet. Anders als in den USA werde bei uns nicht berücksichtigt, dass Wirkstoffe verschiedener Pflanzenschutzmittel ein und dasselbe Organ schädigen und sich gegenseitig noch verstärken könnten. Auch Grenzwerte sind keine Garantie dafür, dass wir gesundes Gemüse auf dem Teller haben, Langzeitwirkungen von auch kleinsten Mengen der Pestizide sind absolut wahrscheinlich.

Zucchini, Paprika, Tomaten und Auberginen - In den Treibhäusern Südeuropas werden sie fünf Mal im Jahr geerntet. Hier hat sich eine hochtechnisierte Agrarindustrie entwickelt unter Einsatz aller erdenklichen Pestizide. Die Böden unter den Plastikplanen sind ausgelaugt, die Pflanzen müssen extrem gedüngt werden. Nur diese Art der Landwirtschaft garantiert, dass es im Winter Tomaten und im Frühling Erdbeeren gibt. In Deutschland sind wesentlich weniger Pflanzenschutzmittel zugelassen als bei den meisten unserer Nachbarn. Die gesundheitliche Unbedenklichkeit prüft eine Bundesbehörde - mit Tierversuchen. Für Kernobst sind zum Beispiel 90 verschiedene Pestizide zugelassen. Im Rahmen des Naturschutzgesetzes müssen die Bauern auch dokumentieren, wie viel Spritz- und Düngemittel sie auf Wiesen und Feldern ausbringen.

Wenn Pestizide nach Vorschrift gespritzt

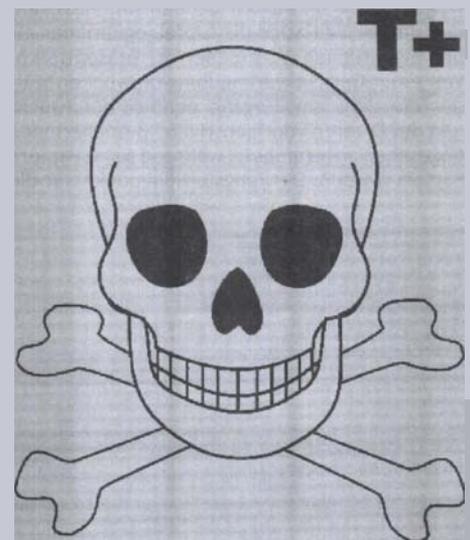
werden, landen kaum Rückstände auf dem Teller. Doch auch bei geringen Rückstandsmengen stellt sich die Frage nach langfristigen Auswirkungen auf den Organismus. Schadstoffe gelangen über Magen und Darm in den Körper und können sich im Fettgewebe anreichern. Am stärksten belasten sie die Leber und können sogar das Herz schädigen. Mehr als die Hälfte der im Jahr 2002 von deutschen Lebensmittelämtern untersuchten Obst-, Gemüse- und Getreideproben enthielten Pestizidrückstände. Oft waren es gleich mehrere verschiedene Gifte pro Frucht und in knapp 9 Prozent der Fälle wurden die gesetzlichen Grenzwerte überschritten. Hoffnung, dass die Situation sich inzwischen verbessert hat, scheint es nicht zu geben, denn seit 1996 ist der Anteil der kontaminierten Proben ständig gestiegen. Also ist auch ein entsprechend ähnlicher Verlauf in den letzten beiden Jahren zu vermuten. Insgesamt waren 44 Prozent der europaweit untersuchten 46.000 Proben mit Pflanzenschutzmitteln belastet. In Deutschland allein wurden 7035 Proben untersucht, davon zeigten 54,1 Prozent Rückstände, die in Nahrungsmitteln eigentlich nichts verloren hätten. Nur in den Niederlanden und in Österreich waren die Zahlen ähnlich schlecht. Importware schnitt dabei deutlich schlechter ab als inländische Ware. So waren 56 Prozent der Inlandsprodukte rückstandsfrei, aber nur knapp 37 Prozent der importierten Früchte. Grenzwertverletzungen wurden bei 5 Prozent der einheimischen Produkte und bei 12 Prozent der Importe festgestellt. Dabei gelingt es den Kontrolleuren bisher allerdings nicht, die ganze Wahrheit abzubilden.

Untersucht werden nämlich gerade mal die Hälfte der 800 derzeit zugelassenen Wirkstoffe. Weitgehend unerforscht ist zudem, wie die unterschiedlichen Gifte im Zusammenspiel wirken. Der Giftcocktail wird immer bunter. In 20,7 Prozent der Proben kamen mehrere Giftstoffe vor (1999 waren es noch 14 Prozent), jede zwanzigste Probe enthielt vier und mehr verschiedene Pestizide - bei Getreide vor allem Insektengifte, bei Obst und Gemüse gegen Pilze eingesetzte Gifte. Auf immer weniger Äckern wird Nahrung für immer mehr Menschen produziert: Seit 1950 hat sich weltweit die landwirtschaftliche Fläche pro Kopf halbiert. Dass die Nahrungsproduktion trotzdem gestiegen ist, liegt nicht zuletzt am hohen Einsatz von Pestiziden. Doch die landen nicht nur auf den Feldern sondern auch auf dem Teller der Verbraucher. In über einem Drittel aller Lebensmittelproben in Europa fanden die Behörden Rückstände von Insekten- und Unkrautvernichtungsmitteln. Dabei suchen sie nur nach etwa zehn der über 1.000 zugelassenen Pestizide. Der WWF nennt etwa 50 Pestizide, die auf den tierischen Organismus wie Hormone wirken sollen. Die Folge: Die Fruchtbarkeit von Hasen sinkt, Schnecken wächst ein Pseudopenis und Männer bilden weniger Spermien. Einige Pestizide wirken im menschlichen Organismus wie Hormone. Das könnte erklären, warum die Fruchtbarkeit in Deutschland in den letzten Jahrzehnten abgenommen hat, so Toxikologen. Zum Teil leiden wir immer noch an Giften vergangener Jahrzehnte:

Obwohl DDT schon seit langem verboten ist,

zirkuliert das langlebige Gift immer noch in der Nahrungskette. Andere hormonartige Pestizide sind noch immer zugelassen und werden in Deutschland versprüht. Die Behörden sehen jedoch keinen Grund zur Beunruhigung: Da ja nur ein kleiner Prozentsatz der Produkte die amtlichen Grenzwerte überschreitet.

Eine Alternative zu konventionell angebauten Nahrungsmitteln bietet die ökologische Landwirtschaft: Eine vor kurzem veröffentlichte Studie ergab, dass ökologisches Obst und Gemüse im Vergleich zu konventioneller Ware fast frei von Pestiziden ist. In der Zeit von 1994 - 2000 wurden insgesamt 2878 ökologische und konventionelle Proben auf den Gehalt an Pestiziden untersucht. Von 1041 ökologischen Obst- und Gemüseproben waren 96,1 % frei von Pestiziden. Zwei der 1041 ökologischen Proben (0,2 %) überschritten die zulässige Höchstmenge. Von 1837 konventionellen Obst- und Gemüseproben war durchschnittlich jede dritte Probe (35 %) mit Pestiziden belastet. Konventionelle Obst- und Gemüseproben waren um den Faktor 9 häufiger mit Höchstmengenüberschreitungen belastet als die ökologischen Proben: 33 (1,8 %) der 1837 konventionellen Proben überschritten die Höchstmenge. Ein Großteil der belasteten ökologischen Proben kommt durch Umweltbedingungen wie beispielsweise eine ungünstige Lage des ökologisch bewirtschafteten Ackers in der Nähe eines konventionell wirtschaftenden Betriebes zustande.



Sehr giftig

Buchprojekt

Handbuch der kreativen Antirepression

(fb) Ein neues Buchprojekt ist in Arbeit: Das Handbuch der kreativen Antirepression. Es soll die vorhandene Repressionsschutz-Literatur erweitern um kreativ-offensive Handlungsmöglichkeiten.

Kreative Antirepression ist ein Begriff, der in der linksradikalen Szene einige Jahre genutzt und diskutiert wird. Es handelt sich dabei um eine Methode offensiven Umgangs mit der Repression von Staat und Institutionen, kann aber auch auf andere Alltagssituationen wie rassistische, sexistische oder auch erzieherische Übergriffe angewendet werden.

Kreative Antirepression geht über die "Anna und Arthur haltens Maul"-Repressionsschutz-Mentalität hinaus und nutzt die Repression, um sie sichtbar zu machen und anzugreifen. Sie kann durchaus auch zum Schutz vor Repression werden, wenn die ObrigkeitsvertreterInnen keinen Nerv auf langwierige, anstrengende und unberechenbar-chaotische Diskussionen, Aktionen und Auseinandersetzungen haben, die ihre Handlungen auslösen würden. Dass solche Situationen entstehen können, wurde bereits mehrfach bewiesen. Allerdings kann kreative Antirepression auch zu verstärkter Repression führen, wenn RichterInnen austicken und über ihre Befugnisse hinausgehen (siehe Richter Maynicke beim Prozess gegen einen Politaktivisten in Halle S. 17) oder die politische Polizei (Staatsschutz) meint noch intensiver gegen AktivistInnen vorgehen zu müssen. Eine klare Abschätzung der Situation und der Wirkung

des eigenen Handelns ist hier wichtig und es sollte klar sein, dass Aktionen kreativer Antirepression keine hohlen unüberlegten Handlungen sein sollten.

Mit dem Buchprojekt soll ein Nachschlagewerk, das im Alltag auch tatsächlich genutzt wird, entstehen. Hier werden neben den "üblichen" Repressionsschutz-Tipps Ideen für einen offensiven Umgang mit bestimmten Situationen vorgestellt. Dabei wird auf mögliche Gefahren hingewiesen, die sich durch die kreative Antirepression ergeben könnten. Abgerundet werden die Situationsbeschreibungen durch Praxisbeispiele und Hinweise auf weitere Informationen.

Natürlich werden auch Hintergrundtexte zum Konzept der kreativen Antirepression, zur Kritik an der derzeitigen Praxis des Repressionsschutzes und zur Kritik an der kreativen Antirepression nicht fehlen.

Beim Jugendumweltkongress in Bielefeld sollen die ersten Entwürfe von Antirepressions-Texten, z.B. die Vorschläge zum Umgang mit bestimmten Situationen, diskutiert werden. In das Buch sollen die Ergebnisse dieser Debatten einfließen. Überhaupt ist angedacht, das Handbuch nicht freischwebend in die Medienlandschaft zu produzieren, sondern auf eine breite Basis von AktivistInnen, Gruppen und DiskursteilnehmerInnen aufzubauen. Daher ist auch die Einbeziehung von möglichst vielen Zusammenhängen angestrebt und die Be-

teiligung vieler weiterer Menschen sehr erwünscht.

Mit der Zeit soll ein Netzwerk von AktivistInnen in kreativer Antirepression entstehen, die sich austauschen, anderen Tipps für den Umgang mit speziellen Situationen geben, Trainings und Infoveranstaltungen anbieten und ihre eigenen Kompetenzen trainieren und weiterentwickeln. Nach derzeitigem Planungsstand kann dann im April mit dem Erscheinen des Buches gerechnet werden. Dann soll es viele Informations- und Diskussionsrunden zum Konzept der kreativen Antirepression geben. Das Buch ist somit nicht nur Selbstzweck - es soll auch eine konkrete Praxis nach sich ziehen. Im Idealfall wird damit die Debatte um kreative Antirepression aufgefrischt und ganz viele Aktionsgruppen und AktivistInnen verändern ihren Umgang mit Polizei, Justiz und Staat hin zu einer offensiveren Taktik, begreifen sich nicht mehr nur als Opfer, sondern als handelnde Person und die Repression als Chance, Herrschaftskritik ständig zu thematisieren.

Das Buchprojekt im Internet:

http://deu.anarchopedia.org/index.php/Projekt:Antirepressions_Handbuch

Hintergrundinfos zur kreativen Antirepression:

<http://www.projektwerkstatt.de/antirepression/>

Sicherheitsfragen im Endlager Morsleben

(fb) Mit dem Titel "Security Policies am Beispiel des Endlagers Morsleben" ist jetzt eine neue Studienarbeit zu Sicherheitsfragen im ERAM erschienen. Sie wurde für die Universität Magdeburg verfasst und betrachtet die Sicherheit der Atomanlage aus dem Blickwinkel der "Security Policy", einem Konzept aus der IT-Security. Dieser Sicherheitsbegriff wurde gewählt, weil er umfas-

sendere Ansprüche an die Sicherheit eines Systems stellt, als sonst üblich.

Hier werden etwa ein Dutzend Sicherheitskategorien betrachtet und erläutert und dann mit Beispielen aus der Atompolitik und dem Betrieb des Endlagers Morsleben verglichen. Dabei zeigt sich, dass an vielen Stellen eine nicht vertretbare Sicherheitsphilosophie zur Anwendung kam. Allerdings kann die Studienarbeit nur einen Überblick über Sicherheitsfragen geben und die wirkliche Praxis nur anreißen. Um wirklich aussagekräftig zu den Abläufen im ERAM Stellung zu beziehen, müssten weit umfangreichere Informationen einbezogen werden.

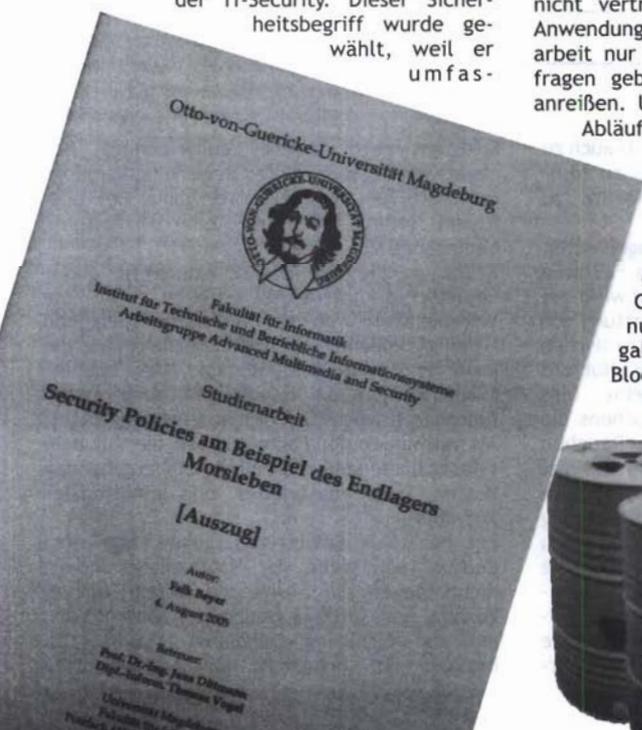
Schwierigkeiten gab es bei der Erarbeitung der Studienarbeit einerseits durch die praktizierte Geheimhaltungspolitik, durch die es nur oberflächliche Informationen gab, und andererseits durch die Blockadehaltung im Bundesamt für

Strahlenschutz. Dort wurden selbst einfachste Informationen verweigert, die "einfachen" BürgerInnen nachweislich gegeben wurden - natürlich ohne dies zu begründen.

Zur öffentlichen Präsentation der Studienarbeit wird es Anfang 2006 die Verteidigung im Advanced Multimedia and Security Lab der Universität Magdeburg geben. Dort werden die Hintergründe und Inhalte kurz vorgestellt und Gelegenheit für Nachfragen gegeben.

Im ersten Teil gibt die 120-seitige DIN A4-Broschüre eine Einführung in den Begriff der Security Policy, daran schließt sich ein Kapitel zur Geschichte der Atomanlage an. Den Hauptteil bilden die Aufstellung von Sicherheitsanforderungen und die Aufführung von Praxisbeispielen. Im Anhang sind Adressen, Rechtsvorschriften und andere nützliche Informationen zusammengestellt.

Die Broschüre kann gegen Spende zur Deckung der Kopierkosten bei den Greenkids bestellt werden (z.B. per Mail an morsleben@greenkids.de).



Risikobewusstsein psychologisch betrachtet

Volker Linneweber, Kathrin Pischel und Heidi Ittner -
Institut für Psychologie der Otto-von-Guericke-
Universität Magdeburg

Warum ignorieren Menschen wichtige Warnhinweise für ihre Gesundheit? Warum reagieren sie oft erst, wenn es zu spät ist, obwohl ihnen die nötigen Informationen schon im Vorfeld zur Verfügung standen, und warum tun manche selbst dann nichts, während wiederum andere bereits lange vorher aktiv wurden? Wie kommt es, dass sich Menschen zum Schutz von Besitz und Leben engagieren und versuchen, bestehende Risiken zu mindern?

Eine mögliche Antwort auf diese und andere Fragen zum Umgang des Menschen mit Gefahren und Risiken finden wir in der sozialpsychologischen Forschung in der Theorie selbstschützenden Verhaltens von Rogers und Prentice-Dunn (1997). Sie haben ein Prozessmodell entwickelt, welches es ermöglicht, den in einer Person stattfindenden Verarbeitungsprozess zu beleuchten, der dafür verantwortlich ist, dass verschiedene Personen in unterschiedlichem Maße selbstschützendes, vorsorgendes Verhalten ausführen. Hierbei unterscheiden sie drei Prozesskomponenten, die wir genauer betrachten wollen: die verschiedenen zugrunde liegenden Informationen, deren kognitiver Verarbeitungsprozess und das daraus resultierende Verhalten.

Die hier vorgestellte Theorie wurde ursprünglich zur Erklärung des Umgangs mit Gesundheitsrisiken (z.B. Rauchen) entwickelt, besitzt jedoch eine breite Gültigkeit und ist so auch für technologische und Naturgefahren einsetzbar. Am Beispiel eines Hausbesitzers in einem durch Hochwasser bedrohten Gebiet werden wir die einzelnen Komponenten veranschaulichen.

Die Wahrnehmung von Informationen als Grundlage des Prozesses

In die nachfolgende Bewertung gehen alle wahrgenommenen, bedrohungsbezogenen Informationen ein. Diese entstammen verschiedenen Quellen des Umfeldes oder der Person selbst.

Aus dem Umfeld erhalten wir sie durch unmittelbare Kommunikation (z.B. mit einer bereits geschädigten Person), durch Beobachtung dessen, wie andere mit der Situation umgehen, und aus den Medien (z.B. Tageszeitung, Fernsehen). Aber auch Faktoren in uns selbst bedingen die Verarbeitung der Informationen und damit den weiteren Prozess des Umgangs mit dem Risiko, so unsere bereits vorhandenen

Vorerfahrungen mit ähnlichen Bedrohungssituationen sowie die ganz individuellen Persönlichkeitsmerkmale.

So ist es zum Beispiel von Bedeutung, ob das kommende das erste erlebte Hochwasser des Hausbesitzers sein wird oder ob er die Situation drohenden Hochwassers bereits kennt, und wenn ja, wie die bereits erlebten weiterhin verlaufen sind. Ebenso spielt es eine Rolle, ob er generell ein risikofreudiger oder eher ängstlicher Mensch ist, einer der auf andere zugeht oder alles allein schaffen will usw.

Die Bewertung und Verarbeitung der wahrgenommenen Informationen

Aus den Eingangsinformationen resultiert eine spezifische Bewertung der Gefahr selbst, d.h. der Größe der Bedrohung und ihrer Eintretenswahrscheinlichkeit. Ein gewisses Maß an Furcht ist ebenfalls erforderlich, damit eine weitere Verarbeitung erfolgen kann.

Durch diese subjektive Bewertung kann es sowohl zu einem fehlangepassten Umgang (z.B.

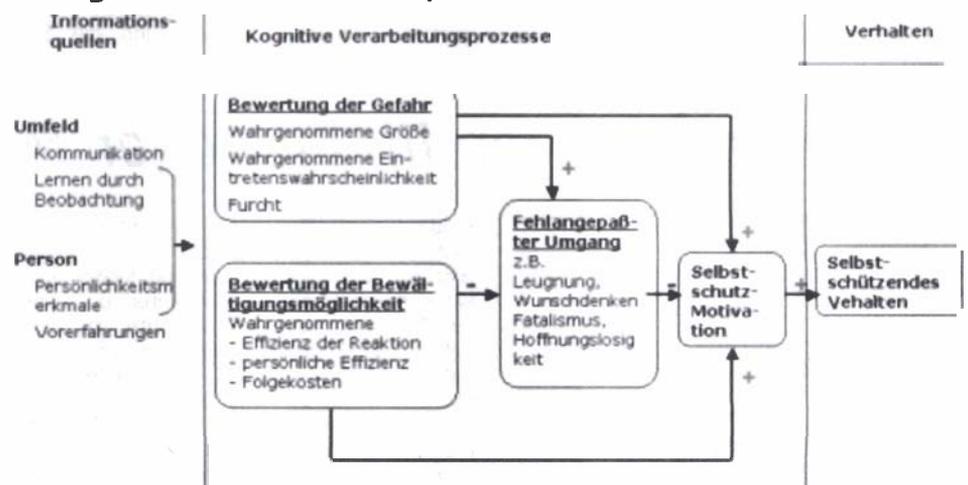
scheinlichkeit, durch fehlangepasstes Handeln der Bedrohung voll ausgesetzt zu sein und der subjektive Schweregrad des erwarteten Schadens (z.B. für Besitz, Leben, Selbstwertgefühl). Diese Kosten des unangepassten Handelns werden mit dessen Nutzen verglichen und ergeben zusammen die Gefahrenbewertung.

Angenommen, die bisherigen Hochwasserereignisse verliefen so, dass der Hausbesitzer in unserem Beispiel nicht betroffen war und umsonst unter großem Aufwand sein Haus gesichert hatte, dann wird er auch die nun bevorstehende Gefahr als eher gering bewerten. Wenn das Hochwasser hingegen sein Haus erreichte und er mit den getroffenen Maßnahmen erfolgreich war, dann wird er die Gefahr wahrscheinlich höher einschätzen.

Wenn die Sicherungsmaßnahmen allerdings nichts genutzt haben oder er dennoch einen Schaden erleiden musste, so kann es sein, dass er, vielleicht in Übereinstimmung mit seinen Nachbarn, die Gefahr nun klein reden wird oder sich in die Hoffnung flüchtet, dass sein Haus diesmal verschont bleibt. Er zeigt also fehlangepasstes Verhalten und bleibt untätig. Andererseits kann diese Erfahrung auch dazu führen, dass er bereits frühzeitig aktiv wird und motiviert ist, sein Haus diesmal besser zu schützen.

Die Bewertung der Bewältigungsmöglichkeiten ist ebenfalls bedeutend. Ähnlich wie bei der Gefahrenbewertung werden verschiedene

Die Theorie selbstschützenden Verhaltens Rogers & Prentice-Dunn, 1997



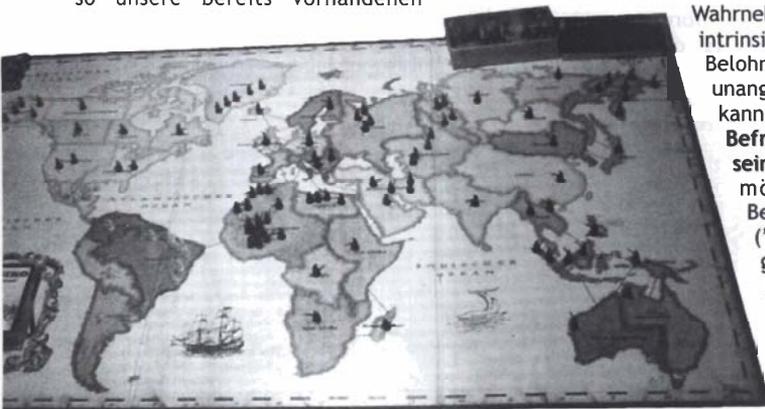
Leugnen der Gefahr, Wunschdenken) als auch zu einer verhaltensbedingenden Motivation (d.h. einer Motivation, sich in Selbstschutz zu engagieren) kommen.

Die Wahrscheinlichkeit des fehlangepassten Umgangs wird durch eine Reihe von Faktoren beeinflusst. Begünstigend wirkt die Wahrnehmung oder Erwartung von intrinsischen oder extrinsischen Belohnungen, also des Nutzens unangepassten Handelns. Dies kann im Fall des Rauchens die **Befriedigung beim Rauchen sein, im Hochwasser-Beispiel** möglicherweise nur die Bestätigung einer Meinung ("Das habe ich euch doch gleich gesagt!") oder die Zustimmung von Nachbarn. Vermindernd wirkende Faktoren sind die wahrgenommene Wahr-

faktoren gegeneinander aufgerechnet. Bei negativem Ergebnis dieses Bewertungsvorgangs resultiert fehlangepasster Umgang, bei positivem jedoch resultiert eine verhaltensbedingende Motivation.

Faktoren, die die Wahrscheinlichkeit dieser Selbstschutzmotivation erhöhen, sind die Wahrnehmung von zur Verfügung stehenden Handlungsmöglichkeiten (d.h. ob man etwas tun kann und was das ist) und der eigenen Möglichkeit, diese Handlungen auch auszuführen (d.h. wie effizient man etwas tun kann). Als vermindernder Faktor wirken die mit dem selbstschützenden Verhalten einhergehenden Kosten (z.B. materieller und emotionaler Aufwand).

Ein negatives Bewertungsergebnis läge zum Beispiel vor, wenn der Hausbesitzer meint, nichts gegen die anrollende Gefahr tun zu können, oder wenn er glaubt, sein Haus mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln (z.B. bezogen auf finanzielle Mittel oder seine



Fähigkeiten) nur unzureichend schützen zu können. Selbst wenn ihm eine Methode bekannt wäre, die ihn gut schützen könnte, diese jedoch in ihrer Anwendung zu viel Geld oder Zeit kosten würde, oder im Vergleich zum geschützten Wert des Hauses (als Objekt und ideell) ein zu großer Aufwand wäre, so würde er resignieren oder ein anderes fehlangepasstes Verhalten zeigen.

Ein positives Ergebnis der Bewältigungsbewertung wäre es, wenn der Hausbesitzer zum Beispiel in den Medien von einer neuen viel versprechenden oder einer kostengünstigen Methode gehört hätte oder wenn er in zurückliegenden Hochwasser-situationen bereits positive Erfahrungen gesammelt hat und sich daher in der Lage fühlt, die nötigen Arbeiten kompetent durchzuführen. Verstärkt werden würde dies z.B. durch eine hohe wahrgenommene Unterstützung durch Freunde, Familie etc. sowie das subjektive Gefühl, über ausreichende und umfassende Informationen zu verfügen.

Das aus dem Prozess resultierende Verhalten

Sowohl die Gefahrenbewertung (als hoch und sehr wahrscheinlich) als auch die positive Bewertung der Möglichkeiten zur Bewältigung der Gefahr wirken verstärkend auf die Selbstschutzmotivation und somit auf das selbstschützende Verhalten. Demnach ist die Motivation zu selbstschützendem, vorsorgendem Verhalten am stärksten, wenn sowohl die Gefahr als auch die Möglichkeiten ihr zu begegnen subjektiv als hoch bewertet werden.

Je nachdem wie hoch oder gering die resultierende Motivation zum Selbstschutz ist, die auch durch das Ausführen fehlangepassten Handelns beeinflusst wird, so hoch oder gering kann das folgende selbstschützende Verhalten sein.

Das gewählte Beispiel verdeutlicht, dass gerade im Umgang mit technologischen und Naturgefahren sehr viele Faktoren berücksichtigt werden müssen. Die Aufklärung der Bevölkerung und das zur Verfügung stellen der grundlegenden Informationen sind zwar ein erster Schritt, führen jedoch nicht unbedingt zum (z.B. von Behörden, Aktivisten) beabsichtigten Verhalten.

Für den Anwendungszusammenhang des Endlagers Morsleben ergibt sich vor dem Hintergrund dieser Theorie umfangreicher Forschungsbedarf. So kann bei jeder Prozesskomponente sowohl auf individueller als auch auf aggregierter Ebene bzw. im Umfeld analysiert werden, welche Einflüsse wirken und wie die einzelnen Komponenten ausgeprägt sind.

"Vitopia"

ein neues Projekt in Magdeburg

Wir wollen ein neues Hausprojekt in Magdeburg in Angriff nehmen. Dieses Haus soll ökologisch saniert und ausgebaut sein - also naturverträgliche Baustoffe, gute Isolierung, Holzheizung zur Wärmeerzeugung und Ökostrom per Photovoltaik. Und das sind nur einige Ideen.

Wir wollen in diesem Haus wohnen - zusammen und gemeinschaftlich, nicht nebeneinanderher wie in den meisten Häusern. Und wir wollen dort auch politisch und künstlerisch tätig werden.

Vielleicht entwickelt sich daraus ja auch eine Projektwerkstatt - eine Räumlichkeit, wo Leute einfach hinkommen und was tun, wenn sie grad Lust darauf haben. Ein Ort, der die Infrastrukturen für aktives Handeln bereitstellt.

Eine ganze Menge Ideen für Projekte in diesem Haus haben wir schon. Beispielsweise die offene Kleinkunsthöhle, eine offene Wohnung, den Ökogarten oder das offene Büro.

Wenn du Lust hast, am Basteln dieser Projekthausidee mitzuwirken, melde dich bei uns unter 0162/8608949

Luft! Ganz einfach Nichtraucher.

Stefan Frädlich

(jos) Rauchen Sie, dann will der Autor des Buches „Luft! Ganz einfach Nichtraucher“ Sie auf 170 Seiten „ohne Hokuspokus, Psychoquatsch oder Medikamente zum Nichtraucher“ machen. Es werden in 34 Kapiteln, an deren Ende jeweils eine kurze Zusammenfassung steht, verschiedene Aspekte des Rauchens beschrieben.

Das Buch ist in einer einfachen Sprache geschrieben und findet deutliche Worte z.B. „Rauchen ist die schwachsinnigste Sucht unserer Zeit. Kein Mensch braucht Zigaretten, bevor er sich mühsam süchtig geraucht hat und nachdem er die Sucht wieder losgeworden ist.“

Es werden einige grundlegende Sachen dargestellt wie, dass es für die eigene Geldbörse schlecht ist zu rauchen, dass sich rauchen auch volkswirtschaftlich nicht rechnet und die Krankenkosten von Rauchern höher sind als die von Nichtrauchern. Der Pawlowsche Reflex wird auch noch einmal sehr grundlegend geschildert und in Zusammenhang mit dem Rauchen gestellt. Beschrieben wird auch, dass bei Lebensmitteln alle Zutaten draufstehen, bei Tabak aber nur Teer und Nikotin auf der Schachtel ausgewiesen sind.

Insgesamt ist das Buch in einem sehr einfachen Stil geschrieben. Es werden grundlegende Informationen in Argumentationssträngen noch einmal zusammengeführt. Insgesamt hat das Buch nur wenige neue Aspekte zu bieten, kann aber beim Nachdenken über die eigene Motivation fürs Rauchen einen Anhaltspunkt bieten.

7,90 Euro
Knaur-Verlag
2004
ISBN 3-426-77796-7



Die Weizsäcker

Ulrich Völklein

(gnu) Von den Deutschen Kennedys könnte nach der Lektüre dieses Buches die Rede sein: Die Weizsäcker haben wie kaum eine andere Familie die Geschichte Deutschlands mitgeprägt, mit unterschiedlichen Interessen und Intentionen.

Dieses Buch geht auf die miteinander verwobenen Biographien Ernst von Weizsäcker und seiner beiden Söhne Carl Friedrich und Richard von Weizsäcker ein.

Es sind interessante Biographien, die den Wandel im Leben der drei Menschen zeigen: Ernst von Weizsäcker, der SS-Brigadeführer, der als Staatssekretär im Auswärtigen Amt versucht, mit Diplomatie den Krieg abzuwenden, Carl Friedrich, der Atombombenforscher, der sich später mit Philosophie, Umwelt- und Friedensforschung beschäftigte und nicht zuletzt der wohl bekannteste, Richard von Weizsäcker, der Bundespräsident der deutschen Einheit, der die Erinnerung an die Verbrechen des NS-Regimes im Bewusstsein der Deutschen verankert wissen wollte.

Die Familienbiographie ist mehr als nur ein Aneinanderreihen von Zahlen und Daten, sie will aufzeigen, dass Deutschland stolz sein kann, eine Familie wie die Weizsäcker zu haben.

"Die Weizsäcker" zeigt, welche Vorstellungen von Moral die führenden Köpfe der Gesellschaft haben und wie sie ihre Macht und ihren gesellschaftlichen Einfluss zur Durchsetzung ihrer Moralvorstellungen gebrauchten.

"Die Weizsäcker" zeigt, welche Vorstellungen von Moral die führenden Köpfe der Gesellschaft haben und wie sie ihre Macht und ihren gesellschaftlichen Einfluss zur Durchsetzung ihrer Moralvorstellungen gebrauchten.

22,90 Euro
Droemer
2004
ISBN 3-426-27319-5

Ulrich Völklein Die Weizsäcker

Macht und Moral –
Porträt einer deutschen Familie



Droemer

Rollkommando

aaa-Redaktionsräume durchsucht Arbeitsgrundlage beschlagnahmt

Am Donnerstag, den 11. August wurden die Redaktionsräume der Zeitschrift *anti atom* (aaa) durch die Staatsschutzpolizei durchsucht. Beschlagnahmt wurden 3 PCs und zahlreiche Datenträger. Verfolgt wird mit dieser Polizeiaktion ein Text auf einer Internetseite.

Etwa 35 Uniformierte der Bereitschaftspolizei und ein knappes Dutzend zivil gekleidete Angehörige der Staatsschutzabteilungen in Lüchow, Lüneburg und Hannover verschafften sich zunächst mit Hilfe eines 3 Tage alten richterlichen Beschlusses Zutritt zur Wohnung von Martin N., Redakteur der Bewegungszeitschrift. Das Hauptinteresse der BeamtInnen richtete sich auf einen der Redaktionsräume der aaa und hier insbesondere auf die Computeranlagen. Daneben wurden das Archiv, die Küche, Bett, Wäsche, Nahrungsmittel, selbst der Speicher mit einer Räucherkerze durchstöbert.

Während diese Durchsuchung lief, erwirkten die Staatsschützer bei Richter Stärk vom Amtsgericht Dannenberg einen weiteren Durchsuchungsbeschluss, den dieser in einer Sitzungspause unterzeichnete. Daraufhin wurde die Wohnung von Elisabeth K., einer anderen aaa-Redakteurin, auf den Kopf gestellt. Auch hier machte das Durchsuchungskommando vor nichts Halt. Private und redaktionelle Notizen wurden ebenso eingetütet wie Plakate und Flugblätter aus der umfangreichen Materialsammlung; drei Rechner und zahlreiche Disketten und CDs wurden beschlagnahmt. Damit war der Redaktion die Grundlage zur Weiterarbeit

zunächst entzogen.

Die Beschuldigten werten diese Polizeimaßnahme als politische Kriminalisierung: "Mit einer Begründung, deren Fadenscheinigkeit mehr als offenkundig ist, soll missliebige Recherche und Meinungsbildung behindert werden. Der Staatsschutz zielt darauf, Menschen mundtot zu machen, die sich ebenso gegen Sozialraub wie gegen Castortransporte engagieren; die Justiz stützt sich dabei auf Vorwürfe, die an den Haaren herbeigezogen sind." Elisabeth K. und Martin N. hatten sich an der Vorbereitung des "prekär-camps" beteiligt, auf dem sich etwa 120 Personen von verschiedenen Initiativen gegen Sozialraub aus der BRD für eine Woche im Wendland versammelt hatten.

Im Programm des Camps, auf das sich Richter Stärk mit seinen Entscheidungen stützt, wird für den 10.8. eine Yomango-Modenschau angekündigt. Ein Hinweis, wer wen wodurch zu welcher strafbaren Handlung aufgefordert hat, ist in seiner Begründung nicht zu finden. (Wegen des naßkalten Wetters fiel dieser Programm-punkt im Übrigen aus.) Völlig unverständlich bleibt, was auf diese Weise polizeilich ermittelt werden kann. In Fällen, wo tatsächlich strafbare Inhalte auf einer website auftauchen, ist es bislang üblich, die Domain-InhaberInnen per Strafanzeige zur Unterlassung aufzufordern.

"Die Polizei war weder zur Vereitelung noch zur Aufklärung von Straftaten unterwegs; dieses Rollkommando hat die Gelegenheit genutzt und sich als strafende Exekutive aufgeführt, in der Hoffnung, nebenbei noch dies oder das Gerichtsverwertbare zu finden.", beklagt Elisabeth K. diesen massiven Einbruch in die Privatsphäre. "Die Vertraulichkeit der Information, das Redaktionsgeheimnis, die Arbeit der Presse allgemein steht unter dem Schutz der Verfassung. Was Staatsanwaltschaft, Polizei und Gericht davon halten - vor allem, wenn es um Medien sozialer Bewegung geht - haben sie mit ihrer Aktion überaus deutlich gemacht."

Ungereimtheiten

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft Lüneburg hat der Richter beim Amtsgericht Dannenberg Thomas Stärk die Erlaubnis zur Durchsuchung und Beschlagnahme gegeben. Im Zusammenhang mit dieser richterlichen Entscheidung sind einige Ungereimtheiten aufgetaucht:
Was ist eigentlich der Tatvorwurf?
In welchem Verhältnis stehen Ermittlung und Durchsuchung / Beschlagnahme?
Wie sachkundig wurde entschieden?



Wie kam der zweite Beschluss zustande?

Wogegen wird eigentlich ermittelt?

Die Begründung der richterlichen Entscheidung gibt darüber keine Auskunft. Wörtlich heißt es im Durchsuchungsbefehl vom Montag, den 8.8.05: "Der Beschuldigte steht im Verdacht, öffentlich und durch Verbreiten von Schriften zu einer rechtswidrigen Tat aufgefordert zu haben, indem er auf der Internetseite zum Prekär Camp eine 'Yomango-Aktion' am 10. August 2005 angekündigt. 'Yomango' steht in der spanischen Umgangssprache für: 'Ich stehle'. Unter der Kategorie 'Plakat und Aufruf' wird für die Teilnahme am Prekär Camp vom 5.-15. August geworben. Unter der Überschrift 'Es gibt was zu tun' wird das vorläufige Veranstaltungsprogramm mitgeteilt, in dem für den 10. August 2005 eine 'Yomango-Aktion' angekündigt wird. Domain-Inhaber der Webseite ist der Beschuldigte. Insoweit besteht der Tatverdacht, dass dieser die Aufforderung auf der Homepage öffentlich verbreitet." (Zitatende)

Zum Vergleich mit den Tatsachen empfiehlt sich ein Klick auf www.prekaer-camp.org/aktiv.php. Die einzige Aufforderung, die sich hier finden lässt, heißt "Que se vayan tod@s" (Sie sollen alle abhauen) und ist der Titel eines Films über Argentinien. Ebenso wenig lassen sich hier strafbare Handlungen ausmachen. Für den 10. August wird eine Yomango-Modenschau angekündigt. Die Antwort darauf, was Yomango bedeutet, bleibt die gesamte Homepage schuldig. Unter dem Menüpunkt "Texte" ist eine Rubrik "Aneignung" geführt. Selbst hier finden sich nur Texte theoretischer Natur. Diesem Mangel hat die Staatsanwaltschaft abgeholfen, indem sie eigenständig recherchiert hat. Leider blendet ihre Erklärung alles aus, was über die unvollständige Übersetzung hinausgeht. (Empfehlung: Geben Sie den Begriff mal bei Google ein!)

Den zum Vorwurf gemachten Aufruf zu einer strafbaren Handlung gibt es nicht.

In welchem Verhältnis stehen Ermittlung und Durchsuchung / Beschlagnahme?

Beantragt wurde die Maßnahme am 5.8.; am 8.8. stimmte der Richter zu. Die zur Begründung genannte Aktion hätte am 10.8. sein sollen. Welcher Sinn ergibt sich aus polizeilicher Sicht für eine Maßnahme am 11.8.? Für Strafvereitelung ist es zu spät; die Urheberschaft für eine Tat, die nicht stattgefunden hat, ist nicht zu ermitteln.

Einmal angenommen, eine Gruppe hätte im Programm den Punkt eingebracht: "Spuckt dem Staatsanwalt kräftig in die Suppe!" und hätte keinen Zweifel daran gelassen, dass sie zu verbotswidrigem Tun auffordert. Das Strafgesetzbuch legt fest, dass Anstifter nicht schwerer bestraft werden dürfen als Täter. Was könnte die Durchsuchung von Räumen und die Beschlagnahme von Computern dazu beitragen, diejenigen ausfindig zu machen, die diese Aufforderung verbreiten?

Zur Klärung der Haftungsfrage trägt diese Ermittlungsmaßnahme nicht bei. Der durch den



YOMANGO

YOMANGO

YOMANGO

YOMANGO

YOMANGO

Entzug von Produktionsmitteln angerichtete Schaden übersteigt das Maß einer theoretisch zu entrichtenden Strafe bei weitem.

Wie kam der zweite Beschluss zustande?

Nachdem die Durchsuchung bei Martin N. abgeschlossen war, machten die BeamtInnen ihre Absicht deutlich, nun auch die zweite Wohnung zu durchsuchen. Den Beginn einer Durchsuchung in polizeilicher Eigermächtigung konnte die in ihrem Hausrecht verletzte aaa-Redakteurin nur unter Aufbietung aller Energie und mit Unterstützung ihrer Anwältin abwenden.

Wenig später präsentierte der Einsatzleiter ein erkennbar hastig produziertes Dokument: er wies eine richterliche Entscheidung vor, die sich gegen Elisabeth K. richtete, im Begründungstext aber eindeutig auf einen Mann bezogen war. Außerdem trug dieses Papier keine Unterschrift. Nachdem die Anwältin darauf insistierte, allenfalls einen unterzeichneten Durchsuchungsbefehl zu akzeptieren, bemühte sich der leitende Kriminalbeamte Heinz Wolters bei Gericht um einen zweiten Beschluss. Durch einen seiner Mitarbeiter ließ er Richter Stärk aus einer Verhandlung rufen; dieser unterzeichnete in einer Sitzungspause den ihm vorgelegten Text.

Wie sachkundig wurde entschieden?

Eine aaa-Vertriebsmitarbeiterin führte am Freitag, den 12.8. ein Gespräch mit dem Richter Thomas Stärk über die Ereignisse vom Vortag. Die Zweifel an der Echtheit seiner Unterschrift räumte er aus. Der Kriminalbeamte Schorling habe ihm in einer Verhandlungsunterbrechung berichtet, durchs Fenster sei im Büro das Wort "prekär" zu lesen gewesen. In der Eile sei er, Stärk, von der Notwendigkeit überzeugt worden, auch der Durchsuchung der zweiten Wohnung zuzustimmen.

Befragt nach den Tatsachen, die dem Verdacht zugrunde liegen, führte Richter Stärk aus, ihm sei der Umgang mit dem Internet nicht vertraut. Er sei nicht in der Lage, sich die inkriminierte Homepage selbst anzuschauen. Es würde auch nicht weiterführen, wenn er Hilfestellung dabei erhalte, weil er nicht bereit sei, sich damit zu befassen.

Mit seiner Entscheidung habe er sich gestützt auf Aussagen der Polizeibeamten. Diese hätten ihm dargestellt, auf der website des prekär-camps werde zu einer Aktion des organisierten Ladendiebstahls aufgerufen. Ihm seien Ausdrucke von Internet-Seiten vorgelegt worden, auf denen "die Aktion Yomango" dargestellt werde. In welchem Zusammenhang diese zum Camp ständen, könne er nicht beurteilen.

Wie entscheidet Richter Stärk über den Widerspruch?

Noch vor Ort hat die Anwältin gegen die Polizeimaßnahmen Widerspruch eingelegt. Vor einer Auswertung der sichergestellten Gegenstände muss sich daher der zuständige Richter erneut mit der Rechtmäßigkeit der Aktion befassen. Inzwischen ist ihm auch bekannt, dass es sich bei den beschlagnahmten Gegenständen um die Ausstattung einer Redaktion einer regelmäßig erscheinenden Zeitschrift handelt. Dies sei ihm von den Beamten verschwiegen worden. Im Gespräch mit der Beschuldigten lehnte er es ab, sich über die Sachlage zu

informieren - trotz der ganzen Ungereimtheiten, auf die er hingewiesen wurde. Es sei Sache der weiteren Ermittlungen, festzustellen, ob der Anfangsverdacht zutreffe.

Richter Thomas Stärk billigt mit seiner Unterschrift massive Eingriffe in Grundrechte, obwohl er nichts weiß und auch nichts wissen will.

Warum beteiligt sich die Redaktion der antiatom-aktuell am prekär-camp?

"Wendet Ihr Euch jetzt einem anderen Thema zu?" wurden wir gefragt. Die Frage liegt nahe: immerhin haben wir uns als Redaktionsleute an einer Veranstaltungswoche beteiligt, auf deren Programm kein einziges der typischen antiAtom-Themen stand. Und wir engagieren uns dafür, dass im kommenden Jahr der Bundeskongreß der entwicklungspolitischen Aktionsgruppen BUKO 29 sich das Thema "Energie als Versprechen - Energie als Beute" vornimmt. Ist uns also der Bereich antiAtom zu fad geworden? Unsere Antwort ist eindeutig. Nein.

Nach wie vor ist die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen der zentrale Punkt unserer politischen Aktivität. Wenn es anders wäre, müssten wir die Gestaltung einer Zeitung mit dieser Zielsetzung anderen überlassen. Wenn wir uns jetzt im Zusammenhang der Widerstände gegen Sozialraub engagieren, wenn wir für uns das Thema Weltpolitik auf die Tagesordnung setzen, dann tun wir das, weil es eben keine anderen Themen sind, sondern nur andere Teile unseres Themas.

Fast klingt es wie ein alter Hut. Wir sagen es trotzdem noch einmal: Das Engagement in der antiatom Bewegung ist für uns mehr als nur der Kampf gegen eine Technologie, die Umwelt und Menschen gefährdet und zerstört. Wir sehen einen Zusammenhang zwischen der zivilmilitärischen Nutzung der Atomenergie und der kapitalistischen Globalisierung weltweit. Beides beruht auf einer Gesellschaftsstruktur, in der Profit mehr zählt als Menschenleben. Beides erneuert beständig eine Struktur, die in immer mehr Bereichen Menschen der Verwertungslogik unterwirft. Für einen größer werdenden Teil der Bevölkerung bedeutet das Verarmung und Ausgrenzung.

Soziale Bewegung kann sich auf einen Punkt konzentrieren - sie darf sich in ihrer Wahrnehmung aber nicht darauf beschränken. Mit zahlreichen aaa-Themenheften haben wir uns in der Vergangenheit bemüht, den Blick über den Tellerrand zu öffnen und Zusammenhänge herzustellen. Mit den Montagsdemos im vergangenen Jahr ist öffentlich wahrnehmbar geworden, was sich in der Bundesrepublik seit langem tut. Was vielen Menschen unter den Nägeln brennt, ist die zunehmende Verunsicherung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen. Dafür steht dieses neue Modewort "Prekarisierung". Vielleicht war es nicht sehr glücklich die Veranstaltungswoche zu einem

Thema, das viele angeht, so zu nennen, dass fast niemand es versteht: prekär-camp.

Trotzdem: das Anliegen finden wir gut. Dieser Prekarisierung nachzugehen, unterschiedliche Aspekte näher zu beleuchten und zu diskutieren, Perspektiven zu entwickeln, sich politisch einzumischen, das stand auf der Tagesordnung des prekär-camp. Davon wollten wir lernen, hier wollten wir uns einbringen. Und die antiAtom-Bewegung hat vieles, was sie einbringen kann. Auf dem prekär-camp standen auch Yomango-Workshops auf dem Programm. Durch die Initiative der Staatsanwaltschaft Lüneburg stellt sich jetzt für Interessierte die Frage, was es damit eigentlich auf sich hat. Wir sind nicht so die Yomango-ExpertInnen. Trotzdem schreiben wir auf, wie wir darüber denken. Ein Versuch über: Yomango - weil man das Glück nicht kaufen kann.

Beginnen wir mit einer Beschreibung: Menschen sehen sich gezwungen zu klauen, um zu überleben. Sie fahren schwarz, weil sie sich die Fahrkarte nicht mehr leisten können, um Freunde zu besuchen. Andere arbeiten illegal, weil sie den Zuverdienst unbedingt brauchen. Was tun, wenn der Schwimmbadbesuch das Alg2-Budget überstrapaziert? Menschen gehen nicht mehr zum Arzt, weil sie die 10 Euro Praxisgebühr für andere Dinge brauchen. Jede Rezeptgebühr ist ein tiefer Einschnitt ins Portemonnaie.

Die gesellschaftliche Entwicklung, die vom Diktat "Wachstum und Profit" bestimmt wird, hat in den letzten Jahren zu zunehmender Verarmung und Unsicherheit in den Arbeits- und Lebensbedingungen vieler Menschen geführt. Selbst hier in einem Wohlstandsland leben Menschen unter dem Existenzminimum. Die Hartz-Gesetze zum Beispiel bringen Menschen in finanzielle und psychische Notsituationen. Darüber zu reden ist immer noch ein Tabu. Die Betroffenen behalten es für sich, fühlen sich schuldig an ihrer Armut und schämen sich, wenn sie dabei erwischt werden, wie sie "Verbotenes" tun, um am Lebensnotwendigen teilzuhaben. Sie bekommen einen roten Kopf, wenn sie beim Schwarzfahren entdeckt werden, und die Umstehenden wenden sich peinlich berührt ab. Wer nicht die Augen verschließt vor dem, was in der Bundesrepublik gerade so passiert, dem werden viele solcher Situationen begegnen. Und wer sich in der Welt ein wenig umschaute, kann ohne Anstrengung Beispiele aus anderen

YOMANGO

YOMANGO

YOMANGO

YOMANGO

YOMANGO

YOMANGO

YOMANGO

Ländern nennen, wo Menschen mit Elend und Armut kämpfen. Auf diesem Hintergrund werden Menschen politisch aktiv, um auf die ungerechte Verteilung gesellschaftlichen Reichtums aufmerksam zu machen und Möglichkeiten der Veränderung zu diskutieren.

Gleichzeitig erzeugt es Angst, wenn Normen ins Wanken geraten. "Du sollst nicht stehlen - wenn diese gesellschaftliche Regel aufgekündigt wird, wird vielleicht auch mir noch das weggenommen, was ich mir mühsam erarbeitet und erspart habe." Wer lebt schon gerne in einer Welt, in der alle ständig alles festhalten müssen, damit es nicht davongetragen wird?

Sozial engagierte Menschen in Spanien haben den Begriff Yomango kreiert. Yomango ist so etwas wie das Logo für eine künstlerische und politische Kampagne und steht für die Idee, die oben beschriebenen Momente des alltäglichen Lebens aus der Heimlichkeit zu holen. Menschen sollen sich nicht dafür schämen müssen, dass sie arm sind; dass sie Lücken suchen und andere Wege gehen, um sich das zu nehmen, was eigentlich jedem Menschen zustehen sollte: ein Leben in Würde und Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum. Das Problem öffentlich zu machen soll die Angst nehmen, die Leute in ihrer Not gefangen hält. Und es soll die Möglichkeit eröffnen, mit anderen darüber zu sprechen und nach solidarischen Lösungswegen zu suchen.

Yomango ist ein Wortspiel: yo mango heißt "ich esse", "ich nehme". Yomango sieht aus wie das Label einer Kleidermarke und einer Ladenkette. Yomango wird aber auch benutzt für "ich klau". Das ist eine Provokation, ist anstößig, weil es mit einem gesellschaftlichen Tabu bricht. Es gibt Anstoß zur Beschäftigung mit einem realen gesellschaftlichen Problem.

Wenn Menschen sich mit Yomango befassen, dann kann es in unseren Augen nicht darum gehen, Klauen als coolen Lebensstil zu propagieren. Es geht darum, einen gesellschaftlichen Missstand zum Thema zu machen und öffentlich zur Diskussion zu stellen. Klauen findet statt, tagtäglich, heimlich und anrühlich, ist gesellschaftliche Realität. Sich damit zu befassen, nach den Hintergründen und Zusammenhängen zu fragen, was Menschen in solche Situationen bringt, ist notwendig für eine kritische Öffentlichkeit.

Wir als Redaktion einer Bewegungs-Zeitung haben nicht zu "organisiertem Ladendiebstahl" aufgerufen, wie uns Gericht und Staatsschutz unterstellen, und wie das zum Teil in den Medien weitergegeben wurde. Wir setzen uns ein für eine Welt, in der es niemand nötig hat zu klauen; für ein lebenswertes Leben für alle, auch für die, die in der kapitalistischen Verwertungslogik keinen Platz haben. Wir bauen auf Eure Unterstützung.

Soziale Bewegung lässt sich nicht mundtot machen. Oder doch? Die Antwort darauf hängt davon ab, ob es "uns" gelingt, diesen staatlichen Angriff auf ungebändigte Äußerung und Recherche abzuwehren. Zusammen mit FreundInnen und Freunden hat sich die Redaktion das Ziel gesetzt, am 5. September 2005 die nächste

Ausgabe in den Versand zu bringen. Damit nicht nur das möglich wird, sondern auch der Fortbestand der "Zeitung für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen" gesichert wird, sind viele kleine (und gerne auch große) Maßnahmen wichtig und hilfreich.

Juristisches

Die Anwälte haben beim Amtsgericht Widerspruch eingelegt und Akteneinsicht gefordert. Die Entscheidung darüber, wie mit den beschlagnahmten Gegenständen zu verfahren ist, liegt nun bei

Thomas Stärk, Richter am Amtsgericht
Amtsberg 2. 29 445 Dannenberg
Fax: 0 58 61 - 954 333

en, mails an FreundInnen/GenossInnen, Diskussionen beim Einkaufen, beim Sport, an der Arbeit - all dies kann dazu beitragen, dass außerparlamentarische Politik nicht einfach in den Eindrücken des Alltags verschwindet. Nehmt diese Kriminalisierungsaktion und setzt sie auf die öffentliche Tagesordnung!

Ausstattung

Mit der freundlichen Hilfe von Fachleuten stricken wir uns gerade eine Übergangslösung, auf der wir die nächste Ausgabe produzieren. Irgendwann müssen geliehene Komponenten aber wieder zurück, und möglichst schnell soll die Redaktions- und Layoutarbeit ohne Abstürze,



foto: uk.indy

Auf Nachfrage hat Oberstaatsanwalt Warnecke sich von der Einschätzung überrascht gezeigt, bei der Polizeiaktion könne es sich um eine Einschränkung der Pressefreiheit handeln.

Staatsanwaltschaft, Burmeisterstraße 6.
21335 Lüneburg - Fax: 04131 - 202 474

Eine ungeheure Menge von Fragen und Aspekten eröffnet sich durch diesen Fall, die im langen Telefonat, in umfangreichen Schreiben oder auch beim persönlichen Gespräch mit den VertreterInnen der Justiz zu erörtern wären. Manchmal reicht aber auch schon die kurze, aber treffende Kommentierung. Manchmal reicht aber auch schon die kurze, aber treffende Kommentierung.

Öffentlichkeit

Artikel, Briefe an Redaktionen, Radiosendung-

brennende Augen und Geduldsproben vorstaten gehen.

Geld

Widerstand ist nie umsonst. Gerade jetzt merken wir, dass er nicht nur wichtig, sondern auch teuer ist. Spendet reichlich!
Förderverein anti atom aktuell
Konto 0004150066
bei der KSK Lüchow-Dannenberg
Bankleitzahl 258 51 335
Stichwort: Durchsuchung

Vereinigt Euch!

Die Mitgliedschaft in unserem Förder-Verein ist eine gute Art, die aufklärende und meinungsbildende Arbeit gegen Atomprojekte ideell und finanziell auch dann zu unterstützen, wenn man oder frau für das persönliche Engagement gerade wenig Möglichkeiten sieht. (Was natürlich



niemand davon abhalten soll, doch auf die Straße zu gehen, wenn es Not tut.) Mitgliedsbeiträge und Spenden sind von der Steuer abzugsfähig.
verein@anti-atom-aktuell.de

Kein Anfangsverdacht Durchsuchung der "anti atom aktuell" war rechtswidrig

Die Polizeimaßnahme gegen die Redaktion der Zeitschrift "anti atom aktuell" (aaa) war nach Auffassung des Landgerichts Lüneburg rechtswidrig. Mit dieser Entscheidung rügte das

zuvor in einer Stellungnahme diesen Richter-vorbehalt angemahnt und gerügt, dass das Amtsgericht Dannenberg - "wie bereits häufig im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um die Lagerung von Atommüll in Gorleben" - seine Wächterfunktion missachtet habe.

Staatsanwaltschaft: "Aufforderung zu Straftaten"

Eingeleitet hatte die Staatsanwaltschaft Lüneburg das Verfahren offenbar wegen einer "Aufforderung zu Straftaten". Sie habe damit Bezug auf die Internetseite der Veranstaltungswoche "prekär-camp" genommen.

In der Programmübersicht seien an mehreren Tagen Workshops zum Thema "Yomango" genannt worden. In der spanischen Umgangssprache bedeute yo mango sowohl "ich esse" wie "ich klaue". "Yomango" ist laut anti atom aktuell eine von Künstlerinnen in Barcelona initiierte Form des Protests gegen Verarmung und Verunsicherung der Lebensverhältnisse.

Landgericht: keine Anhaltspunkte - "bloße Vermutungen"

Auch hiermit hat sich die Landgerichtskammer unter Vorsitz von Dr. Gützow befasst und schreibt im Beschluß: "Zahlreiche Fragen sind offen, beziehungsweise die Antworten auf diese Fragen sind bloße Vermutungen: Wo sollten etwaige Taten stattfinden? In welchen Geschäften sollte in der provinziell angehauchten Kleinstadt Lüchow gegen angeblich zunehmender Kommerzialisierung durch Diebstähle protestiert werden?" Eine Aufforderung zur strafbaren Handlung konnte das Gericht nicht erkennen.

Republikanischer Anwaltsverein: "Gute Gelegenheit, sich Daten über eine nicht genehme Publi- kation zu verschaffen"

Nach Auffassung von Karen Ullmann vom Republikanischen Anwaltsverein "entsteht der Verdacht, dass hier eine aus Sicht der Staatsanwaltschaft gute Gelegenheit genutzt wurde, sich Daten über eine nicht genehme Publikation, die anti atom aktuell, zu verschaffen. Hierin ist ein unverhältnismäßiger Eingriff in die Pressefreiheit zu sehen. Auch die gesetzlichen Schweigerechte von Redakteur/innen über Informant/innen wurden so wegen eines geringfügigen Vorwurfs schwer verletzt."

Deutsche Journalisten-Union: "Eingriff war unverhältnismäßig"

Da sich die Aktion gegen eine Redaktion ge-

richtet habe, wie die Unverhältnismäßigkeit des Eingriffs besonders schwer, meint der Vorstand der Deutschen Journalisten-Union (dju). Wie schon in früheren vergleichbaren Fällen könne der angebliche strafrechtliche Anlass für die Durchsuchung nur als Vorwand für eine Ausforschung des Redaktionsgeheimnisses verstanden werden.

Die Journalisten-Union warnt ausdrücklich davor, den Vorgang wegen des geringen publizistischen Marktgewichts des betroffenen Presseorgans zu unterschätzen. "Die Pressefreiheit existiert entweder ungeteilt oder sie existiert nicht", meint der Sprecher der Journalisten-Union Manfred Protzner. "Wer Rechte der anderen nicht verteidigt, setzt die eigenen aufs Spiel."

Wie die Redaktion der anti atom aktuell offenbar von Oberstaatsanwalt Warnecke erfuh, sind die beschlagnahmten Gegenstände freigegeben. Eine Aushändigung durch Beamte der Staatsschutzpolizei sei in die Wege geleitet.

In eigener Sache

Ihr haltet das neue "grüne blatt" in den Händen und stellt fast: Irgendwas ist anders.

Ja, es gab einen großen Umbruch in der Geschichte des "grünen blatt". Es gibt ein neues Layout.

Da wir leider aus Kostengründen keine Farben mehr in den Innenseiten verwenden können und einige LeserInnen sich schon lange über die immer gleiche Schriftart der letzten Jahre beschwert haben, haben wir uns zu diesem Schritt entschieden und ein neues Layout entworfen.

Doch nun kommt die große Frage:
War das gut so ?

Deshalb bitten wir euch nun um Antwort auf diese Fragen:

Ist die neue Schrift schöner ?
Sind die Schwarzen Blöcke übersichtlicher als die grauen von früher ?

Oder war früher eh alles besser ?

Schickt eure Antworten bitte an:
Greenkids e.V.
Karl-Schmidt STraße 4
39104 Magdeburg

oder mailt uns unter: mail@gruenes-blatt.de

Unter allen Einsendern verlosen wir ein kostenloses Jahresabo des "grünen blatt".

Natürlich könnt ihr auch eure eigenen Layout Ideen, Schriftarten und Themenwünsche schicken, oder uns so schreiben, wir freuen uns immer über alle LeserInnenbriefe.



foto: de.indy

Gericht die Durchsuchung der Redaktionsräume und der Wohnungen der Journalisten Elisabeth Krüger und Martin Neseemann. Die Durchsuchung der bedeutendsten Zeitschrift der deutschen Anti-Atom-Bewegung war nach Angaben der Redaktion im August von einem Großaufgebot der Polizei durchsucht und Computer und zahlreiche Unterlagen beschlagnahmt worden. Dagegen hatten die Hamburger Anwälte Schön und Römmig Beschwerde eingelegt. "Das Amtsgericht Dannenberg hat zu Unrecht gegen die Beschuldigten Durchsuchungsbeschlüsse erlassen", heißt es im Beschluss der 6. Strafkammer des Landgerichts Lüneburg, selbst "Anhaltspunkte, die einen Anfangsverdacht rechtfertigen, sind nicht ersichtlich."

In Ihrer Begründung weist die Kammer nach Angaben der Redaktion auf die besondere Schwere hin, mit der durch eine Hausdurchsuchung in Grundrechte eingegriffen wird. Die "sorgfältige" Überprüfung des Sachverhalts durch den zuständigen Richter müsse Grundvoraussetzung einer solchen Maßnahme sein.

Der Republikanische Anwaltsverein (RAV) hatte

Freie Radikale aber keine kritische Masse

(svo) Der Tag ist noch nicht allzu alt, ich steige aus dem Zug und mich begrüßt eine bewölkte, langsam aufwachende Stadt, in der sich Hochhaus an Hochhaus reiht. Durch den Straßendschungel schlage ich den Weg zur Alten Oper ein. Es ist zehn Uhr. Während ich Diabolo spiele, beobachte ich die Szene. Ein Kleinlaster fährt vorbei, wendet, fährt über den Platz und parkt neben dem Ausgang der U-Bahn. Mein Player spielt "Scheint die Sonne auch für Nazis?" von den Ärzten. Es fängt an zu regnen. Auf dem Anhänger eine halb aufgebaute Plakatwand, von der ein abgeschnittenes "iss uns nicht" prangt. Es ist der Lautsprecherwagen der Sekte *Universelles Leben*, die hier gegen Entschuldigkeitsfreiheit und für mehr Gesetze demonstrieren will. Gesetze, die Fleisch verbieten sollen. Gesetze, die den Menschen das Denken abnehmen sollen. Gesetze. Zwang.

Der erste Reisebus hält, etwa 50 Menschen, vorwiegend ältere, steigen aus. Sie tragen Schilder. Sechs weitere Reisebusse, einige mit Anfahrtswegen jenseits der Alpen, werden hier noch halten und ihre menschliche Fracht auf den Opernplatz entleeren.

Ich schlendere so über den Platz, ein Mensch gibt den anderen Sektenanhängenden Demotipps. "Wenn es Ärger gibt, bilden wir Ketten, das heißt, wir haken uns in den Armen ein". Ich frage mich, was die vorwiegend alten Menschen vorhaben. Oder haben sie Angst vor Protesten? Noch einmal packe ich das Diabolo aus und spiele. Zwei Menschen kommen auf mich zu und sehen mir zu. "Toll machst Du das." Ich frage, ob sie auch zur Sekte gehören. Der jüngere Mensch meint "Nein, zur Sekte gehöre ich nicht. Ich arbeite nur auf einem der Höfe". Auf die Frage, ob der Mensch die Inhalte auch hinterfragt, bekomme ich nur zu hören, dass es schon komisch sei, was "man so hört", aber Kritik nicht thematisiert würde. Ich wende mich schließlich mit den Worten "Wir sehnen uns auf den Barrikaden" ab. Immer mehr Menschen strömen auf den Platz,

angekarrt wie die Jubeldemonstranten zum Schabbesuch.

Am Horizont entdecke ich ein Grüppchen, das so gar nicht ins Bild der Sekte passen will. Ich gehe zu ihnen. Es sind antispeziesistische Menschen, die widerständig sein wollen.

Etwa 25 Leute. Ich hatte schon fast die Hoffnung verloren. Wir begrüßen uns zärtlich und teilen Flugblätter aus, die ein Mensch kopiert hat, ich packe ein Megaphon aus. Schon naht der Versammlungsleitende mit einem Polizeimensch im Schlepptau. "Guten Tag" sagt die Ordnungsmacht "Was habt ihr denn vor?" Natürlich wollen wir bei der Demonstration mitmischen, in Form einer kritischen Teilnahme an der Versammlung. Der Versammlungsleitende schaut entsetzt, aber der Polizeimensch erklärt ihm, dass das gesetzmäßig sei. Manchmal ist sogar die Polizei nett. Einen letzten Vorstoß wagt der Beauftragte der Sekte noch, indem er fragt, ob ein Megaphon nicht sehr laut sei. Suggestivfragen gehen auch mal nach hinten los. Resigniert muss er sich erklären lassen, dass es der Sinn und Zweck eines Megaphons ist, laut zu sein. Ich habe den Eindruck, dass der Polizeimensch grinst hat.

Wir finden den Konsens, vor dem Aufmarsch der Sekte herzugehen. Mit dem Megaphon werden die Menschen in Frankfurt darüber informiert, dass es sich um die Sekte *Universelles Leben* handelt, deren Gurufigur Gabriele Wittek sich für das *Sprachrohr Gottes* hält und in ihren Schriften antisemitische Inhalte transportiert. Die Passierenden werden aufgefordert, mit der Propaganda der Sekte kritisch umzugehen und deren Inhalte zu hinterfragen.

Der größte Teil der Sektenpropaganda landet auf dem Boden oder bestenfalls im Papierkorb. Es dauert nicht lange,

da diesen Flugblättern eine Angabe des presserechtlich verantwortlichen Menschen fehlt. Nicht alle Sektenmensen bleiben friedlich, einige pöbeln uns an und beleidigen uns sogar als "Arschlöcher".

Wir bleiben gelassen. Wie ferngesteuert beten die Sektenanhängenden herunter "Wenn ihr gegen uns seid, dann seid ihr gegen die Tiere". Einen kausalen Zusammenhang, der diese Behauptung untermauern könnte habe ich an keiner Stelle vernommen. Wie von einem aufgebracht Mob werden wir mehr und mehr bedrängt. Bei den Diskussionen mit dem gesprächsbereiteren Teil der Sekte über die Kritik an deren antisemitischen Inhalten bekommen wir Dinge wie "Hör doch auf mit dem Antisemitismus. Hier geht es um Tiere. Wenn du für die Juden bist, dann geh doch wo anders hin" oder "Was interessiert mich der Holocaust? Die Tierghettos, darum geht es hier" zu hören. Ja, "Tierghettos". Da ein Vergleich von industrieller Massentierhaltung mit Konzentrationslagern nicht mehr p.c. oder zumindest strafbar ist, wird nun eben auf andere Nazi-Terminologie zurückgegriffen. Mit Sektenmensen, die gegen derartigen Nazi-dreck sind, spreche ich auf der Demo nicht. Mit Leuten, die dennoch von "Tier-KZs" reden allerdings schon.

Die offiziellen Inhalte der Sektendemonstration unterscheiden sich unwesentlich von den Forderungen von Tierschützenden. Da wird gefordert, an Schulen Tierschutzzwangsunterricht einzuführen oder Fleisch als Genußmittel [sic!] zu deklarieren. Eine Kritik an den Inhalten der Sekte, die von nicht wenigen vermeintlichen Tierrechtsorganisationen unhinterfragt übernommen werden, findet sich im Veganismus-Blog.

[http://www.veganismus-blog.de/?p=103]

Als wir auf der Zeil sind, der Frankfurter Konsummeile, versucht ein Sektenanhänger unsere Megaphondurchsagen mit einem Sirengeräusch zu übertönen. Er hört trotz der Aufforderung, die Meinungsfreiheit zu respektieren, erst auf, als die Polizei ihm Konsequenzen androht. Ein Beispiel, wie die Sekte mit Kritik umgeht. Ich denke, es gibt Dinge, die sogar die im Dienst neutralsten Polizisten kritikwürdig finden.

Ob Ironie des Schicksals oder bewusste Provokation: Auf dem Platz der Bücherverbrennung findet die Abschlußkundgebung der Sekte statt, hier wird nochmal der multimediale Overkill ausgepackt und die Sektendemomittlaufenden eilen zum Essensstand, wo es neben dem "Gabrielebrief", Gabriele-Devotionalien und anderen religiösen UL-Schriften und -Krimskrams auch Essen "ohne Fleisch" gibt.

Noch nach dem offiziellen Ende der Demonstration verteilen Anhängende der Sekte ihre Propaganda in der Frankfurter Fußgängerzone.

Tierrechte bedürfen keiner Sekten

Die Organisatorin dieser Demonstration, die totalitäre Sekte *Universelles Leben*, gewinnt seit einigen Jahren immer stärkeren Einfluss in der internationalen Tierschutz- und Tierrechtsbewegung.

Für uns basiert die Idee der Tierrechte auf der Idee der Menschenrechte. Daher distanzieren wir uns klar vom Universalen Leben, dessen in religiöse Texte gehaltene Gedankengut offensichtlich dem rechten Flügel zuzuordnen ist:

"Prüft euch und euer Leben, ob ihr nicht in kleinen und in großen Dingen ähnlich denkt, redet und handelt wie die Juden. Sie werden dafür zu tragen haben - wenn nicht mehr einer der nächsten Fleischwerdungen; denn was der Mensch ist, das wird er ernten. Seit nahezu 2000 Jahren ernten die Juden von einer Fleischwerdung zur anderen, was sie damals und auch in ihren weiteren Einverleibungen gesät haben - bis sie ihren Erlöser an- und aufnehmen und das bereuen, was sie verursacht haben."

Quelle: "Das ist Mein Wort. Das Evangelium Jesu. Alpha und Omega Leben e.V., Band III, Seite 64

Die praktische Umsetzung dessen findet sich in der Aussage von Prof. Klaus Meuser, dem Geschäftsführer der inzwischen eingestellten Zeitung *Christusstaat international* - Das Wort der Bundesgemeinde Neues Jerusalem im Universalen Leben. Er erklärte, die Juden im 3. Reich seien "wahrscheinlich rein dem göttlichen Gesetz" unter Hitler eben "dran gewesen". Quelle: Anhand mehrerer Zitate vor Gericht nachgewiesen.

Das Amtsgeschäft Neuweid verurteilte 1998 den Buchautor Tom Hockemeyer wegen Volksverhetzung in Tateinheit mit Verleumdung und der Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener, weil er schrieb, dass in vorherigen Leben "schuldenig" gewordene Menschen schließlich in den Gaskammern der KZ Auschwitz angekommen seien. In einem von Hockemeyer über Hitler: "Nicht er hat den Juden das Schicksal der Gaskammern zuzureiten, sondern jene, die es sich selbst ausdachten. Die Parallelen des Falles um Tom Hockemeyer zu den Lehren der Karma-Lehre (-Man erntet, was man säet) rechtfertigt unter Millionen Menschen: Die Opfer tragen die Schuld, die Täter sind göttliches Instrument.

Selbst rechtsextreme Verschwörungstheorien sind in den Schriften der totalitären Sekte zu finden. Eine Dollar-

Banknote, eine Schweizer Briefmarke und andere Dinge enthalten verschlüsselte Botschaften. Das vermeintliche Ziel der Kontrolle zu bringen". Auf zwei vollen DIN-A3-Seiten zitiert (gefälschten) Werk, das als antisemitische Werk überhaupt gilt.

Quelle: "Christusstaat international - Das Wort der Bundesgemeinde Neues Jerusalem im Universalen Leben, Estrablatt Nr. 9

"Ausländer raus!" im religiösen Mantel? "Wenn Millionen von Menschen massenweise auswandern, wenn sie vor ihrem Schicksal zu fliehen versuchen, dessen Ursachen sie möglicherweise an gerade ihrem jetzigen Ort hätten bereinigen beifolgt, so ist hier zu fragen, ob sie dabei das Gesetz Gottes ihnen gegenüber wird zu erklären versucht: "Bestimmte gen und vertreiben. Woher kommt diese Gewaltbereitschaft? [...] Die Erde [...] ist eine Bewährungs- und Abtravölkerungswanderung können sich Menschen begegnen, die sich ansonsten nie begegnen würden. [...] Wenn wir nun mit einem dieser Menschen zusammentreffen, so stellt sich die Frage, ob wir nicht etwas mit ihm zu bereinigen haben. Denn seit im Kausalgesetz [...] Dann kann es sein, daß ein zur unrichtigen Zeit auf Menschen treffen, mit denen wohl einiges zu bereinigen wäre, doch es ist noch nicht der rechte Zeitpunkt gelöst worden wäre, kann nun zu einem anderen brückbaren Problem werden. Vielleicht geschieht wieder Haß, Gewalt und Neid, Ausstoßung und dergleichen mehr."

Quelle: "Christusstaat international - Das Wort der Bundesgemeinde Neues Jerusalem im Universalen Leben", Oktober 1992

Hätte somit der verfolgte oder Hunger leidende Mensch, der in einem anderen Land Asyl sucht und dort auf Haß und Herabgerufen? Dann würde er also nicht von rechtsradikalen Deutschen gehasst, zusammengeschlagen, vergewaltigt oder sogar umgebracht, sondern könne schlichtweg "dem was der Mensch säet, das wird er ernten." Und: "Nichts stößt uns zu, was wir nicht selbst verursacht haben."

Quelle: "Selbsterforschtes um Erlebtes - Lebensanweisungen und Hilfen aus der Pilgerfahrt zum Göttlichen"

Studiert man die Schriften des Universalen Lebens, stößt man auf Personen der rechten bis rechtsextremen Szene wie Manfred Adler, Garry Allen, Ekkehard Franke-Gricksch und seine verbotene Zeitschrift C.O.D.E., Thorsten Paproth des neoazistischen Blatt PHN, Johannes Rothkranz u.a.m.

Informationen zum Thema "Universalen Leben" finden Sie auch unter www.phn-gesamt.de.

Das auf der Demo verteilte kritische Flugblatt

Veröffentlicht unter Creative Commons Non-Commercial Attribution - ShareAlike

Mundtotmachung

(svo) Dass die Sekte Universelles Leben sich bis zum äußersten gegen Kritik wehrt, ist nicht erst seit der Klage gegen das Tierrechtsmagazin Voice bekannt. Auch Zeitungen, Rundfunkanstalten, Kirchenorganisationen oder Privatpersonen werden zu den Opfern des Rechtsapparats des Universellen Leben. Der Mensch, der diesen Artikel geschrieben hat, hatte unter der Überschrift (Zitat) "Rechter UL-Mob will gegen Fleisch marschieren" zu Protesten gegen die Sekte aufgerufen. Die Sekte hat dem Schreibenden eine Unterlassungserklärung zu geschickt, die natürlich nicht unterschrieben wurde. Nun wurde unter Zuhilfenahme des Hamburger Landgerichts eine einstweilige Verfügung erwirkt. Dem journalistisch aktiven und nun beklagten Mensch ist es zur Zeit verboten, (Zitat) "Rechter 'UL-Mob'", (Zitat) "Weg mit dem Nazidreck" oder (Zitat) "Rassistischen Christenwahn angreifen" in Bezug auf die Sekte Universelles Leben zu äußern.

Auch das Tierrechtsmagazin Voice und die Tierrechtsinitiative Maqi wurden vom aus den Scientology-Prozessen bekannten Sektenanwalt und Anhänger des Universellen Leben Sailer beklagt. Die Voice, die es auf einen Prozess ankommen ließ, konnte die durch den Prozess entstandenen Kosten nicht tragen, was zum Ende der Zeitschrift beigetragen hat.

Milliardenschwere Sekten haben das Recht gepachtet. Wer Geld wie Heu - auf dubiose Art den eigenen Anhängenden abgezogen - hat, kann es sich leisten, Kritik durch immer neue Prozesse zum Verstummen zu bringen. Es ist an der Zeit, dass Menschen gegen antisemitische, totalitäre Sekten widerständig werden.

Auch der Autor dieses Artikels wird es auf den Prozess ankommen lassen.

<http://veg.gs/de/blog/view/76>

Mehr zum Thema

Informationen zu den Machenschaften des Universellen Leben finden sich auf folgenden Webseiten:

- <http://free-speech.info/>
- <http://veganismus-blog.de/index.php?cat=19>
- <http://projektwerkstatt.de/ul/>
- <http://home.arcor.de/veganwitch/ul/>
- <http://veg.gs/de/ul/>
- <http://www.michelrieth.de/> (Vorsicht, Kirche!)

AAP Neue Tierrechtskampagne

(svo) Ein Stencil-Graffiti prangt an einem Thomas-Cook-Reisebüro in Nijmegen, in Italien gibt es Demos und in Berlin wird sogar eine Topfpflanze entführt: Die *Allied Primate Campaigns (APC)* - in Deutschland die *Aktion zur Abschaffung des Primatenhandels (AAP)* - agiert international.

Ziel der Kampagne ist es, den Handel mit Versuchsaffen zu bekämpfen. In Mauritius, dem Land mit den meisten für die europäische Tierversuchsindustrie wichtigen Lieferanten wild gefangener Affen, soll ein Gesetz beschlossen werden, dass diesen Handel verbietet. Um die Regierung des Inselstaates unter Druck zu setzen, hat es die Kampagne auf eine andere wichtige Einnahmequelle des Landes abgesehen: Den Tourismus.

Die Reisekette Thomas Cook verkauft in Europa die meisten Urlaubsreisen nach Mauritius. Nicht mehr lange, wenn es nach den Aktivisten der Kampagne geht. Laut Thomas Cook reist nicht einmal jeder tausendste Kunde nach Mauritius, für den Konzern wäre es kaum ein Verlust, Mauritius aus dem Katalog zu streichen, die Regierung des Landes würde aber zur Überlegung gezwungen, ob zur Aufrechterhaltung der Einnahmen aus dem Tourismus ein Verbot der Versuchstierexporte in Frage käme. Doch der Urlaubskonzern lehnt - obwohl er angibt, ethische und ökologische Grundsätze zu berücksichtigen - eine Verantwortung für den Primatenhandel ab. Dabei steht auch der Konzern indirekt in einer geschäftlichen Beziehung zu den Affenhändlern. Nicht wenige Hotels aus dem aktuellen Thomas Cook Reisekatalog gehören zu den Unter-Firmen der CIEL-Group, einem Wirtschaftskonsortium, das auch Eigner von Noveprim Ltd., dem Betreiber der Primatenstationen und Geldgeber der Affenfänger, ist.

Ob die Kampagne Erfolg haben wird, steht noch in den Sternen, aber auf kreative Aktionen aus dem Umfeld der Kampagne dürfen wir gespannt sein.

<http://www.primatenkampagne.net>

Der Jukss dieses Jahr in Bielefeld

(svo) In diesem Jahr findet der Jugendumweltkongress schon zum dreizehnten Mal statt. Vom 26. 12. 2005 bis zum 5. 1. 2006 ist die selbstorganisierte und utopische Veranstaltung am Oberstufenkolleg der Laborschule in Bielefeld zu finden. Die Laborschule ist Teil eines Forschungsprojektes der Uni Bielefeld, bei dem alternative Lehrmethoden ausprobiert werden, die Schule besteht nicht aus grauen Wänden und kalten Fluren, sondern aus offenen Feldern und viel Grün. Geschlafen darf in der angrenzenden Turnhalle werden.

Ein vorgefertigtes Programm gibt es wie immer nicht; die Teilnehmenden sind gefragt. Ob jemand spontan einen Workshop anbieten möchte oder etwas zu einem Thema wissen will: alles kann spontan und selbstorganisiert auf die Beine gestellt werden.

Auch eine Kongressleitung gibt es nicht. Offene Fragen und die Gestaltung des Jukss können von allen Teilis untereinander vereinbart werden. Dabei kann ein Utopiemodell ausprobiert werden, dass die Vorbereitungsgruppe erdrosselt hat: Eine Metamorphose aus dem Magdeburger selbstorganisierten Problemlösungsmodell und der Hittfelder und Darmstädter Blüte. Ob und wie das ganze funktioniert, wird sich wie immer auf dem Kongress zeigen.

Die Verpflegung gibt es wie fast immer von Rampenplan, wobei veganes Essen angeboten wird, aber die Vorbereitungsgruppe sich nicht in der Lage sieht, die Entscheidung, ob es nur veganes oder auch nichtveganes Essen geben soll, vorwegzunehmen.

Der Richtwert für den freiwilligen Teilbeitrag liegt wie letztes Jahr zwischen 6 und 8 Euro, wobei mensch beachten sollte, dass der Kongress dieses Jahr 2 Wochen lang läuft. Ob mensch nun eine oder zwei Wochen kommen möchte, bleibt allen selbst überlassen.

Ach ja, ganz wichtig: Wer kommen möchte, ist dringendst gebeten, eine Tasse mitzunehmen. Denn aus dem Schuh schmeckts bekanntlich nicht.

<http://www.jukss.de/>

Keine Anzeige

» Wer die Meinungs- und Pressefreiheit beschneidet ist ein 'Mörder'!

Ein 'Mörder' an der Wahrheit! «

ALBINO · MUSIKER, KIEL

Kampagne »Freedom of Speech«

www.free-speech.info

ALBINO unterstützt die Kampagne »Freedom of Speech«. Er freut sich auch über deine Unterstützung!
Spendenkonto 200507962 · Volksbank Maingau (BLZ 50561315)
Stichwort: Freedom of Speech (Kto.-Inh.: voice)

Rechte für Tiere?

Den Teufel mit dem Beelzebub austreiben



(svo) *Tierrechte, Menschenrechte, Kinderrechte - sehr oft und sehr ausgiebig beziehen sich emanzipatorische Strömungen auf einen abstrakten Begriff von Recht, den es zu erkämpfen gäbe. Dieser Text soll eine Analyse und Kritik am Rechtsbegriff sein.*

Die Bewegung ist nicht allzu alt und die Kritik ist richtig und wichtig. Einige Menschen haben erkannt, dass zwischen Menschen und anderen Tieren ein klares Herrschaftsverhältnis besteht. Die Zivilisation nutzt die "Ressource Tier", beutet sie nach effizientesten Verwertungslogiken aus, versteht Lebewesen als Ware und Rohstoff. Die Menschheit sieht sich an der Spitze der Nahrungs- und Nutzungskette. Hier eine Kritik zu formulieren und eine konsequente Ablehnung der herrschenden Verhältnisse zu praktizieren ist mehr als nur angebracht. Auch einen Namen hat die "neue" Form der Ausbeutung schon: Speziesismus.

Salt stellte Ende des 19. Jahrhunderts zum ersten Mal die Forderung, bestimmten anderen Spezies den Status des Rechtssubjektes zuzuerkennen. Diese Forderung wurde später auch von Philosophierenden wie dem euthanasiebefürwortenden Singer und Regan aufgegriffen und ist heute eine Art Konsens und Nomen der Tierrechtsbewegung. Anderen Spezies sollen Rechte zugesprochen werden, sofern sie bestimmte Kriterien ("Bewusstsein", "Leidensfähigkeit") erfüllen. Nicht selten entspricht die Forderung nach Tierrechten der

Forderung nach Gesetzen, die anderen Tieren einen rechtlichen Schutz oder Vorteil schaffen. Doch genau diese Forderung ist falsch und die Kritik an nur einer Form der Herrschaft verkürzt. Speziesismus, die Etablierung und Aufrechterhaltung eines Machtverhältnisses einer Spezies über andere, ist nicht die einzige Form der Unterdrückung, sondern symptomatisch für eine herrschaftsförmige Gesellschaft. Rassismus und Sexismus - um nur einige weitere Definitionen herrschaftsförmiger Gewalt zu nennen - beruhen auf dem selben Prinzipien, den Prinzipien, einer Gruppe mit bestimmten (konstruierten) Merkmalen durch strukturelle Gewalt gegen alle nicht Gruppenzugehörigen einen Vorteil zu verschaffen, Hierarchien zu bilden, Macht zu erlangen, zu wahren und zu mehren. Speziesismus kann nicht isoliert betrachtet werden, sondern muss als Teil einer strukturellen und gewollten Machtausübung wahrgenommen werden.

Recht und Gesetz sind Mittel, Werkzeug der Herrschenden, ihre Macht aufrecht zu erhalten. Gesetze, Weisungen einer "Autoritätsperson" oder ansozialisiertes herrschaftshöriges Verhalten haben nie die Aufgabe, Gerechtigkeit und Horizontalität zu schaffen, sondern - im Gegenteil - diese zu verhindern. Gesetze implizieren immer den Zwang, ein bestimmtes Verhalten zu praktizieren. Gesetze können nicht das Vehikel sein, um Herrschaftsfreiheit zu erzeugen, da Gesetze Herrschaft sind.

Die Überwindung von Speziesismus kann nur durch eine Umstürzung der Herrschaft erfolgen. Nur in einer herrschaftsfreien Gesellschaft ist es möglich, dass keine Herrschaft ausgeübt wird. Zu denken, Herrschaft könnte nur im Bezug auf andere Spezies abgeschafft werden, ist illusorisch. Eine Gesellschaft, in der Macht und Hierarchie zu den Mechanismen des Alltags gehören, wird diese immer auch anwenden, erst recht gegen so "einfache Gegner" wie andere Spezies.

Neue Gesetze, die die Machtausübung ein wenig abmildern zu generieren, ist kontraproduktiv. Es mag für einen einzelnen Inkonstanten durchaus angenehmer sein, im Knast gutes Essen und medizinische Versorgung zu haben, als in einem Folterkerker dahinzusiechen. Ein größerer, schönerer, besserer Käfig bleibt aber ein Käfig. Wenn Freiheit ein Anspruch ist, wie kann dann ein Käfig eine Forderung sein? Weniger Machtausübung zu fordern bedeutet, die Macht an sich nicht in Frage zu stellen, sondern diese als gegeben hinzunehmen oder als essenziell für den eigenen Vorteil zu betrachten.

Dieser Text wird auf der offenen Plattform veg.gs kollaborativ weiterentwickelt. Beteiligung unter:

<http://veg.gs/de/wiki/textkueche/>

Wenn der Profit über den Inhalten steht

Zensur bei vegan.de offengelegt

(svo) *Vegan.de ist unbestritten die größte deutschsprachige Internet-Community, die sich mit einer veganen Lebensweise beschäftigt. Doch die Betreibenden der Webseite sehen ungenügende Meinungen, die von ihrer Lifestyle-veganen Meinungsvorgabe abweichen. Nun wurde eine Liste mit über 150 Begriffen veröffentlicht, an Hand derer unliebsame Beiträge und Verweise zu konsum- und herrschaftskritischen Seiten verhindert werden sollen.*

Neulich machte ein Witz die Runde: "Bei vegan.de gibt es offizielle Angaben zufolge 250000 Foren-Beiträge. Nach Schätzung unabhängiger Experten ist die Dunkelziffer aber weitaus höher." Der Witz ist lustig und traurig zugleich.

Bei vegan.de herrscht Meinungszwang. Es gibt zwei Arten der Meinung: Erlaubte und unerlaubte. Eine Lobpreisung der Sekte "Universelles Leben" [1] ist durchaus erwünscht, eine kritische Äußerung zur Befürwortung von Euthanasie [2] durch die populistische Tierschutzfirma PETA [3] oder ein Link zu einem Artikel bei Indymedia werden - insofern diese es überhaupt durch den Wortfilter schaffen - schnellstens gelöscht.

So schreibt Blogger Tom Falkner [9]: "Die Unterdrückung von Meinungen zu strittigen Themen wie beispielsweise dem Universellen Leben, Holocaustanalogien, reformistischen Strategien oder auch dem Veganismus als solchen suggeriert nach außen einen Konsens, der gar nicht gegeben ist. Die Folgen von Matthias Bollers veganer Onlinemedienkonzentration dürfen nicht verharmlost oder gar gänzlich ausgeblendet werden: Wer sich im Internet über Tierrechte und die vegane Lebensart informieren möchte, muss schon tief graben, um von Matthias Bollers Ansichten abweichende Positionen kennenzulernen. Nicht zuletzt ist vegan.de ein Grund für die verzerrte Darstellung des Veganismus in etablierten Medien. Für JournalistInnen, die auf vegan.de recherchieren, müssen VeganerInnen als eine homogene Szene mit teilweise bedenklichen gesellschaftspolitischen Ansichten erscheinen. Denn erst

auf den dritten Blick fällt auf, dass beispielsweise Kritik an der als antisemitisch geltenden Sekte "Universelles Leben" rigoros von Matthias Boller gelöscht wird. Besonders pikant ist der von Matthias Boller an den Tag gelegte Protektionismus. Matthias Sympathie mit der umstrittenen "Tierrechtsorganisation" PETA geht soweit, dass er selektiv Links auf einzelne PETA-Artikel verbietet, die seiner Meinung nach das Ansehen der Organisation gefährden könnten. So zum Beispiel PETAs Lobrede auf die Euthanasie. Gerade an diesem Beispiel wird ein erschreckendes Ausmaß der auf vegan.de betriebenen Meinungsmanipulation und Stimmungsmache evident."

Am 21. 9. 2005 wurde im VeganWiki [4] anonym eine imposante Liste mit über 150 sogenannten Stoppwörtern veröffentlicht. Dass diese Wörter nicht benutzt werden können, lässt sich durch den Versuch, jene zu benutzen, leicht nachvollziehen. Wie diese Liste - und weitere nicht öffentlich zugängliche Informationen über die Implementierung des Zensurmechanismus - an die Öffentlichkeit gelangen konnten, ist noch unklar. Es wird aber vermutet, dass diese von Hackenden stammt. Darauf deutet auch eine Aktualisierung der Foren-Software kurz nach dem Bekanntwerden der Veröffentlichung hin. [5] Auf dieser Liste stehen, neben generischen Begriffen - darunter bezeichnenderweise "Zensur" - nahezu alle Webseiten, die sich mit Veganismus und Antispeziesismus beschäftigen. [6] Darunter selbst solche, die sich nicht negativ zu vegan.de äußern, wie die Webseite der Allied Primate Campaigns [7]. Die Vollständige Liste mit insgesamt über 150 Zensurbegriffen findet sich im VeganWiki [10].

Die Intention der Betreibenden liegt kaum im Interesse einer veganen Gesellschaft oder gar in der Befürwortung eines politischen Kampfes gegen Speziesismus, sondern ausschließlich im eigenen Profitinteresse.

Im VeganWiki ist hierzu zu lesen [10]: "Als Erklärung für die massiven inhaltlichen Eingriffe

der Moderation in die Diskussionen sehen viele Kritiker die kommerzielle Ausrichtung des Portals. So finanziert sich die Seite nicht nur durch umfangreiche Werbung in den Foren, sondern ist der Betreiber Matthias Boller auch Besitzer des Versandhandels veganbasics. Kritiker gehen davon aus, dass schärfere Diskussionen in den Foren oder Hinweise auf andere Plattformen zu Veganismus und den angrenzenden Themen als nicht einträglich für die Geschäfte der Betreiber angesehen und aus diesem Grund zum Beispiel unter dem Vorwand von "Spamattacken" gelöscht und Nutzer sowie bestimmte Begriffe gesperrt werden."

So existiert die Vermutung, dass Matthias Boller, Betreiber der Seite, selbst nicht vegetarisch oder gar vegan lebt, sondern lediglich vegan lebende Menschen als Zielgruppe mit hohem Finanzniveau und starker Kundenbindung ausgemacht hat. Diese Vermutung untermauert die Tatsache, dass seine Werbefirma "Rubrikator" - trotz "ethischer Richtlinien" - auch Werbung für nicht vegane Produkte anzeigt. [8]

Was "Bild" in der konventionellen Medienlandschaft ist, ist vegan.de im Blätterwald der veganismusrelevanten Internetseiten: geballte Medienmacht und Meinungsmanipulation. Auf jeden Fall ist vegan.de mit Bedacht zu genießen.

- [1] <http://ul-doku.de.vu/>
- [1] <http://veganismus.ch/foren/read.php?f=4&i=492&t=492/>
- [2] <http://www.peta.org/factsheet/files/FactsheetDisplay.asp?ID=39>
- [3] <http://www.petakillsanimals.com/>
- [4] <http://de.veganwiki.org/cgi-bin/wiki.pl/VeganDe/>
- [5] http://veganismus-blog.de/media/vegan_screenshot.png
- [6] <http://veg.gs/de/blog/view/38/>
- [7] <http://www.primatenkampagne.net/>
- [8] <http://www.veganismus.ch/foren/read.php?f=6&i=661&t=296>
- [9] <http://veganismus-blog.de/index.php?p=88>
- [10] <http://de.veganwiki.org/cgi-bin/wiki.pl/VeganDe/>

Verurteilung wegen Neues §129a Verfahren

von Espi Twelwe

Am 22.11.2005 wurde der Antifaschist Marco W. vom Oberlandesgericht Naumburg nach §129a (Bildung einer terroristischen Vereinigung) zu einer zweijährigen Jugendstrafe ohne Bewährung verurteilt.

Das OLG folgte damit dem überraschenden Plädoyer der Bundesanwaltschaft, welche den §129a wieder neu ins Spiel brachte, nachdem bereits 2003 mit dem Freispruch von Carsten S. das Konstrukt der „Terroristischen Vereinigung“ vom Tisch war und Marco H. und Daniel W. wegen Brandstiftung zu zweieinhalb beziehungsweise zwei Jahren verurteilt wurden. Damit ist die absurde Situation eingetreten, die Marco W. in seinem letzten Wort vor der Urteilsverkündung benannt hatte: „Es wäre natürlich ein voller Erfolg für Sie, geltendes Recht mit dem Mantel der Rechtsstaatlichkeit zu unterwandern und eine Person wegen der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung zu verurteilen, obwohl aus juristischer Sicht mindestens drei Personen dazu notwendig sind. Das wäre ein interessantes Novum, das sicherlich für breite Aufmerksamkeit sorgen würde.“

In der linken Debatte wird der §129 als Ermittlungsparagraf verstanden, der den staatlichen SchnüfflerInnen weitreichende Überwachungsmöglichkeiten eröffnet, um politische Zusammenhänge samt ihrem persönlichen Umfeld auszuforschen und einzuschüchtern. Nur in seltensten Fällen kam es zu Verurteilungen. Das Urteil gegen Marco W. zeigt, dass die Repressionsorgane durchaus gewillt sind, selbst die brüchigen Konstruktionen des §129 zu

nutzen, um politische AktivistInnen hinter Gitter zu befördern. Marco, Carsten und Daniel sowie weitere Betroffene der §129a-Konstruktion stehen dabei nicht isoliert



im Raum - es ist zu befürchten, dass damit ein neues Selbstbewusstsein bei Staatsanwaltschaften, Justiz und Polizei geweckt wird, falls deutlicher, breiter Widerstand „von unten“ ausbleibt.

Krimnelle Vereinigung gegen Martin Luther?

Ein neuer Fall belegt, dass die Anwendung der Ermittlungsparagrafen möglicherweise schrittweise weiter ausgedehnt wird: Im Mai 2005 fanden in der Lutherstadt Wittenberg verschiedene Aktionen gegen den Luther-Hype statt. Wie Presse- und Indymedia-Berichten zu entnehmen ist, bildeten den Schwerpunkt dabei flächendeckende Graffitis, welche Luther's Antisemitismus, Sexismus und seine autoritär obrigkeitshörige Grundeinstellung thematisierten. Im gleichen Zeitraum wurde auch ein lutherkritisches Straßentheater in Wittenberg aufgeführt. Hinter den Taten vermutet die Polizeidirektion Dessau eine kriminelle Vereinigung nach §129. Da dafür mindestens drei Mitglieder benötigt werden, sind inzwischen mindestens drei politisch Aktive aus Magdeburg, Wittenberg und Giessen ins Visier der Staatsschutz-Abteilungen geraten.

Eine Person aus Magdeburg bekam im September 2005 vierzehn einzelne Vorladungen (sic!). Bei der Vernehmung in Magdeburg, an der Staatsschutz-Beamte aus Dessau - die dortige Polizeidirektion „betreut“ auch Wittenberg - anwesend waren, wurde der betroffenen Person mitgeteilt, dass gegen sie wegen Sachbeschädigung in 14 Fällen ermittelt wird, darunter 12 politische Sprayerien und zwei Farbbeutelwürfe. Die Taten sollen in Wittenberg verübt worden sein. Nach Aussagen der Polizei soll die Person zudem einer kriminellen Vereinigung nach §129 angehören, zusammen mit zwei

weiteren Personen, die auch namentlich benannt wurden. Die beiden anderen Personen haben auch Vorladungen erhalten, wo ihnen das eingeleitete 129-Verfahren mitgeteilt wurde.

Genauerer zu den Vorwürfen und den politischen Hintergründen des Verfahrens kann zur Zeit - noch - nicht gesagt werden. Eine der betroffenen Personen hat inzwischen über einen Rechtsanwalt Akteneinsicht beantragt. Auffällig ist allerdings, dass als konkreter Vorwand selbst niedrigschwellige Sachbeschädigungen (Graffitis, Farbbeutelwürfe) als ausreichend erachtet werden, um das Repressionswerkzeug §129 zum Einsatz zu bringen.

Die Betroffenen und UnterstützerInnen haben einen offensiven Umgang mit der Kriminalisierung angekündigt.



Infos zum Magdeburger 129a-Verfahren:
<http://www.soligruppe.de>

Hintergründe zum Wittenberger 129-Verfahren:
<http://www.luther-action.de/vu>

Bund krimineller Vereinigungen:
<http://www.kriminelle-vereinigung.de/vu>

Die Irren-Offensive

Psychiatrie - Systemabsturz

Der folgende Text befasst sich mit der gesetzlich verankerten Entmündigung von Menschen und der Verbändeanhörung dazu aus dem Jahr 2003. Er soll uns die Psychiatrisierung und damit verbundene Diskriminierung und Unterdrückung von Menschen, die einfach nur "anders" sind, verdeutlichen. Obwohl es sich um einen älteren Artikel handelt, sind seine Aussagen aktuell und geben einen guten Einstieg.

Der Schwerpunkt der Zeitschrift "die Irren-Offensive" Nr. 12 ist die laufende Diskussion um die Novellierung des Betreuungsrechts. Angefangen hat sie mit der Überraschung, dass die Irren-Offensive inzwischen von den bundesdeutschen Ministerialien als repräsentative Betroffenen-Organisation bzw. wir als Experten angesehen werden. So wurden wir um schriftliche Stellungnahme zu dem Arbeitspapier der Justizministerkonferenz und deren Gesetzgebungsvorschlägen gebeten und zur Anhörung am 25.8.2003 nach Düsseldorf eingeladen.

Was dort mündlich und schriftlich vorgetragen wurde, ist auf der folgenden Seite dokumentiert. In diesem Papier werden die Kernpunkte der Kritik vorgetragen. Entsprechend wurden sie mit eisigem Schweigen im Anhörungsraum durch die anderen "Experten" quittiert, nachdem wir sie verlesen hatten.

Kurz zu der Bedeutung des Betreuungsrechts für die Psychiatrie: Unterstellt, die Mystifikationen der Gesellschaft sind zu ihrer Legitimierung und der Kaschierung von tatsächlichen Gewaltverhältnissen nötig, ist von folgendem grundlegenden "Gesellschaftsvertrag" zu sprechen: Die Mitglieder der Gesellschaft verzichten auf ihre Gewaltmittel, sind z.B. unbewaffnet etc. und mandatieren dafür den Staat, allein legitimiert Gewalt auszuüben (Notwehr in engen Grenzen ist die Ausnahme). Aus dieser "gesellschaftsvertraglichen" Legitimation ergibt sich alle folgende Gewaltausübung des Gewaltmonopolistischen Staates verbunden mit dem gesellschaftlichen Auftrag, Legales und Illegales zu scheiden. Selbstverständlich haben die Gesellschaftsmitglieder für diese Überlassung des Schwertes etwas eingetauscht: neben einem Justizapparat und seiner Exekutive, der Streitigkeiten untereinander fair regeln soll, ist es vor allem das Sozialstaatsprinzip: die Fürsorgepflicht des Staates - kurz gesagt, jede/r muss würdig leben können (§1 GG!) auch wenn sie/er keine eigenen Finanzierungs-Mittel haben sollte.*

Mit dieser Fürsorgepflicht des Staates werden die psychiatrischen Grausamkeiten legitimiert: Um ein extralegales Straflager schaffen zu können, wird zur Begründung der Wille des Betroffenen, ja sein ganzes intentionales Denken, negiert, um dann zu unterstellen, dass die Strafmaßnahmen zum Besten des Bestraften seien, weil er ja selbst nicht mehr entscheiden könne, was gut für ihn ist. Damit werden Personen mit abweichendem Verhalten, unge-

wöhnlichen Gedanken- und Gefühls-äußerungen willkürlich internierbar, und die eingesperrten Menschen können jeder körperverletzenden Grausamkeit durch Zwangsbehandlung unterzogen werden. Um diese willkürliche Negierung des intentionalen Denkens eines Erwachsenen dauerhaft zu installieren, hat sich der Gesetzgeber die Entmündigung einfallen lassen. Der Vormund ersetzt die willentlichen Äußerungen seines Mündels und wird so zur vorgeschalteten Ersatzperson. Gleichzeitig ist darin der Kern der psychiatrischen Logik zu sehen: Denn wenn eine Entmündigung gegen den Willen des Betroffenen unmöglich werden sollte, kollabiert das Konstrukt der Negierbarkeit intentionalen Denkens einer Person und damit die Möglichkeit, "zum Besten" der Person zu strafen.

Alle "Fremd- und Selbstgefährdungs"-Rhetorik fällt hinter diesen psychiatrischen Kern zurück, da man sich ohne angebliche "Geisteskrankheit" problemlos selbst gefährden darf oder ein Straftatbestand konkreter Gefährdung (z.B. Steine von einer Brücke auf eine Fahrbahn werfen etc.) erfüllt sein muss, um als Gesellschaftsmitglied bestraft werden zu können. Juristisch eingebunden wird der Kern psychiatrischer Logik in den Begriffen vom "freien Willen des Gesunden" und dem angeblich nur "natürlichen Willen des Geisteskranken, dessen erklärter Wille damit bedeutungslos gemacht wird und negiert werden kann. Dass die Kriterien für freien Willen - "Urteilsfähigkeit" in Verbindung mit der "Fähigkeit, nach eigenem Urteil zu handeln" - keiner Logik folgen, weil nur der zirkuläre Schluss einer Catch 22-Situation wiedergegeben wird, weist die Stellungnahme vom 25.8.03 nach.

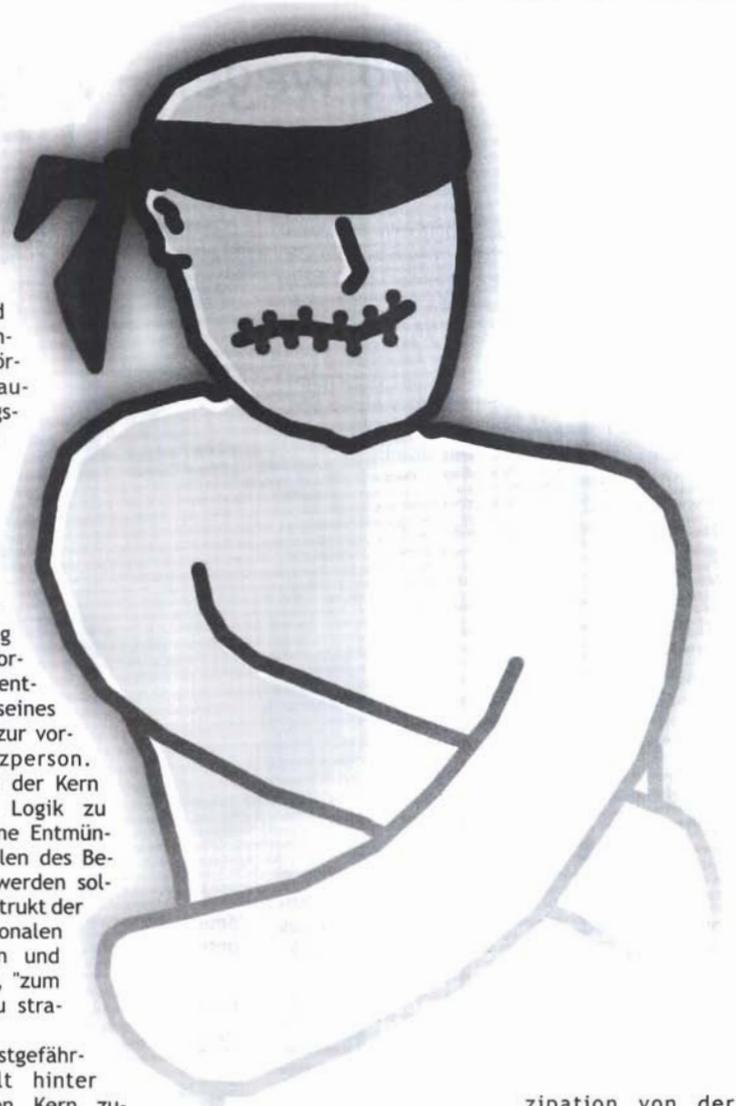
Wie kommt es nun zum Systemabsturz? Dieser hat eine Geschichte, die ca. 1960 begann, als durch die Veröffentlichungen von Thomas Szasz und Michel Foucault die radikale Kritik das Milieu der Entmündigten bzw. diskreditierten Betroffenen verließ und im Unterdrückungsapparat Wissenschaft selbst Fuß fasste: die Studentenrevolte und geistig unabhängige Akademiker beförderten die Ideologische Eman-

zipation von der kolonisierenden Unterdrückungsmaschinerie Psychiatrie. Eigenständige politisch organisierte Gruppen von Betroffenen entstanden, wie z.B. 1980 die Irren-Offensive.

1992 war es dann soweit: Entmündigung wurde in "Betreuung" umbenannt und dieser Wortwechsel damit begründet, dass erstmals der Entmündigte DOCH eine rechtserhebliche Willensäußerung machen kann: seither soll er sich die Person des gerichtlich verordneten Vormunds wünschen können, und dieser Wunsch muss Berücksichtigung finden.

Damit war die Nihilierung aller Intentionen der Betroffenen durchbrochen, die Geschäftsfähigkeit wurde in Aufgabenfelder parzelliert, und weitere Zersetzungsphasen des Systems waren vorprogrammiert: im unangezweifelt geschäftsfähigen Zustand konnte man nach der Gesetzesnovelle ab 1.1.1999 eine Vorsorgevollmacht (Vo-Vo) unterzeichnen und damit rechtswirksam jede psychiatrische Zwangsmaßnahme ausschließen.

Denn der "freie" Wille kann mit Hilfe der Vo-Vo rechtswirksam und unbezweifelbar durch den Bevollmächtigten dann geäußert werden, wenn dies dem Vollmachtgeber bestritten wird. Der Bevollmächtigte wird in unserem Vorschlag einer Vo-Vo an die Verhinderung jeden psychiatrischen



- Anzeige -



Lust auf
Utopie?

herrschaftskritisch
bioanarchovegan
veg.gs

Zwangs vertraglich gebunden, was durch einen Anwalt überwacht wird. Damit war das Schlupfloch aus dem Zwangssystem gefunden, das System geknackt.

Mit diesem neuen Selbstvertrauen konnte dann auch verhältnismäßig leicht die reaktionäre Attacke aller Parteien abgewehrt werden, mit Hilfe eines neuen § 1906a die ambulante Zwangsbehandlung einzuführen. Innerhalb von 3 Monaten machten alle Parteien einen Schwenk um 180 Grad und sprachen sich im Bundestag gegen diesen im November wie aus dem Hut gezauberten Folterparagrafen aus, weil wir nach entschiedenem Protest auf der Straße auch seine Unvereinbarkeit mit der Verfassung nachweisen konnten.

Dieses Schlupfloch jetzt zum Scheunentor zu erweitern, ja das System zum Absturz zu bringen, ist das - möglicherweise unbeabsichtigte - Verdienst der Bundesregierung Hand in Hand mit der FDP: Seit dem 10.6.04 ist von Bundesjustizministerin Zypries die Unterstützung eines Gesetzentwurfs als weitere Änderung des Betreuungsgesetzes auf dem Tisch, in dem ab 1.1.2005 die definitive Verbindlichkeit einer sog. "Patientenverfügung" festgeschrieben werden soll: ein neuer § 1901 b soll eingefügt werden: Liegt eine Patientenverfügung über die Einwilligung oder die Verweigerung der Einwilligung in bestimmte ärztliche oder pflegerische Maßnahmen vor, die auf die konkrete Ent-

scheidungssituation zutrifft, so gilt die Entscheidung des Betreuten nach Eintritt der Einwilligungsunfähigkeit fort. Dem Betreuer obliegt es, diese Entscheidung durchzusetzen, soweit ihm dies zumutbar ist. Das gilt auch dann, wenn die Erkrankung noch keinen tödlichen Verlauf genommen hat.

(2) Der Absatz 1 gilt auch für Bevollmächtigte, soweit der Vollmachtgeber nichts anderes bestimmt hat. Eindeutig soll die Rolle des Vormundschaftsgerichts gesetzlich in § 1904 festgelegt werden: Liegt eine ausdrückliche, auf die Entscheidung bezogene Erklärung des Patienten vor, so hat das Vormundschaftsgericht festzustellen, dass es seiner Genehmigung nicht bedarf. [1]

Am 29.6.04 hat sich die FDP-Fraktion im Bundestag zu einer Übernahme der wesentlichen Positionen von Zypries entschlossen und ihren Antrag eingereicht - ein gutes Zeichen für den Bundesrat! Das wichtigste Zitat daraus: "Therapiewünsche, Therapiebegrenzung und Therapieverbote durch Patientenverfügung sind für jeden Zeitpunkt eines Krankheitsverlaufes möglich. Zwangsbehandlungen sind vor dem Hintergrund von Menschenwürde und Selbstbestimmungsrecht auch bei nicht-einwilligungsfähigen Personen auszuschließen. Wenn diese Regelungen am 1.1.2005 Gesetz geworden sind, bedeutet dies den Systemabsturz der Psychiatrie, denn nirgends ist von

irgendeiner Ausnahmeregelung für die Psychiatrie die Rede - wie gäbe es dafür auch nur irgendeine Begründung? Und dann ist es praktisch soweit: mit verschiedenen Mitteln wie Vo-Vo, Bochumer Willenserklärung, dem von Thomas Szasz schon 1982 vorgeschlagenen "psychiatrischen Testament" (1982j) oder neuen, noch einfacheren Vollmachtsformularen wird man jeden psychiatrischen Versuch, Zwang auszuüben, im Keim ersticken können, denn ohne vormundschaftlichen Segen werden diese Versuche zu strafrechtsbewehrten Verbrechen: Freiheitsberaubung und Körperverletzung. Dann ist es soweit, dass "psychisch krank" nur noch sein kann, wer das auch sein will! Alle verleumderischen psychiatrischen Krankheitszuschreibungen werden zur reinen Wunschdiagnose. Wenn man sie gebrauchen kann - für einen gelben Schein, einen Rentenanspruch oder um eine andere Krankheitsvergünstigung zu bekommen, dann sei sie recht - denn das Straflager "Geschlossene" droht nicht mehr.

Dies ist ein Beschluß des Plenum des Werner-Fuß-Zentrum vom 21.7.2004

[*] Daraus ist eigentlich schon das Recht auf Faulheit abzuleiten, denn das Recht, ein würdiges Leben führen zu können, muß auch für Gesellschaftsmitglieder gelten, die nicht arbeiten wollen. Logischerweise ist deshalb auch in §12 GG die Zwangarbeit verboten.

[1] <http://www.bmj.bund.de/media/archive/695.pdf> - Seite 42, 43

Widerstand & Vision: Geschichte der Umweltbewegung Eine Fortsetzungsgeschichte: Fünfte Phase

In der letzten Ausgabe ging es um die Umweltbewegung Mitte bis Ende der 1990er. Mit der fünften Phase bringen wir die Geschichte zum Abschluss.

Fünfte Phase (ab 2001) Attac - und was kommt noch?

Die Überschrift ist verkürzt, aber die fünfte Phase auch noch nicht detailliert zu bewerten. Das letzte Jahrtausend endete mit breiten Protestbewegungen auch in den Industrienationen. Im November 1999 legten viele tausend AkteureInnen die Eröffnung des WTO-Gipfels in Seattle lahm, im weiteren Gefolge wuchs der Protest immer stärker. Er kam von unten, also aus den vielen kleinen Gruppen und Zusammenhängen. Teile von ihnen distanzieren sich offensiv von der Lobbypolitik der NGOs, z.B. das weltweite Netzwerk Peoples Global Action. Im Jahr 2001, vor allem rund um die massiven Auseinandersetzungen um den G8-Gipfel in Genua, entstand dann auch in Deutschland mit massiver Unterstützung von Teilen der Regierungsparteien und der regierungsnahen Presse die Großorganisation Attac. Die Struktur dieser Organisation ist beispiellos hierarchisch: Es gab bis Mitte 2002 keine Satzung, die Führungsgruppe hatte sich selbst eingesetzt und bestimmte die Themen. Die Geschäftsstelle wurde formal von einer kleinen, intransparenten Gruppe getragen. Die gleichen Personen stehen auch hinter der Bewegungsstiftung, die versucht, aus verschiedenen sozialen Bewegungen wichtige

Personen zu finanzieren - was nicht nur das Dominanzgefälle zwischen zentralen Personen und Basis steigert, sondern gezielt

einflußreiche Menschen in eine finanzielle Abhängigkeit zur Zentrale in Verden bringt. Attac ist strukturell das modernste NGO-Projekt - wendig, professionell geführt, medienorientiert.

Das Verhältnis zur Basis ist instrumentell, d.h. nicht mehr hierarchisch (die Attac-Zentrale kann keine Befehle erteilen), sondern die Führung setzt einfach den inhaltlichen Rahmen. Die BasisakteurInnen erfahren aus der Presse, was Attac denkt. Politisch ist Attac ebenfalls eine Weiterentwicklung der vierten Phase: Es hat gar kein politisches Programm mehr, die wenigen Forderungen die

dienen mehr der öffentlichen Selbstdarstellung - tatsächlich ist auch in Attac-Kreisen selbst klar, daß z.B. die Tobin-Tax kaum Verbesserungen bringen würde. Die unklare politische Linie wird offen benannt - als Werbung.

Im Original

Aussage eines Attac-Mitglieds im Film "un mondo diverso e possibile": "Wir sind die erste weltweite Bewegung, die einzig für eine bessere Welt kämpft, frei von Interessen und Ideologien."

Felix Kolb, Attac-Pressesprecher, im focus, S. 186 auf die Frage, was er von Investitionen der Konzerne im Trikont hält, solange sich ein Konzern an die dortigen Auflagen hält und Steuern zahlt, ist dagegen nichts zu sagen.

Sven Giegold, Attac-Koordinationskreis, im Vorwort der Stichwort Bayer, 1/2002:

"Es ist nicht akzeptabel, dass Bayer & Co. in vielerlei Hinsicht von öffentlichen Einrichtungen und Infrastruktur profitieren, ihre Gewinne aber in Deutschland nicht mehr versteuern."

Le Monde diplomatique, von der aus Attac gegründet wurde, in der Ausgabe vom 11.1.2002:

"Das Symbol der Antiglobalisierungsbewegung ist die Bürgervereinigung Attac, die mit ihren rotweißen Fahnen auf jeder Kundgebung vertreten ist."

Aus: Jörg Bergstedt: *Widerstand und Vision - Reich oder Rechts? Umweltgruppen und NGO's im Filz mit Staat und rechter Ideologie*



Skandalöse Justiz in Halle: Ordnungshaft wegen Befangenheitsantrag

(fb) In Halle/Saale wurde am 28. September ein Politaktivist mitten aus einer Verhandlung gegen ihn verhaftet, weil er sein Recht als Angeklagter nutzte, Anträge zu stellen. Schon nach wenigen Minuten war der Prozess zu Ende, da der Vorsitzende Richter Maynicke einen Befangenheitsantrag gegen ihn zum Anlass nahm, eine fünfjährige Ordnungshaft wegen "ungebührlichen Verhaltens vor Gericht" zu verhängen.

Der Angeklagte hatte gleich zu Beginn der Verhandlung die Aussetzung des Verfahrens beantragt, weil ihm keine Akteneinsicht gewährt worden war und er sich nicht auf den Prozess vorbereiten konnte. Richter Maynicke wollte davon nichts wissen und unterbrach die Antragstellung. Die daraufhin beantragte Aufnahme der Verwehrung prozessualer Rechte ins Protokoll beantwortete Maynicke mit einem Ordnungsgeld von 100 Euro. Nach weiteren Repressalien gegen den Angeklagten stellte dieser einen Befangenheitsantrag. Der Prozess wurde für eine halbe Stunde unterbrochen.

Noch in der Verhandlungspause ließ Richter Maynicke den Angeklagten festnehmen, um die Ordnungshaft zu vollstrecken. Der Prozess wurde rechtswidrig unter Ausschluss der Öffentlichkeit trotz Unterbrechung beendet. Nach der Verhandlung erfolgte ein martialischer Polizeieinsatz, in dessen Verlauf das Justizzentrum umstellt und vermeintliche Prozess-ZuschauerInnen und offensichtlich Unbeteiligte kontrolliert werden sollten. Maynicke hatte Polizeikräfte angefordert und von einer "Massenschlägerei im Gerichtssaal" phantasiert, die Gerichtsdienere hätten die Kontrolle verloren. Für diese Vorgänge fehlte selbst aus Sicht der sichtlich irritierten Polizei jegliche Grundlage.

Der eigentliche Hintergrund für das Strafverfahren war eine Anklage wegen angeblichen Widerstands gegen Vollzugsbeamte und Beleidigung. Bei einem Antirepressions-Workshop im Hallenser Hauptbahnhof vor zwei Jahren hatten BGS-Beamte den Angeklagten in Gewahrsam genommen. Als keine Öffentlichkeit mehr anwesend war sei er dann angegriffen worden. Daraus wurde später - nicht ganz ungewöhnlich - eine Widerstandshandlung. Beim Prozess hat sich diese

Taktik der OrdnungshüterInnen nun wiederholt. Nach der Räumung des Saales, die Maynicke für die Pause angeordnet hatte, wurde der Angeklagte von Gerichtsdienern zu Boden gestoßen. Allerdings befanden sich diesmal noch Zeuginnen im Raum. Zynischerweise endete der Prozess damit mit einem Ablauf analog den Polizeiangriffen, die das Verfahren ausgelöst hatten.

Die gegen die offenkundige Rechtsbeugung eingelegte Eilbeschwerde wurde zunächst verschleppt. Zuerst erklärte das Gericht einem nachfragenden Journalisten, der zuständige Richter sei für zwei Tage im Urlaub und könne nicht darüber entscheiden, dann wurde dem eingeschalteten Anwalt erklärt, die Akte sei wegen "Umzug" gerade nicht auffindbar. Nachdem dieser Druck machte, fand sich die Akte dann doch, aber das Gericht wollte dem Antrag nicht stattgeben und ihn stattdessen an die nächste Instanz weiterreichen. Das war dann schon am Freitag, eine Entscheidung wäre erst nach dem Ende der Haft zu erwarten gewesen. Zum Glück für den Eingesperrten hatte das direkte Anrufen des Oberlandesgerichts in Naumburg Erfolg und er konnte "schon" nach zwei Tagen wieder aus dem Knast.

Gerichtsverfahren mit Rechtsbeugung, Freiheitsberaubung, Ordnungsstrafe und Verschleppung Oberlandesgericht erklärt Amtsrichterhandeln als rechtswidrig!

Zu Beginn eines Gerichtsverfahren wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt, das am 28.9.2005 stattfinden sollte, verhängte der Richter Maynicke eine drakonische Ordnungsstrafe von 5, später von 4 Tagen. Es kam zu massiven Rechtsbrüchen. So wurde der Angeklagte im Gerichtssaal eingeschlossen (Freiheitsberaubung), das Publikum ohne weitere Begründung komplett aus dem Saal geräumt, dem Angeklagten Antrags- und Akteneinsichtsrecht verwehrt.

Nach Verhängung der Ordnungshaft verschleppte das Amtsgericht den Widerspruch um mehrere Tage und folgte damit exakt dem bekannten Hamburger Richter Ronald Schill, der mit solchen Rechtsbrüchen berühmt geworden war.

Auszüge aus dem Gedächtnisprotokoll des Angeklagten zu Prozessverlauf und Inhaftierung: "... Schon vor dem Prozessbeginn hatte ich in drei Schreiben um Akteneinsicht gebeten. Dieses Recht steht mir nach § 147, 7 der Strafprozessordnung zu. Eine Antwort bekam ich nicht. Ebenso hatte ich zwei Zeuginnen vorgeschlagen, die allerdings erst einen Tag vor dem Prozess eine Ladung erhielten und nicht mehr kommen konnten. ... Der Richter bejahte auch, dass ich den Antrag stellen könnte, machte dann aber einfach weiter. Als er mit der Belehrung der Zeuginnen begann, fragte ich nochmal nach, was mit meinem Antrag sei und forderte alternativ, dass im Protokoll vermerkt würde, dass ich einen Antrag stellen wollte, aber nicht konnte (damit später dieser nicht abgelehnt würde, weil er zu spät gestellt würde). Das reichte ihm schon, um ein erstes Ordnungsgeld zu verhängen von 100 Euro. "Wegen ungebührlichem Verhalten" ließ er ins Protokoll notieren. Darauf meldete ich mich und beantragte eine Änderung des Protokolls - auch das zum richtigen Zeitpunkt, nämlich in dem Moment, wo das aus meiner Sicht falsche geschrieben wurde. Ich beantragte, dass statt "wegen ungebührlichem Verhalten" notiert werden sollte "wegen des Versuchs, einen Antrag zu stellen". Der Richter rastete aber nun völlig aus und verhängte eine Ordnungsstrafe von 5 Tagen, anzutreten nach dem Prozesstag. ... Daraufhin befahl der Richter die Räumung des Saales und das Einschließen des Angeklagten im Saal. So geschah es auch. Kurz vor Ende der festgelegten Pause erschien der Richter im Raum. Er war offenbar überrascht, mich dort anzutreffen - obwohl ich ja gar nicht mehr anders konnte. Sichtbar spontan wurde er wieder wütend und beschloss, mich jetzt



gleich abführen zu lassen. Dieser Beschluss und damit auch das Ende des Prozesstages, der (wie ich später hörte) nie wieder aufgenommen wurde, geschah sichtbar außerhalb der Verhandlung in der Pause."

Eilbeschwerde gegen Ordnungshaft vom Amtsgericht verschleppt

Die gegen die offenkundige Rechtsbeugung eingelegte Eilbeschwerde wurde zunächst verschleppt. Zuerst erklärte das Gericht einem nachfragenden Journalisten, der zuständige Richter sei für zwei Tage im Urlaub und könne nicht darüber entscheiden, dann wurde dem eingeschalteten Anwalt erklärt, die Akte sei wegen "Umzug" gerade nicht auffindbar. Nachdem dieser Druck machte, fand sich die Akte dann doch, aber das Gericht wollte dem Antrag nicht stattgeben und ihn stattdessen an die nächste Instanz weiterreichen - und zwar per Post. Das war am Freitag, der Brief wäre erst die Woche drauf beim Oberlandesgericht eingegangen und eine Entscheidung damit erst nach dem Ende der Haft zu erwarten gewesen.

Direkter Draht zum Oberlandesgericht brachte Erfolg

Der Rechtsanwalt rief nun das OLG direkt an und versorgte es mit seinen eigenen Unterlagen (das Amtsgericht rückte die ja nicht heraus). Zum Glück für den Eingesperrten hatte das direkte Anrufen des Oberlandesgerichts in Naumburg dann sehr schnellen Erfolg und er konnte "schon" am dritten Tag wieder aus dem Knast. Das OLG erklärte die Ordnungshaft für rechtswidrig, weil es die Gründe dafür gar nicht mehr überprüfen konnte, da der Richter keine mehr hatte protokollieren lassen. Hinzuzufügen sei noch, dass über den OLG-

Beschluss hinaus auch die Begründung im Beschluss falsch ist. Richter Maynicke behauptete dort, dass der Angeklagte "äußerte, sich hier wohl bei Richter Schill zu befinden". Erstens hatte das ein Zuschauer so formuliert und zweitens geschah es nach der Verhängung der Ordnungshaft (sonst hätte es ja auch keinen inhaltlichen Sinn gehabt), kann also nicht als Begründung für die Ordnungshaft herangezogen werden.

Irritierend ist auch, dass im Ordnungshaftbeschluss plötzlich "nur" noch vier Tage Ordnungshaft stehen, er im Prozess aber klar fünf verhängt hatte.

Die Parallele zu Schill

Aus dem Publikum wurde der Amtsrichter Maynicke nach der Verhängung der Ordnungsstrafe mit dem Hamburger Richter Ronald Schill in Verbindung gebracht. Der hatte auch in einem Prozess als Gegenwehr zu aufmüpfigen Anwesenden schnell Ordnungshaft verhängt. Die Inverbindung-Bringung ist also eine inhaltliche Kritik und sichtbar gerechtfertigt. Zu diesem Zeitpunkt war noch nicht klar, dass auch das weitere Prozedere zu den Vorgängen passte, die Schill berühmt machten. Schill hatte nämlich die Beschwerde gegen die Ordnungshaft verschleppt, um seinen Rachegeleuten nachzukommen. Das geschah nun in Halle auch: Das Amtsgericht behandelte die Beschwerde zwei Tage einfach gar nicht und hätte auch dann weiter verzögert. Nur weil das OLG anders agierte, kam es zur Aufhebung der Ordnungshaft.

Gegen Schill wurde damals ermittelt - der betroffene Angeklagte im Hallenser Prozess kündigte ebenfalls an, wegen Rechtsbeugung und Freiheitsberaubung Anzeige gegen den Richter und andere beteiligte Personen stellen zu wollen.

Denn wir wissen nicht was wir Essen!

Viele kennen den Ausspruch: „Du bist was du isst“, aber nur wenige wissen wirklich was sie essen. Immer mehr und unverständlichere Bestandteile befinden sich im modernen Essen, und selbst wenn man herausfindet was sich hinter den E-Nummern oder den „natürlichen Aromastoffen“ befindet, weiß man noch lange nicht was für Auswirkungen diese Stoffe auf den eigenen Organismus haben. Häufig wird dabei auf den Verpackungen der Produzenten das blaue vom Himmel versprochen.



Genau hier setzt die Ernährungslüge an. Mit vielen Beispielen werden die verschiedenen Zusatzstoffe analysiert und ihre Auswirkungen auf den Menschen hinterfragt. Gerade häufig verwendete Substanzen wie Glutamat oder Ritalin finden besondere Aufmerksamkeit. Dazu wird auch hinter die Kulissen der Nahrungsmittelproduzenten geschaut und deren Praktiken der Herstellung von Essen, Nahrungsergänzungsmitteln und sogar Medikamenten als ausschließlich gewinn-

maximierend und nicht gesundheitsförderlich entlarvt.

Wer noch nicht wusste was für Auswirkungen das moderne Junkfood und die Versprechen der Konzerne haben, findet in diesem Buch genug Anregungen um die eigenen Essgewohnheiten noch einmal gründlich zu überdenken. Und auch schon informierte Menschen können ein wenig neues Wissen aus diesen Buchschöpfen.

Dabei ist das Buch so geschrieben, dass es auch vom Laien gut verstanden werden kann. Störend ist jedoch das immer nur einzelne Beispiele herauspicks und auch bei diesen nicht wirklich Bewiesen werden kann was für Auswirkungen sie genau haben. Gerade für die LeserInnen der anderen Bücher von Hans-Ulrich Grimm ergeben sich so wenig neue Erkenntnisse. Zwar finden sich im

Anhang des Buches viele Nahrungszusätze und deren vermutliche Wirkung aufgelistet, eine vollständige E-Tabelle oder eine Übersicht über die Herkunft der Erkenntnisse sucht man jedoch vergeblich. Es bleibt es ein spannendes Buch für EinsteigerInnen, das leicht zu lesen ist aber mehr populistisch denn wissenschaftlich anmutet.

Hans-Ulrich Grimm
Die Ernährungslüge
Knaur Verlag
8,95 €
ISBN 3-426-77807-6

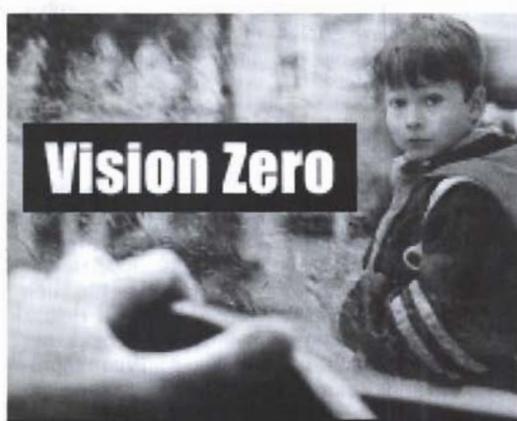
Weitere Informationen im Netz

Bericht und Presseinformationen über die Ereignisse am 28.9.2005 im Amtsgericht Halle: <http://de.indymedia.org/2005/09/129183.shtml>

Weiterer Bericht mit vollständigem Gedächtnisprotokoll des Verhafteten: <http://de.indymedia.org/2005/10/129389.shtml>

Infoseite zum Prozess in Halle: <http://www.projektwerkstatt.delhalle>

Das Urteil zum damaligen Schill-Fall <http://www.oefre.unibe.ch/law/dfr/bs047105.html>



Vision Zero

2004 wurden 37.282 Kinder im Verkehr verletzt. 153 Kinder verloren ihr Leben. Wie viele Menschenleben darf der Straßenverkehr kosten? Darauf kann es nur eine Antwort geben:

Null Verkehrstote.

Ihre Unterstützung rettet Leben.

030 / 28 03 51-0
www.vcd.org



Neugierig? VCD-Info anfordern!

Ja, ich will mehr Informationen über den VCD.

Name und Vorname

Straße und Hausnummer

PLZ und Wohnort

Einfach Coupon ausschneiden oder kopieren, ausfüllen und einsenden an:
VCD, Abt. 122
Postfach 61 01 48 · 10921 Berlin
Fax 030 / 28 03 51-10

Zu Besuch beim Tabakpflanzer

(fb) Die Tabakkampagne ist beendet; das bedeutet jedoch nicht, dass sich seitens der Greenkids niemand mehr mit dem Thema beschäftigt. Ende August '05 besuchten zwei Redakteure vom grünen blatt die Agrargenossenschaft Mühlanger eG. Nach der theoretischen Auseinandersetzung im Rahmen der Tagung "Umwelt - Tabak - Gesundheit" im Oktober 2004 wollten wir uns jetzt anhören, was Herr Richter, Vorsitzender des Tabakpflanzerverbands Brandenburg, dazu zu sagen hat. Herausgekommen ist dabei ein Bericht aus dem Alltagsbetrieb eines Tabakproduzenten, der einen Einblick in den landwirtschaftlichen Betrieb gibt. Erwartungsgemäß thematisierte der Pflanze die ökologischen und sozialen Auswirkungen des Tabakanbaus höchstens am Rande. Da wir im grünen blatt bereits darüber berichteten, erfolgt an dieser Stelle nur ein Verweis auf die Ausgaben Winter 04/05 und Sommer 2005.

Der Tabakbetrieb

Die Agrargenossenschaft Mühlanger hat ihren Betrieb im gleichnamigen Ort bei Wittenberg. Sie verfügt über eine Anbaufläche von zweieinhalb Tausend Hektar, wovon 300 Hektar Grünland sind und elf Hektar für den Tabakanbau genutzt werden. Diese elf Hektar liegen laut Richter im mittleren Bereich der üblichen Anbauflächen. Neben der Pflanzenproduktion betreibt die Genossenschaft Schweinezucht und einen Kuhstall. Insgesamt beträgt die Tabakanbaufläche in den Ost-Bundesländern 400-500 Hektar (bundesweit: viereinhalb Tausend Hektar). Der Wittenberger Anbaubetrieb verfügt über 31 ständige Beschäftigte, einen Lehrling und neun Saisonkräfte. Richter betont, dass Tabak sehr arbeitsintensiv sei und mehr Arbeitsplätze als beispielsweise beim Getreideanbau binde. Ob dies ein Argument sein kann, die gesundheitlichen, ökologischen und sozialen Folgen in Kauf zu nehmen, bleibt fraglich. Der Mühlangersche Tabakertrag liegt bei ca. 26,5 Tonnen. Diese werden zum Kilopreis von etwa 4 Euro (Marktpreis + Prämisse) verkauft.

Tabaksorten

Zunächst werden luftgetrockneter (Burley, Genderheimer) Tabak, der hierzulande stickstoffgedüngt wird, und technisch getrocknete Sorten, zu denen der Virgin-Tabak gehört. Letzterer wird in Wittenberg in der Mehrzahl angebaut. Dessen Trocknung erfolgt über mehrere Tage bei bis zu 67°C. Zwischendurch werden die Tabakblätter für die Weiterverarbeitung befeuchtet. Da der Virgintabak gelb werden soll, darf nicht zuviel Stickstoff im Boden sein. Die Agrargenossenschaft Mühlanger führt daher keinen extra Stickstoffdünger zu, sondern beschränkt sich

auf das Pflanzenmaterial, das durch den Fruchtwechsel liegen bleibt. Um Stickstoff zu binden, baut der Wittenberger Betrieb vorher Roggen an, dessen Stroh dann breitgelegt wird. Trotzdem wird auch hier gedüngt: mit Phosphor- und Kalisulphaten. Der Pestizideinsatz beschränkt sich in der BRD nach Richter auf solche gegen Blauschimmel und Insektizide gegen Blattläuse, da nur diese zugelassen seien. Aus Qualitätssicherungsgründen werden die Tabakpflanzen oft bewässert, damit sie nicht vorzeitig ausreifen. Die Fruchtfolge (der Weizen mit Anbausorten) erfolgt beim Tabakanbau zum Teil auf den gleichen Flächen, bei Virgintabak wechseln diese dagegen meist.

Wohin geht der Tabak?

Die verschiedenen Erzeugergemeinschaften, in denen die Pflanze vereinigt sind, haben Verträge mit Verarbeitungsunternehmen. Erst diese geben ihn an Tabakfirmen oder Pharmaunternehmen ab. Für den Wittenberger Tabak gibt es einen Vertrag mit Dimon-Rottack der wiederum Lieferant für Philipp Morris aber auch für Pharmafirmen ist.

Tabakernte

Die Tabakernte beginnt Anfang Juli. Zunächst werden die untersten 2-3 hellgrünen Blätter geerntet; wenn das Feld einmal durchlaufen wurde, geht es mit den nächsten Blättern weiter. Dieser Vorgang zieht sich über die gesamte Erntezeit hinweg. Je nach Wetterbedingungen beginnt die Arbeitszeit in Mühlanger gegen 6:00 oder 6:00 Uhr und endet nach dem Sortieren gegen 15:00 bis 17:30 Uhr. Während der Ernte wird jeden Tag ein Tabakofen gefüllt. Davon hat die Agrargenossenschaft sieben Stück. Diese laufen mit Flüssiggas. Schon zu DDR-Zeiten wurde Tabak angebaut, allerdings nicht in Wittenberg. Vorher gab es auch hier schon Tabakpflanzer. Als die Agrargenossenschaft 1991 mit dem Anbau wieder startete, wurde mit zunächst vier Tabaköfen gearbeitet. Der Zeitraum vom Befüllen der Öfen bis zum verkaufsbereiten Tabak dauert eine Woche. In dieser Zeit werden die Blätter getrocknet, wieder befeuchtet und nach und nach mit höheren Temperaturen beheizt. Der Arbeitstag der Tabak-ErntehelferInnen beginnt mit dem "Blättern" (der Ernte) bis 9:30 Uhr, danach wird der Tabak sortiert, die Öfen befüllt und nachreguliert. Die Ernte erfolgt mit Handschuhen, allerdings laut Richter nicht aufgrund des giftigen Nikotins, das über die Haut aufgenommen wird, sondern wegen der Klebrigkeit beim Pflücken.

Das Tabakfeld ist in Beete eingeteilt, von denen in Mühlanger jedes aus 28 Reihen besteht. Jede ErntehelferIn pflückt gleichzeitig zwei Reihen.

So kann mit 14 Personen ein Beet parallel geerntet werden. In Mühlanger endet die Tabaksaison am 26. Oktober, dem letzten Verkaufstag.

Gewinn und Subventionen

Im Verhältnis zu anderen landwirtschaftlichen Produkten bringt Tabak höhere Gewinne. Das ist auch einer der eigentlichen Gründe, warum deutsche Tabakpflanzer auf diesen Anbau bestehen - es geht um wirtschaftliche Vorteile gegenüber anderen BäuerInnen. Zum Thema Gesundheitsgefahren sagt Richter nur, dass die dort angebauten Virgin-Sorten relativ wenig Nikotin enthalten. Außerdem fordern die RaucherInnen schließlich den Tabak und so schieben die PflanzeInnen gern ihre Verantwortung ab.

Der Verkauf an die Verarbeitungsunternehmen erfolgt an abwechselnden Aufkaufstellen (meist einzelne Anbaubetriebe), zu denen die Erzeuger kommen und ihren Tabak abliefern. Und auch der Zoll ist am Verkaufstag dabei.

Da die EU-Agrarsubventionen für Tabak beschränkt sind, gibt es für die Länder begrenzte Produktionsquoten. Ab 2006 wird diese Quote abgeschafft und durch eine mit einer Obergrenze belegte Tabakprämie abgelöst. Tabakpflanzer wie Richter fordern häufig, statt der Subventionen eine Steuer von 1 Cent pro Schachtel einzuführen, die den Tabakpflanzern direkt zugeführt werden soll.

Gentechnik und Ökobau

Weder von ökologisch produziertem Tabak noch vom Anbau gentechnisch veränderter Sorten ist Richter für Ostdeutschland etwas bekannt. Beide Formen gibt es jedoch bereits - dass sowohl genmanipulierter als auch "ökologisch" produzierter Tabak widersprüchlich sind, ist naheliegend.

Unser Besuch beim Mühlangerschen Tabakpflanzer hat deutlich gemacht, dass diese Betriebe sehr um ihr Image bemüht sind. Argumente, die oft gegen Tabakproduktion vorgebracht werden, hat Richter versucht voraussetzend zu entkräften, in dem die Verantwortung an die Verarbeitungsunternehmen (Verkauf an Konzerne mit rechtsextremen Connections) oder die KonsumentInnen (Nachfrage) weitergeleitet wird.

Hätten wir nicht nachgefragt, wäre nur die Aussage, es gibt keinen Stickstoffdüngereinsatz im Raum stehen geblieben und wir hätten nicht erfahren, dass andere Dünger durchaus eingesetzt werden. Nicht zu verachten sind auch die ökologischen Folgen der Bewässerung und der Energieaufwand bei der Trocknung des Tabaks.

Umwelt - Tabak - Gesundheit
<http://www.alles-ueber-tabak.de/>

FOR EVERY GIRL WHO IS TIRED OF ACTING WEAK WHEN SHE IS STRONG, THERE IS A BOY TIRED OF APPEARING STRONG WHEN HE FEELS VULNERABLE. FOR EVERY BOY WHO IS BURDENED WITH THE CONSTANT EXPECTATION OF KNOWING EVERYTHING, THERE IS A GIRL TIRED OF PEOPLE NOT TRUSTING HER INTELLIGENCE. FOR EVERY GIRL WHO IS TIRED OF BEING CALLED OVER-SENSITIVE, THERE IS A BOY WHO FEARS TO BE GENTLE, TO WEEP. FOR EVERY BOY FOR WHOM COMPETITION IS THE ONLY WAY TO PROVE HIS MASCULINITY, THERE IS A GIRL WHO IS CALLED UNFEMININE WHEN SHE COMPETES. FOR EVERY GIRL WHO THROWS OUT HER E-Z-BAKE OVEN, THERE IS A BOY WHO WISHES TO FIND ONE. FOR EVERY BOY STRUGGLING NOT TO LET ADVERTISING DICTATE HIS DESIRES, THERE IS A GIRL FACING THE AD INDUSTRY'S ATTACKS ON HER SELF-ESTEEM. FOR EVERY GIRL WHO TAKES A STEP TOWARD HER LIBERATION, THERE IS A BOY WHO FINDS THE WAY TO FREEDOM A LITTLE EASIER.



Der radikale Ausstieg

Wenig beachtete Früchte der Revolution von 1989

von Sebastian Pflugbeil;

Vor 15 Jahren - am 18.12.1990 - ging der letzte russische Kernkraftwerksblock auf dem Gebiet der alten DDR außer Betrieb. Innerhalb von nur wenigen Monaten wurden 6 laufende KKW abgeschaltet, der Bau von 5 weiteren KKW abgebrochen und die Pläne für zwei weitere Standorte aufgegeben. Gründe genug für einen kurzen Rückblick.

Traum und Wirklichkeit

Wie in den anderen Staaten, die Kernkraftwerke betreiben, gab es auch in der DDR in den 50er Jahren abenteuerliche Vorstellungen von der Entwicklung der Kernenergienutzung. 1957 hat Professor H.-J. Hildebrand prognostiziert, daß 1995 auf dem Gebiet der DDR 75 000 MW_e Kernkraftwerke laufen würden und im Jahre 2000 weitere 35 000 MW_e, das wären insgesamt rund 250 Blöcke vom Typ des russischen 440-MW_e-KKW, das in Greifswald gebaut wurde (oder 110 große KKW zu jeweils 1000 MW_e) - die Direktoren hätten sich mit Flaggensignalen untereinander verständigen können. So kurios diese Prognosen heute anmuten - wir sollten dabei nicht die weitreichende Wirkung der damaligen Euphorie unterschätzen. Ich bezweifle stark, daß sich die Energetiker der DDR auf Kernkraftwerke eingelassen hätten, wenn sie damals gewußt hätten, daß tatsächlich nur 4 Blöcke zu je 440 MW_e in Greifswald und 70 MW_e in Rheinsberg zum Laufen gebracht werden würden.

Von Mitte der 70er bis Mitte der 80er Jahre sanken die Prognosen der IAEA zum weltweiten Ausbau der Kernenergie im Jahr 2000 von 4 500 GW_e auf rund 450 GW_e, also auf ein Zehntel. In dieser Zeit der Desillusionierung träumten Prof. Flach - Direktor des Kernforschungszentrums Rossendorf und der bekannte Atomspion Klaus Fuchs weiter - Flach meinte, daß "Kernspaltungsenergie nur eine Episode ist", wenn es nicht "gelingt, den Brutprozess, d.h. die Umwandlung des (fast) nicht spaltbaren U-238 bzw. Th-232 in spaltbares Pu-239 und U-233 mit genügender Effektivität zu realisieren." Fuchs wollte nach dem KKW bei Stendal (von dem es heute nur eine aufgegebenen Riesenbaustelle gibt) mit dem Einsatz der Schnellen Brüter in der DDR beginnen. Die dazugehörige Wiederaufarbeitung war Diskussions-thema in der Akademie der Wissenschaften der DDR, wurde aber weder ernsthaft betrieben noch von den Russen aus der Hand gegeben, die sehr sorgfältig darauf achteten, daß das Atomwaffenmonopol innerhalb des Warschauer Pakts fest in ihrer Hand blieb.

Noch Anfang 1990, angesichts des wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruchs der DDR, wurden im Wirtschaftskabinett von Frau Luft Energiekonzepte auf den Tisch gelegt, die bis 2000 die Vollendung der Blöcke 5-8 in Greifswald, 3 Blöcke mit je 1000 MW_e in Stendal und einen Block mit 1300 MW_e westlicher Bauart am Standort "IV" in der Dahlemer Heide vorsahen. Danach sollten in Greifswald noch 2x1300 MW_e, in Stendal weitere 1000 MW_e, am Standort IV weitere 3x1300 MW_e und am Standort V zwei Blöcke zu 1300 MW_e gebaut werden. Die Chance eines klügeren neuen Anfangs, die in jedem Zusammenbruch steckt, wurde weder erkannt noch genutzt.

Nur kleine Forschungsreaktoren?

Schon 1957 nahm der erste Forschungsreaktor im Zentralinstitut für Kernforschung in Rossendorf den Betrieb auf. Er hatte eine Leistung von 10 MW_e und wurde mit hochangereichertem Uran betrieben (36% U-235). Ein Ringzonenreaktor mit einer Leistung von 1 kW_e wurde Ende 1962 in Betrieb genommen, er arbeitet auch mit hochangereichertem Uran (20% U-235). Ein kleiner Reaktor für kritische Experimente mit einer Leistung von 10 W ging 1969 in Betrieb, es wurde auf 10% angereichertes Uran verwendet. In weiteren Anlagen AMOR I-III wurden verschiedene Isotope hergestellt, die in der Medizin oder für verschiedene technische Zwecke eingesetzt wurden.

Problematisch sind die hohen radioaktiven Emissionen solcher Forschungszentren. Folgender Vergleich soll davon einen Eindruck geben: Biblis A hat 1985 Jod-131-Emissionen in Höhe von 37 MBq (Millionen Becquerel) verursacht, das KKW bei Greifswald hat 1985 - 4 GBq (Milliarden Becquerel) Jod-131 abgegeben, in Rossendorf wurden 1979 - 381 GBq Radiojod abgegeben (in diesem Jahr gab es mehrere Pannen), 1984 waren es

immer noch 174 GBq. Für Edelgasemissionen liegen ebenfalls vergleichbare Daten vor: Biblis A 1985 - 2997 GBq, Greifswald 1985 - 158 360 GBq, Rossendorf 1979 - 233 100 GBq, 1984 - 254 005 GBq. In einer interessanten Dissertation, in der auch die extrem hohen Werte von 1979 enthalten sind, wurde eine Übersicht über die Strahlensicherheitsprobleme gegeben und abgeschätzt, welche Folgen die Emissionen auf die Bevölkerung haben. Teile von Dresden, die von der Anlage der Arbeit mit in die Analyse der Auswirkungen für die Bevölkerung hineingehört hätten, sind jedoch ausdrücklich ausgeklammert worden. Warum wohl? Leider landete die Doktorarbeit - wie viele andere auch - im Giftschrank. Es gibt Anzeichen dafür, daß es auch in der Umgebung des ZfK Rossendorf überdurchschnittlich viele Leukämiefälle gibt. Möhner und Stabenow haben für die 10-km-Region um Rossendorf 6 Leukämiefälle gefunden, zu erwarten gewesen wären nur 2,84 Fälle. Es wäre sehr wichtig, hier genauere Untersuchungen durchzuführen.

Wenn bei Forschungsreaktoren oder in der Isotopenproduktion hochangereichertes Uran verwendet wird, ist besondere Sorgfalt darauf zu richten, daß von dem hochangereicherten Uran nichts verschwindet - hier wird der Bereich der Weiterverbreitung von Kernwaffen berührt. Aus Unterlagen des Staatlichen Amtes für Atomsicherheit und Strahlenschutz der DDR und Berichten, die in regelmäßigen Abständen an die IAEA in Wien geschickt wurden, geht eindeutig hervor, daß im Bericht 1986 559g, im Bericht 1987 613g, 1988 326g und 1989 1034g hochangereichertes Uran als fehlend ausgewiesen werden. In den vorliegenden Unterlagen wird auch erwähnt, daß die IAEA diese Beträge für unerheblich einstufte. Es gibt die Hypothese, daß die Russen Brennelemente mit weniger Inhalt geliefert hätten, als vereinbart worden war. Ob das die alleinige Ursache für die infragestehenden Differenzen gewesen ist, konnte bis heute nicht nachgewiesen werden. Nachdenklich macht, daß Jahre nach der Vereinigung im Januar 1995 auf erneute Pressemeldungen über diesen Sachverhalt sowohl die IAEA als auch Prof. Häfele, die zentrale Figur in den Nachfolgestrukturen des früheren ZfK Rossendorf, nichts von dieser Geschichte wissen wollen. Kleine Reaktoren und Forschungszentren müssen sorgfältiger, als das bisher der Fall ist, bezüglich der durch sie verursachten Umwelt- und Gesundheitsbelastungen behandelt werden.

Aufbau, Betrieb und Stilllegung der KKW in der DDR

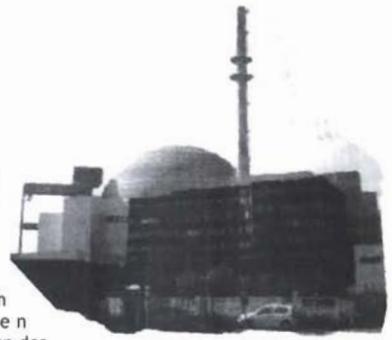
Die folgenden Angaben stammen aus der Feder handverlesener Fachleute aus verschiedenen Institutionen der DDR, die vom Vorsitzenden des Ministerrates im Jahre 1982 in die Ständige Kontrollgruppe Anlagensicherheit (SKG) berufen wurden (Die Berichte der SKG sind heute in den Unterlagen des Ministerrates der DDR im Bundesarchiv in Potsdam zu finden). Damals gab es den zweifellos richtigen Eindruck, daß die Sorgfalt der Betreiber der KKW zu wünschen übrig ließ und daß das Staatliche Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz nicht stark genug war, alleine erfolgreich auf Ordnung, Qualität, Sicherheit und Strahlenschutz zu drängen. Die von der SKG in der Zeit von 1982 bis 1989 verfaßten 15 Berichte waren als Staatsgeheimnis deklariert, also keinesfalls zur Veröffentlichung bestimmt. Sie gingen direkt an die Regierung. Die Sachlichkeit, die scharfe Kritik und der hohe Geheimhaltungsgrad dieser Berichte sprechen für deren hohen Wahrheitsgehalt. Anfang 1990 hat der Verfasser als Minister in der Modrow-Regierung nach Unterlagen über die Nutzung der Kernenergie in der DDR gesucht und u.a. diese Berichte gefunden, studiert und - heimlich kopiert. So anerkennenswert diese Berichte auch aus heutiger Sicht sind, so scharf werden beim Lesen der Berichte Fragen an die Autoren:

Ihr habt alle diese Mängel genau gekannt - wie konntet ihr tolerieren, daß diese gefährlichen Anlagen so lange unbehelligt weiterbetrieben wurden? Hättet ihr nicht reden müssen?

Diese Frage spitzt sich noch zu, wenn man sich an das Bild von der Kernenergie erinnert, daß von Regierungsvertretern, Aufsichtsbehörde, Betreibern und Fachleuten in der DDR gemalt wurde - sicher, sauber, billig, ordentlich - kritische Fragen? Panikmache, vom Klassenfeind eingeflüstert!

Auf einer dritten Ebene stellen sich Fragen, wenn

solche
Fachleute
heute
eine
vergleich-
bare Rolle
in den
analogen
Institutionen des
vereinten



Deutschland spielen - zu den aktuellen Schwierigkeiten der Kernenergienutzung in gewohnter Weise schweigen oder sie verleugnen, die Probleme der KKW der alten DDR je-doch so locker bestätigen, als hätten sie das schon immer getan. Ist es nicht auch fragwürdig, wenn sich heute Fachleute aus der West- und aus der Ost-Hälfte gemeinsam daran beteiligen, daß russische Reaktoren im Ostblock zurechtgebügelt werden, die für unsere eigenen Kinder zu gefährlich, in Deutschland nicht zurechtzubügeln oder genehmigungsfähig wären?

1960 sollte in Rheinsberg das erste KKW in der DDR ans Netz gehen - mit sechs Jahren Verspätung nahm der Reaktor des Typs WWER-70 mit einer Leistung von 70 MW den Betrieb auf. Der Sicherheitsstandard war schon während des Baus der Anlage vergleichsweise niedrig. Er wurde in einer einfachen Leichtbauhülle aufgestellt - es gab keinerlei Schutz vor verirrten russischen Militärfahrzeugen, die in unmittelbarer Nähe stationiert waren, kein Containment. Das Notkühlsystem mußte heute Kühlmittelverluste aus einer Leckfläche von rund 4000 cm² ausgleichen können - in Rheinsberg war es für eine maximale Leckgröße von nur 50 cm² ausgelegt. Trotz mehrfacher komplizierter Pannen wurden nach zwanzigjähriger Betriebszeit 1986 noch einmal umfangreiche und kostspielige Rekonstruktionen durchgeführt. Die SKG schätzte ein, daß "kein grundsätzlich höheres Sicherheitsniveau erreicht" wurde (SKG, 1987). Im Sommer 1990 wurden bei einer Generalinspektion Risse im Bereich des Reaktordruckbehälterdeckels gefunden. Das war das Ende.

1973, 1975, 1978 und 1979 wurden die Blöcke 1 bis 4 des Kernkraftwerks "Bruno Leuschner" bei Greifswald in Betrieb genommen. Es handelte sich um Russische Druckwasserreaktoren vom Typ WWER-440/V230, von denen 10 weitere Blöcke in Russland, Armenien, CSFR und Bulgarien stehen. Anders als in der Öffentlichkeit wird in zahlreichen internen Berichten des SAAS und der SKG wiederholt ganz offen zugestanden, daß der Sicherheitsstandard deutlich unter dem westlicher KKW liegt. Block 5 - eine etwas verbesserte Variante des 440-MW-Reaktors war 1990 fertig, ging aber wie die in unterschiedlichen Stadien aufgegebenen Blöcke 6, 7 und 8 nicht mehr ans Netz.

Es hat während der ganzen KKW-Geschichte Versuche von Seiten des SAAS und später der SKG gegeben, die Probleme anzusprechen und auf Lösungen zu drängen. Sie waren nicht stark genug. Dagegen standen die "Freunde", die daran wenig Spaß hatten und der Parteiparade, der den Bau der KKW als Prestigeobjekt behandelte, bei dem interessanter war, an einem runden Feiertag einen Startknopf drücken zu können, als eine Schweißnaht sauber auszuführen. Die Stasi hatte im KKW eine eigene Struktureinheit, die einerseits versuchte, die Russen in den zwangsläufig anfallenden Debatten über Sicherheitsprobleme in Schutz zu nehmen, die andererseits über ihre Verbindung zum Ministerium für Staatssicherheit bemüht war, grobe Entgleisungen in den Bereichen Arbeitsmoral und Qualität zurechtzudrücken.

Ordnung, Sauberkeit, Qualifikation, und Qualität

"Mindestanforderungen an Ordnung und Sauberkeit werden nicht durchgängig erfüllt, und elementare Verstöße gegen Grundregeln der Qualitätsarbeit insbesondere mit austenitischem Material treten auf." (SKG 7, 1985) Aus Austenit sind nicht die Sanitär-einrichtungen sondern die Hauptumwälzleitung im Primärkreislauf des Reaktors!

"Es häufen sich Fälle, wo Fertigmeldungen ohne vorangegangene Kontrollen bestätigt werden und deshalb Mängel spät festgestellt werden und zu abnahme-behindern den Restarbeiten führen." (SKG 9, 1986)

"...Qualitätsmängel... Diese Mängel führen teilweise zu erheblichen Störungen des Bau- und Montageablaufs ...

und stellen Verstöße gegen allgemeine Regeln der Technik und der Qualitätssicherung dar (Umgang mit Austenit, Sauberkeit an den Arbeitsplätzen)" (SKG 8, 1986) Immer wieder wird harsche Kritik an der Qualifikation der Leiter und des Instandhaltungspersonals formuliert.

"Eine nicht ausreichende Zahl an wissenschaftlich qualifizierten Leitern auf den verschiedensten Leitungsebenen..." (SKG 6, 1985)

Auch in den KKW-internen Technischen Jahresberichten wird immer wieder auf Probleme dieser Art hingewiesen - besonders alarmierend, daß wiederholt die "Bedingungen des sicheren Betriebs" nicht beachtet - d.h., daß Betriebs- und Sicherheitsvorschriften ignoriert wurden. (Erinnern wir uns kurz an Tschernobyl.)

"Beeinträchtigung der Qualität der Anlagen entstehen auch durch schlechte Materialqualität und konstruktive Mängel der Armaturen der DDR-Produktion. Sie beeinflussen sowohl die Sicherheit als auch die Verfügbarkeit der Kernkraftwerksblöcke negativ." (SKG 8, 1986)

"Durch projektmäßig nicht vorbereitete und unkoordinierte Verlegung von Rohrleitungen kleiner Nennweite ist die Zugänglichkeit von Ausrüstungen und Rohrleitungen für Kontrolle, Wartung und Reparatur erheblich beeinträchtigt." (SKG 8, 1986)

Im Block 5 wurden während des Baus 50 000 Projektänderungen durchgeführt. "Eine wichtige noch nicht fertiggestellte Aufgabe ist die Erarbeitung der Dokumentation über die 50 000 durchgeführten Projektänderungen und alle Werkstoffdaten." (SKG 15, 1989)

"Es treten häufig Veränderungen des Nullpunktes und der Kennlinien ein, wodurch die zuverlässige Auslösung von Sicherheitsfunktionen beeinträchtigt werden kann, die durch diese Geräte erfolgt. Das betrifft ca. 760 sicherheitsrelevante Meßkanäle, von denen sich ca. 100 direkt im Havarieschutzsystem des Reaktors befinden." (SKG 14, 1989)

"... daß die 6-kV-Leistungskabel ausgetauscht werden müssen und daß 50% der insgesamt 48 km Steuerkabel fehlerhaft sein können." (SKG 10, 1987)

Nadelrohre

Die am Greifswalder Bodden gebauten russischen Reaktoren verfügten über zwei Kreisläufe. Der Primärkreislauf stand unter hohem Druck (ca. 12,3 MPa), enthielt Wasser mit einer Temperatur von 270-300°C und war radioaktiv verunreinigt. In Dampferzeugern wurde mit der Wärme des Primärkreislaufs Dampf für den Sekundärkreislauf erzeugt, der dann die Turbinen antrieb, wie in einem konventionellen Kraftwerk. Mit den Dampferzeugern waren viele technische Probleme verbunden, von denen hier nur eines erwähnt werden soll: In den 6 Dampferzeugern eines jeden KKW-Blockes wurde das heiße Wasser des Primärkreislaufs mit großer Gewalt durch 33 200 fingerstarke Rohre - die Nadelrohre - gepreßt. Man versteht sofort, daß diese Nadelrohre (auch Siederohre genannt) sehr starken Belastungen ausgesetzt sind.

"Eine zuverlässige Aussage über den derzeit bestehenden tatsächlichen Zustand der korrosionsgeschädigten Dampferzeuger ist z.Zt. nicht möglich, da die erforderliche Werkstoffprüftechnik nicht zur Verfügung steht. ... Die Notwendigkeit des Einsatzes einer speziellen Werkstoffprüfung im KKW "Bruno Leuschner" Greifswald ist seit Jahren erkannt." (SKG 1, 1982)

"Nicht befriedigen kann die Situation hinsichtlich der Prüftechnik für die Werkstoffe der Hauptausrüstungen des 1. Kreislaufs. Die SKG bewertet den ungenügenden Stand der Werkstoffprüfung und die Versäumnisse bei der Entwicklung bzw. Beschaffung der Prüftechnik sowie bei der Erarbeitung der Grundlagen zur Fehlererkennung und -bewertung als sehr nachteilig für die Gewährleistung des sicheren und zuverlässigen Betriebes der Kernkraftwerke ... Die Spannungsrißkorrosion am Kollektor stellt eine Gefährdung der nuklearen Sicherheit dar. Lecks im Kollektor können nicht beherrschbare Störfälle verursachen, die zu unzulässigen Strahlenbelastungen und zu schweren Zerstörungen im Kernkraftwerk führen können." (SKG 2, 1983)

"Alle (ca. 1000) am Block 1 untersuchten Siederohre wiesen Korrosionsschädigungen, allerdings unterschiedlicher Tiefe, auf. 275 Rohre in den sechs Dampferzeugern des Blockes 1 wurden auf Grund des festgestellten Schädigungsgrades bzw. durchgehender Risse vorbeugend verschlossen. An den geprüften Siederohren der Dampferzeuger des Blockes 4 wurde beginnender Korrosionsangriff ... vorgefunden. ... Darüber hinaus erlangen mit der Möglichkeit des gleichzeitigen Reißens mehrerer Siederohre während des Betriebes

zunehmend Sicherheitsprobleme Bedeutung." (SKG 5, 1984)

"... zeigten alle geprüften Siederohre der Dampferzeuger der Blöcke 1 und 2 Korrosionsschäden unterschiedlicher Anzahl und Tiefe." (SKG 7, 1985)

Zur Dampferzeugerbox von Block 5: "Sie ist, ..., durch Rohrleitungsführungen aller Art derartig verbaut, daß Zugänge, Begehrbarkeit, Wartung, Instandhaltung, Brandbekämpfung u.Ä. äußerst kompliziert werden. Grundlegende Änderungen sind trotz vorgenommener Verbesserungen nicht möglich." (SKG 10, 1987)

Ende 1989 waren in Block 1 899 Nadelrohre defekt und verschlossen, in Block 2 waren es 495, in Block 3 81 und in Block 4 wurden 52 Nadelrohre gesperrt. Zur Bewertung des Nadelrohrproblems muß man wissen, daß das Notkühlsystem dieser Reaktoren so dimensioniert war, daß es den Kühlwasserverlust durch ein Leck mit einem Querschnitt von 10 cm² ausgleichen konnte. Die Nadelrohre haben einen Querschnitt von 1,4 cm² - das bedeutet, daß im ungünstigsten Fall (2F-Bruch) schon die Zerstörung von nur 4 Nadelrohren, in jedem Fall aber ein oder zwei Dutzend gleichzeitig defekter Nadelrohre das Notkühlsystem überfordern würde. Das heißt Kernschmelze, Zerstörung des Reaktors, Freisetzung ungeheurer Mengen an Radioaktivität.

Nur am Rande sei hier darauf aufmerksam gemacht, daß die Konstrukteure den Abriß einer Hauptumwälzleitung im Primärkreislauf nicht bedacht haben. Diese massiven Rohre haben einen Innendurchmesser von 50 cm, damit einen Querschnitt von 2000 cm² - das Notkühlsystem kann aber nur den Abriß von Leitungen mit einem Innendurchmesser von maximal 3,6 cm oder einem Querschnitt von 10 cm² ausgleichen. Erst 1988 haben sich die Russen ernsthaft mit dem Abriß der Hauptumwälzleitung befaßt - sie mußten feststellen, daß der Abriß wahrscheinlicher ist, als sie bis dahin angenommen hatten - es erfolgte die hilflose Empfehlung, deutlich sorgfältiger und öfter zu kontrollieren.

Sprödbuchbelastung des Reaktor Druckgefäßes

Der Reaktor Druckbehälter der WWER-440-Reaktoren war ein etwa 12 m hoher Zylinder mit einem Durchmesser von rund 4 m, er bestand aus niedriglegiertem Cr-Mo-V-Stahl. In diesem Behälter steckte der Reaktor, in dem die Spaltprozesse abliefen. Der Druckbehälter mußte den o.g. hohen Belastungen standhalten. Besonders beansprucht worden wäre der Druckbehälter beim An- und Abfahren, stärker noch, wenn das Notkühlsystem angesprungen wäre. Dann wäre kaltes Wasser in den heißen Druckbehälter gepreßt worden - es wäre zu starken Spannungen aufgrund der Temperaturdifferenz gekommen. Es ist aus dem Bereich der Küche (hoffentlich) hinreichend vertraut, was passiert, wenn man kaltes Wasser in eine Glasschüssel schütten, die auf dem Herd steht. Wenn der Reaktor neu ist, reagiert der Stahl des Druckgefäßes auf solche Temperaturdifferenzen elastisch. Problematisch wird es erst, wenn die Neutronen, die bei der Kernspaltung freigesetzt werden, längere Zeit die Druckgefäßwand bombardiert haben - dadurch wird der Stahl "spröde", also empfindlicher gegen Temperaturschocks. Die genauen Daten sind abhängig von der Zusammensetzung und Reinheit der Stahllegierung. Bis 1990 lagen diese Angaben von russischer Seite nicht vor. Auch andere übliche Verfahren, die Veränderung des Druckgefäßstahls verfolgen zu können, wurden nicht eingesetzt.

"Die Stahlversprödung der Reaktor Druckgefäße der Blöcke 1 bis 4 erfolgt schneller, als vom sowjetischen Konstrukteur bei der Projektierung und Herstellung angenommen." (SKG 6, 1985)

"Die vorhandene Versprödung der Reaktor Druckgefäße der Blöcke 1 bis 4 des KKW "Bruno Leuschner" wird von der SKG als sehr ernstes Problem eingeschätzt. Berechnungen der bei bestimmten Störfällen, die im Projekt berücksichtigt wurden, im Reaktor Druckgefäß auftretenden Spannungen zeigen, daß insbesondere bei Block 1 bereits ein kritischer Zustand erreicht ist." (SKG 7, 1985)

"... Maßnahmen zur Gewährleistung der Sprödbuchersicherheit schnellstmöglich zu realisieren. Diese Maßnahmen müssen, obwohl bei Block 1 vordringlich, bei allen vier Blöcken eingeführt werden." (SKG 7, 1985)

"Die SKG schätzt die eingetretene Versprödung der Reaktor Druckgefäße der Blöcke 1 bis 4 als bisher schwerwiegendste Beeinträchtigung der Sicherheit und möglichen Lebensdauer der Kernkraftwerksblöcke ein." (SKG 8, wenige Wochen nach Tschernobyl, Aug. 1986)

"In die Untersuchungen sind auch schwere Störfälle einzubeziehen (z.B. Bersten des Reaktor Druck-

gefäßes." (SKG 9, Okt. 1986)

"Am Block 1 ist die Versprödung soweit fortgeschritten, daß die verringerten Belastungsgrenzwerte bei bestimmten Störfällen überschritten werden könnten. ... Die SKG weist mit Nachdruck darauf hin, daß die Wiederinbetriebnahme von Block 1 nach Abschluß der Kampagne 1986/87 ohne Realisierung der vorgesehenen Rekonstruktionsmaßnahmen nicht vertretbar ist." (SKG 10, 1987)

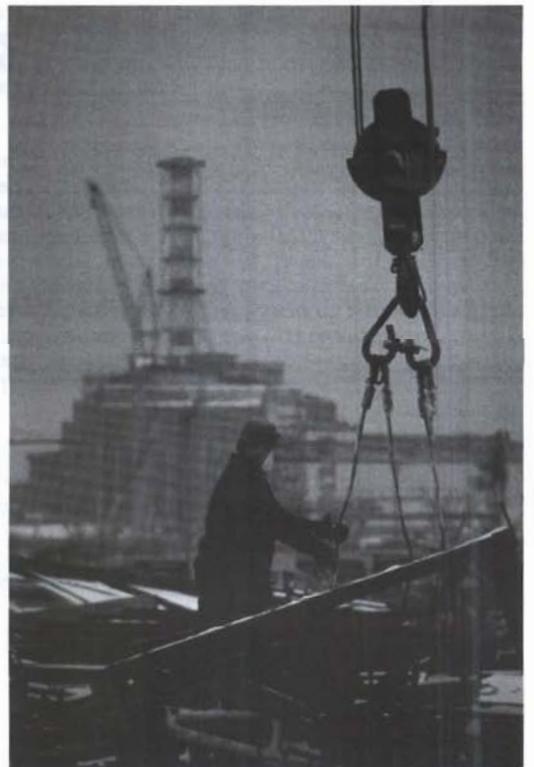
"Die für das Jahr 1987 geplanten Rekonstruktionen in den Blöcken 1 bis 4 wurden nur teilweise realisiert. ... Der Weiterbetrieb des Blockes 1 erfolgte auf der Grundlage einer auf 1988 befristeten Ausnahmegenehmigung des sowjetischen Hauptkonstruktors..." (SKG 12, 1988)

"Langfristig ist dafür (für die Verbesserung der Sprödbuchersicherheit, d.A.) die Entwicklung eines neuen Reaktor Druckgefäßes erforderlich." (SKG 13, 1988)

Als es 1990 um das Überleben des KKW Greifswald ging, spielte die Sprödbuchersicherheit eine wichtige Rolle. Deshalb wurde bei der Firma Siemens ein Gutachten in Auftrag gegeben, das einen unverfänglichen Titel hatte: "Berechnung der minimalen Wassertemperatur im RDB-Ringraum zu vorgegebenen Transienten". In dem Gutachten wird zurechtgerechnet, daß beim Einspeisen von kaltem Notkühlwasser in den heißen Reaktor Druckbehälter das kalte Wasser sich auf dem Weg zur heißen Stahlwand so stark mit dem heißen Kühlwasser vermischt, daß es mit der Sprödigkeit des Druckbehälterstahls keine Probleme geben wird. Brisant ist das Deckblatt, dort steht geschrieben:

"Der Inhalt dieses Berichts und seine Ergebnisse dürfen für Rekonstruktionsmaßnahmen an Blöcken des KKW Greifswald oder für die Entscheidung über eine Wiederinbetriebsetzung bzw. einen Weiterbetrieb einzelner Blöcke des KKW Greifswald nur mit unserer vorherigen ausdrücklichen schriftlichen Zustimmung verwendet werden." Das klingt zwar eigenartig, aber warum soll man sich nicht darauf einlassen. Dann geht es aber weiter: "Diese schriftliche Zustimmung kann von uns erst dann erteilt werden, wenn wir in Besitz einer für uns akzeptablen staatlichen Freistellungserklärung sind, aufgrund deren Siemens, ihre Unterauftragnehmer und Lizenzgeber, einschließlich Personal, von einer Haftung für Schäden aufgrund eines nuklearen Ereignisses im KKW Greifswald vollumfänglich durch die DDR freigestellt sind, unabhängig davon, wo und in welcher Höhe solche Schäden entstanden sind." Mit diesem Satz haben wir einen nahtlosen Übergang von der Geschichte der Kernenergienutzung in der DDR zur Gegenwart der Kernenergienutzung im Vereinten Deutschland.

Block 5 wurde aus dem Probebetrieb am 29.11.89 abgeschaltet, Block 2 am 15.2.1990, Block 3 am 28.2.1990, Block 4 am 1.6.1990 und zuletzt ging Block 1 am 18.12.1990 vom Netz.



Alle die hier zitierten geheimen SKG - Berichte wurden von Prof. Sitzlack, dem Präsidenten des Staatlichen Amtes für Atomsicherheit und Strahlenschutz unterzeichnet. 1988 werden vom SAAS die Texte der DDR-Delegation für eine UN-Konferenz zur Förderung der Internationalen Zusammenarbeit bei der Friedlichen Nutzung der Kernenergie (23.3.-10.4.1987) veröffentlicht. Im Vorwort werden die Konferenz-ergebnisse zusammengefaßt - dort steht u.a. "Die langjährigen Betriebserfahrungen und die Schlußfolgerungen aus den KKW-Unfällen in Tree Mile Island und Tschernobyl belegen, daß Kernkraftwerke und andere Kernanlagen sicher betrieben werden können ...". J. Krämer trug dort für die DDR vor: "Vorschriften und Einrichtungen zur Überwachung von Materialien und Komponenten, die konsequent angewendet werden, schließen praktisch einen plötzlichen Komponenten-fehler in den Kernkraftwerken der DDR aus." D. Richter berichtete auf dem gleichen internationalen Kongreß: "Die bisherigen Erfahrung in der DDR zeigt, daß das bestehende Regierungssystem zur Kontrolle von Atomsicherheit und Strahlenschutz sich als wirksam erwiesen hat..." - die Ständige Kontrollgruppe Anlagensicherheit, die oben mehrfach zitiert wurde, kommt in seinem Beitrag nicht vor.

Die in den Archiven des Ministerrates aufgefundenen geheimen Unterlagen wurden im Auftrag des Zentralen Runden Tisches in kürzester Zeit zu einem Gutachten verdichtet, an dem Helmut Hirsch (Hannover), Norbert Meyer (Greifswald), Sebastian Pflugbeil (Berlin), Detlev Rieck (Greifswald), Michael Sailer (Darmstadt), Prof. Klaus Traube (Hamburg) und Ilse Tweer (Hannover) mitarbeiteten. Die Zeiten waren damals so, daß ein Anruf genügte, diese Gruppe von Fachleuten aus Ost und West zusammenzubringen, niemand dachte an ein Honorar, an Reisespesen. Die beiden Greifswalder Kollegen arbeiteten damals noch im KKW, sie verloren nach ihrer offenen Darstellung der Probleme ihren Arbeitsplatz. Das Gutachten hat durch die Veröffentlichung der Vielzahl sonst geheim gebliebenen Details über irreparable Sicherheitsmängel der russischen Reaktoren einen nicht unwesentlichen Anteil an der Stilllegung aller Kernkraftwerke auf dem Boden der alten DDR - wenn auch der tatsächliche Beschluß zum Abschalten von anderen getroffen wurde.

Quellen beim Verfasser

Lesendenbriefe

Eine Stellungnahme der Chaotischen Antispeziesistischen Initiative Salzwedel (CHAINS AW) zur Zusendung aus dem letzten grünen blatt

Zunächst einmal möchten wir ganz generell auf Deine Frage eingehen, ob es "erlaubt" ist, sich als nicht vegan lebender Mensch als Teil der Animal Liberation Front zu begreifen. Die Animal Liberation Front ist kein Verein und auch keine feste Gruppe. Es gibt keine Vorsitzenden oder Führungspersonen, die bestimmen können, wer sich der ALF anschließt. Uns stellt sich die Frage, ob Du Dich überhaupt ernsthaft mit Antispeziesismus beschäftigst hast, denn Deine Frage ist schizophoren. Auf der einen Seite beteiligst Du Dich aktiv an speziesistischer Herrschaft und Ausbeutung, in dem Du nicht vegan lebst. Andererseits möchtest Du die Lebensumstände anderer Spezies verbessern.

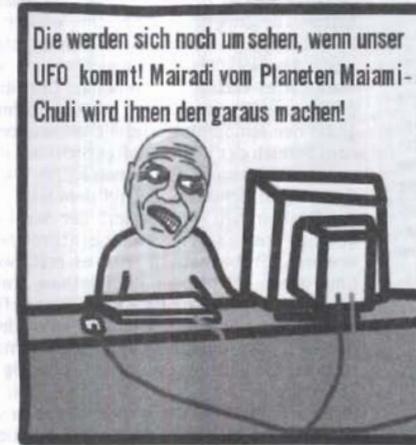
Es geht beim Antispeziesismus nicht primär darum, die Verhältnisse für die Ausgebeuteten angenehmer zu gestalten sondern darum, andere gesellschaftliche Verhältnisse zu erstreiten. Es geht nicht um größere Käfige oder um einige wenige Tiere, die befreit werden können, sondern darum, die Menschen zum Nachdenken über ihr eigenes unreflektiertes Verhalten zu bewegen. Speziesismus zu bekämpfen kann konsequenter Weise nur bedeuten, alle Herrschaftsmechanismen (Rassismus, Sexismus, Ageismus, ...) als Blütenblätter der Herrschaftsblüte zu begreifen und abzulehnen.

Vegetarismus ist Ausbeutung, Ausbeutung ist Herrschaft. Wie willst Du eine herrschaftsfreie Gesellschaft erreichen, wenn Du frägst, ob auf dem Weg dorthin Herrschaft toleriert werden kann?

Wenn Du vegan lebst, rettest Du damit mehr Lebewesen das Leben als Du in Deinem Leben befreien kannst.

Geht weg mit eurer Herzscheiße!
Gegen jede Herrschaft!
CHAINS AW

Comic



© 2005 yetzt - Published unter CreativeCommons NonCommercial-Attribution-ShareAlike. Go Vegan! <http://veg.gs/>

Anzeige



Termine & Adressen in Magdeburg

BlaueWeltArchiv & Thiembuktu:
Thiemstr. 13, 39104 Magdeburg
Tel.: 0391/400 33 67
thiembuktu@web.de
blaue-welt-archiv@web.de
http://www.thiembuktu.de
http://www.bwa.black-red.de

BUND & BUJU:
Landesgeschäftsstelle
Olvenstedter Str. 10
39108 Magdeburg
Tel.: 03 91/54 33 361 (BUND)
bzw. 5 44 09 78 (BUJU)
bund.sachsen-anhalt@bund.net
www.bund-sachsen-anhalt.de

Infoladen-MD:
Vernetzung emanzipatorischer
Gruppen in Magdeburg
Infotelefon: 01 62-860 89 49
infoladen@magdeburg.gruenes-blatt.de
http://magdeburg.gruenes-blatt.de

NAJU Sachsen-Anhalt:
Landesgeschäftsstelle
Schleinufer 18a, 39104 Magdeburg
Tel.: 03 91/54 37 37 5
Fax: 03 91/56 19 349
mail@naju-lsa.de
www.naju-lsa.de

ÖZIM e.V.:
Harsdorfer Str. 49, 39110 Magdeburg
Tel.: 03 91/7 31 59-80
Fax: 03 91/7 31 59-82
oezim@t-online.de
www.oezim.here.de

Löwenzahn e.V.:
Klosterbergstr. 25, 39104 Magdeburg
Tel.: 01 62-860 89 49
mail@projekthaus-loewenzahn.org
http://projekthaus-loewenzahn.org

Mahnwache gegen den Krieg
montags, 17⁰⁰, Ecke Ernst-
Reuter-Allee/Breiter Weg
[Frieden jetzt!]

Wunsch-Kinoabend
montags, 20³⁰, Thiembuktu
[Thiembuktu]

Umsonstladen MD
montags und freitags, 13⁰⁰-
17⁰⁰
Brandenburger Str.
[Lirumlarum]

ATTAC-Plenum
2. und 4. Montag im Monat,
19³⁰, eineWelt-Haus,
Schellingstr. 3-4
[ATTAC]

Student. Antikriegsgruppe
dienstags, 19⁰⁰, Café Uni-
Bibliothek,
[Stud. AKG]

Sozialforum Magdeburg
mittwochs, 19³⁰, eineWelt
Haus, Schellingstr. 3-4
[SF MD]

Doku-Filmabend
1. und 3. Mittwoch im Monat,
19⁰⁰, Thiembuktu
[Thiembuktu/GK]

FoodCoop
donnerstags 16⁰⁰-18³⁰, ÖZIM
[FoodCoop]

Greenpeace Magdeburg
jeden geraden Donnerstag
19⁰⁰, Thiembuktu
[GP MD]

Greenkids-Treffen
1. Donnerstag im geraden
Monat, 19⁰⁰, Karl-Schmidt-
Str. 4
[GK]

Löwenzahn-Treffen
3. Donnerstag im geraden
Monat, 19⁰⁰, Klosterbergstr.
25
[Löwenzahn]

Vegane Volkskueche
freitags, 18⁰⁰, Thiembuktu
[USK]

FAU Magdeburg Treffen
2. und 4. Donnerstag im
Monat, 20⁰⁰, Blaue Welt
Archiv
[FAU MD]

Vitopia e.V.
jeden 1. Sonntag im Monat
19⁰⁰ Klosterbergstraße 25
[VITO]

Demnächst

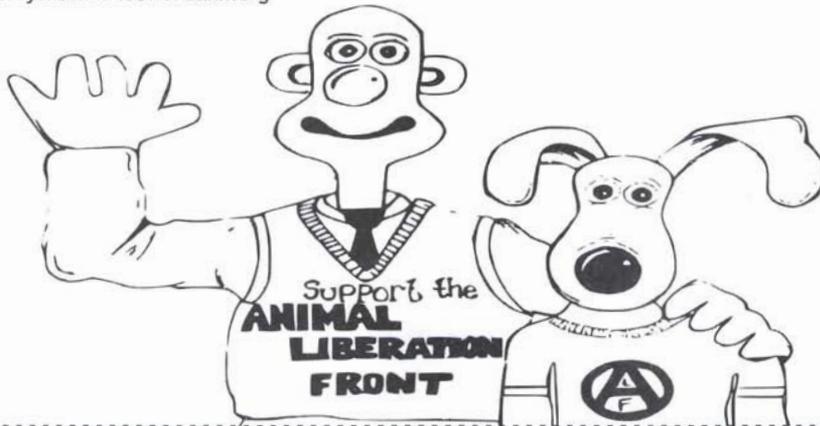
Morsleben - Geschichte eines umstrittenen Atomprojekts
2005-12-12 19:00, Haus der Demokratie Berlin, Berlin
Als inzwischen vierte große Station wird die Wanderausstellung ab 4. Oktober in Berlin zu besichtigen sein. Dort befindet sie sich ab 12.12.05 im Haus der Demokratie (Greifswalder Str. 4).

Morsleben-Gesprächsrunde
2005-12-14 19:00, Berlin
Gesprächsrunde zum Atommüll-Endlager Morsleben

Dokufilmabend: GipfelstürmerInnen / Köln 99
2005-12-21 19:00, Thiembuktu, Magdeburg
Dokumentarfilm und anschließende Diskussion zu den Protesten gegen den EU-Gipfel 1999 in Köln

Jugendumweltkongress (Jukss)
2005-12-25 - 1006-01-07, Oberstufenkolleg der Laborschule, Uni Bielefeld, Bielefeld
Der Jukss ist ein utopischer, selbstorganisierter und herrschaftskritischer Kongress, der in diesem Jahr zum dreizehnten Mal stattfindet.
http://www.jukss.de/de/

Chaos Communication Congress
2005-12-27 - 2005-12-30, Berlin Congress Center, Berlin
The 22nd Chaos Communication Congress (22C3) is a four-day conference on technology, society and utopia. The Congress offers lectures and workshops on a multitude of topics including (but not limited to) information technology, IT-security, internet, cryptography and generally a critical-creative attitude towards technology and the discussion about the effects of technological advances on society.
http://events.ccc.de/congress/2005



Jetzt das Grüne blatt abonnieren!



aboschnippel

Ja! Ich will das grüne blatt abonnieren, und zwar:

- jeweils 1 Exemplar für 10 Euro im Jahr
 - jeweils 10 Exemplare für 30 euro im Jahr
- Briefmarken oder Bargeld lege ich bei

Name: Nachname:

Strasse/eig. Postfach: Nummer:

Postleitzahl: PLZ:

grünes blatt
postfach 320119
39040 magdeburg

